H. Un. App. 1108

(1

KV1A

<36626501410010

<36626501410010

Bayer. Staatsbibliothek

Reichsverderber

1

# Reichsverderber 1

90 H5

In Amerika geschützt durch
Copyright by Georg Bath, Berlin SW 11

# Reichsverderber

## 1. Teil

BAYERISCHE STAATS- BIBLIOTHEK MÜNCHEN

## Bethmann-Hollweg—Erzberger—Scheidemann

von

Hans von Liebig

Georg Bath 1864 Berlin SW 11.

L 1922

# Vorwort.

Das deutsche Volk ist politisch führerlos in den Krieg hineingestolpert und taumelt führerlos seinen Schicksalsweg weiter. 1914 war diese Erkenntnis auf den kleinen Kreis der Alldeutschen beschränkt; seitdem greift sie von Tag zu Tag mehr um sich. Noch wühlt in der großen Masse die Sehnsucht nach der wirklich führenden, sorgenden Hand nur dumpf und halb unbewußt, noch kämpft sie hart mit dem Widerstreben, vor sich selbst zugeben zu müssen, man habe sich geirrt und zu falschen Götzen gebetet; aber da ist die Flut; sie drängt und keine der heute noch übermächtigen hemmenden Kräfte wird sie aufhalten können. Ihre Zeit wird kommen, die Schranken werden zusammenbrechen, das Scheinführertum wird hinweggeschwemmt werden, echte Führernaturen werden im Volke wieder tragfähigen Boden finden.

Die Zeit zu kürzen, den Führern den Boden zu bereiten, sollen eine Reihe von Schriften dienen, die unter dem Namen „Reichsverderber"*) erscheinen werden, und deren erste in diesem Bande der Oeffentlichkeit übergeben wird. Bethmann, Erzberger, Scheidemann; es sind Namen, Personen. Aber nicht der Person gilt der Kampf; darum ist es gleichgültig, ob sie gestorben sind oder noch leben. Der Art Menschen, die sie verkörpern, und den Mächten, denen diese Art Menschen sich ihrer Natur gemäß unterwerfen, gilt der Kampf. Ehe dem deutschen Volke neue wirkliche Führer zum Heile erwachsen können, muß es sich klar werden, welcher Art die Führer waren, denen es in den letzten Jahrzehnten gefolgt ist und heute noch folgt, mit dem Ergebnis eines verlorenen Weltkrieges und eines noch viel verlareneren Friedens, mit dem Ergebnis der trostlosen Zustände von heute. Es ist eine andere Menschenart, die zu den großen Zeiten Bismarcks den Deutschen Führer war. Man nehme nur einmal die Bilder der führenden Köpfe der siebziger Jahre her, aus der Diplomatie, dem Beamtentum, dem Militär, dem Parlamentarismus, aus Wissenschaft, Kunst, Industrie und Handel, und vergleiche sie mit den Köpfen in den gleichen Stellungen aus dem Jahre 1913, von 1922 ganz zu schweigen: der ganze Menschenschlag ist ein anderer: An die Stelle der Auslese der Tauglichen — zur Führung Tauglichen — ist die Auslese der Untauglichen getreten; die Tauglichen bleiben in der Masse stecken und werden nicht beachtet. Das Volk kann aber den Sinn, das Gefühl für den zur Führung befähigten Menschenschlag erst wieder gewinnen, wenn es einmal erkannt hat, welcher Art der heute führende Menschenschlag ist, warum dieser Schlag zur Führung nichts taugt und das deutsche Volk niemals zu etwas Ersprießlichem führen kann. Jeder Wendung zum Besseren muß die Erkenntnis der Irrtümer, die das Schlechtere verursachen, vorausgehen. Diese Erkenntnis hoffen die „Reichsverderber"aufsätze fördern zu können.

---

*) Als „Politische Briefe" zuerst in den Monatsheften für Politik und Wehrmacht, Verlag Georg Bath, Berlin SW. 11, veröffentlicht.

Digitized by Google

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

## Bethmann Hollweg.

### I.

Waren die Ereigniſſe von 1914 bis heute zu groß, um von den Deutſchen aufgenommen zu werden? Geht alles eindruckslos vorüber? Wie lange noch drängt ſich die Frage auf die Lippen: w a s muß eigentlich dem deutſchen Volke widerfahren, in welche Abgründe muß es ſtürzen, um die in den Abgrund führenden Wege als ſolche zu erkennen?

Ein Mann in angeſehener Stellung war geſtorben. Er hat verſagt: Alles, was er anpackte, ſchlug fehl. An dem Inhaber eines Amtes, das auch einmal einen ſchlechteren Vertreter verträgt, wird der Nachrufende in Friedenszeiten einige gute Seiten hervorſuchen, und alle Welt wird zufrieden ſein. Unrecht war es auch ſchon im Frieden, am Grabe Verdienſte und Eigenſchaften zu erfinden, die nicht vorhanden waren. Man untergräbt die Staatsautorität, wenn man einem Volk, das immerhin reif genug iſt, um Fehler ſeiner Beamten zu erkennen, den ungenügenden Beamten als vortrefflichen Erfüller ſeiner Aufgaben hinſtellt. Das Volk zieht daraus den Schluß, die ganze Regierung und das ganze Regierungsſyſtem muß nicht viel taugen, wenn ihm ſchon ſeine ſchwachen Vertreter ſo hohen Rühmens wert erſcheinen. Es iſt in Friedenszeiten genug in dieſer Hinſicht geſündigt worden.

Wenn ein Volk aus glänzender Höhe in Tiefen geſtürzt iſt, wie ſeit 1918 das deutſche, gibt es ihm gegenüber eine Pflicht, heiliger als alle andern, ihm zu ſagen, was wirklich war und wirklich iſt, ihm ſchonungslos aufzudecken, was ſeinen Untergang herbei- oder mitherbeigeführt hat.

Das Stinnesblatt, die „Deutſche Allgemeine Zeitung“, die mit nationalem Kapital zum führenden deutſchen nationalen Weltblatt ausgeſtaltet werden ſoll, gab (Nr. 3, 4. I. 21) — ohne eigene Äußerung dazu — dem Aufſatz einer „dem Verſtorbenen naheſtehenden Seite“ Raum, in dem es unter anderem heißt: „Möglicherweiſe wären wir ohne den Sturz des Reichskanzlers zum Frieden gelangt, nicht zu dem Siegfrieden, von dem geredet und geſchrieben wurde, aber doch zu einem Frieden der Verſtändigung unter Opfern, die im Verhältnis zu unſerm heutigen Schickſal

leicht zu tragen gewesen wären." Es dürfte unter den geldgebenden Hintermännern der D. A. Z. ebensowenig wie in der Schriftleitung derselben einen Mann geben, der nur im mindesten an der Unrichtigkeit dieser Vermutung zweifelte. So grobe Unwahrscheinlichkeiten sind daher auch verhältnismäßig unschädlich; Leser, wie sie die D. A. Z. in der Mehrheit besitzt, lächeln verständnisvoll dazu. Solche Dinge werfen lediglich ein bezeichnendes Licht auf die Presse, die ganze Leitaufsätze dieser Beschaffenheit aufnimmt und damit beweist, wie unverändert die Ereignisse die quallenartige Beschaffenheit dieser Art nationaler Presse gelassen haben; es wird noch genau derselbe Brei gekocht, der allen schmecken und niemandens Gaumen verletzen soll.

Viel gefährlicher sind Darstellungen, wie sie die Schriftleitung der D. A. Z. als eigene Meinung des Blattes veröffentlichte, oder wie sie etwa der aus gleichem Holze geschnitzte Vizekanzler Dr. Heinze im Namen der Reichsregierung am Grabe Bethmann Hollwegs kundgab. Die D. A. Z. räumt ein, die staatsmännische Kraft und Entschlossenheit des Kanzlers habe für den Krieg nicht ausgereicht. „Sache des Kanzlers wäre es gewesen, sich der Heeresleitung gegenüber durchzusetzen, wie sich Bismarck den siegreichen Heerführern gegenüber durchgesetzt hat. Hier aber versagte Bethmann Hollwegs Kraft, und dieses Versagen wurde unser Verhängnis." Man merkt, die Politiker der D. A. Z. sind an der Reichsregierung beteiligt oder möchten es sein, und sie fühlen sich verpflichtet, auch in geschichtlichen Darstellungen die gebührende Rücksicht auf die schwarzrotgoldenen Mitregierenden, bezw. Mitstützen der Regierung zu nehmen. Für andere nationale Leute stellt sich die Sache bekanntlich wesentlich anders dar. Bethmanns Kraft hat gegenüber der Heeresleitung leider nicht versagt, sondern in allen wirklich entscheidenden Lagen hat e r seinen Willen gegenüber der Heeresleitung durchgesetzt — U-Bootsfrage, Polenpolitik, Zauderpolitik gegenüber England und Amerika, Friedensangebote, Litauisch-Brester und Bukarester Friedensschluß — und d a s war unser Verderben. Die Heeresleitung drang mit ihrem Willen immer erst dann durch, wenn die Politik des Kanzlers in einer Frage wieder einmal völlig zusammengebrochen war, und dann war es — selbstverständlich — jedesmal schon zu spät.

Noch stärker kommen die Verbeugungen vor der Linken in folgenden Sätzen zum Ausdruck: „Er wußte, daß unser Verfassungsleben den Erschütterungen des Krieges nicht standhalten würde, und daß es umgestaltet werden müsse nach den Anforde-

rungen der neuen Zeit, die mit Sturmgebraus über uns hereinbrach. Er hatte auch erkannt, welche Reformen vonnöten wären, und daß nichts uns von der Notwendigkeit befreien könne, diese Reformen durchzuführen. Aber wiederum fehlte es ihm an Kraft, die Widerstände zu beseitigen, die sich diesen Reformen entgegenstellten. Und als man sich endlich entschloß, zu tun, was nicht zu vermeiden war, da zeigte es sich, daß es zu spät war.“ Wiederum ist überall das Gegenteil richtig. Er hat von Beginn des Krieges an alle seine Wünsche, die sich auf Zugeständnisse an Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie bezogen, durchgesetzt, und jedesmal war es zu früh; es war 1914 zu früh wie es 1917 und 1918 — auch die Zugeständnisse von 1918 waren ja nur folgerichtige Auswirkungen *seiner* Politik — zu früh war. Wer das nach den auf die völlige Durchführung der „Reformen“ 1918 folgenden Erfahrungen noch leugnet und sich zu der nationalen Seite rechnet, muß es für sehr notwendig halten, sich mit den Urhebern dieser „Reformen“ gut zu stellen, und muß sehr wenig Vertrauen auf die Tragkraft jener Grundsätze und Ansichten haben, in denen *die* Nationalen, für die er zu sprechen vorgibt, wenigstens ihren Partei- und Zeitungsprogrammen nach mit ihnen nicht ganz einig gehen. Unser Verfassungsleben hätte den Erschütterungen des Krieges genau so standgehalten wie das französische, englische oder italienische, in welchen Ländern es genau so viel Unzufriedene mit der Verfassung gab und gibt wie bei uns, wenn wir nicht einen Kanzler gehabt hätten, der von vornherein das Verfassungsleben gar nicht aufrechterhalten *wollte*.

Aber über alle diese Dinge soll mit der D. A. Z. nicht gerechtet werden; das ist Parteipolitik, parlamentarische Politik, Zeitungspolitik, wie sie nie auszurotten sein wird, und der man auch in weiteren Kreisen bereits kritischer zu begegnen beginnt; sie wurden nur erwähnt, um zur kritischen Vorsicht auch in der Aufnahme der rein sachlichen Politik solcher „nationaler“ Weltblätter zu mahnen. Wir wollen uns vielmehr mit einer Art Fälschung der Wirklichkeit beschäftigen, die noch fast allgemein als mindestens harmlos und zulässig, noch öfters als „gehörig“ empfunden wird, die sich in Friedenszeiten auch noch zur Not rechtfertigen ließ, ähnlich wie sich etwa gesellschaftliche Lügen rechtfertigen lassen, die aber in unserer Lage Versündigung an des deutschen Volkes Zukunft ist. Oder sündigt der nicht, der einen kranken Körper nicht gesunden läßt? Man braucht einem kranken Körper zu diesem Zweck nicht unmittelbare Gifte einzuflößen; es genügt,

wenn man ihm die Heilmittel vorenthält oder ihm ſtatt kräftigender Nahrung Näſchereien aus Schaum und Süßſtoff verabreicht.

Die D. A. Z. ſchreibt: „Darin aber ſind ſich alle Beurteiler einig, daß Bethmann ein Mann von ſeltenen Gaben geweſen iſt, und daß er dank dieſen Gaben als Beamter, als Politiker und als Staatsmann Bedeutendes für unſer Vaterland geleiſtet hat.“ „Er hätte den Poſten des Reichskanzlers vortrefflich ausgefüllt, aber ſein Verhängnis war es, daß er der Kanzler des großen Krieges werden mußte. Und für dieſes Amt, für das die Kräfte eines Titanen gerade ausgereicht hätten, langten ſeine Kräfte nicht.“ „Hätte das Schickſal dem Deutſchen Reich noch eine längere Periode ruhiger Entwicklung beſchieden, wir ſind ſicher, daß der Kanzler auch auf dem Gebiete innerpolitiſcher Reformen Bedeutendes geleiſtet hätte.“ „Bethmann Hollweg war ein Mann der reinſten Wahrhaftigkeit, ein hoher, abgeklärter Geiſt.“ „Daß er das Beſte gewollt hat, unterliegt für uns keinem Zweifel.“

Der Vizekanzler Dr. Heinze ſprach: „Über den Staub des zeitlichen Streites erhebt ſich rein das Bild ſeiner Perſönlichkeit.“ „Wohl aber dürfen wir die Erinnerung feſthalten an jene Jahre der Einigkeit im Kampf und Leiden, die vornehmlich ſein politiſches Werk geweſen iſt, die uns befähigt hat, lange Zeit dem Anſturm übermächtiger Gegner ſtandzuhalten, und die auch für die Zukunft wirken wird.“ „Wir bekennen auch von dieſem Toten, daß er einen guten Kampf gekämpft hat.“ „Ein Vorbild für uns alle in der Hingabe an ſein Volk, ein Geiſt, der gegen ein feindlich furchtbares Geſchick um das Daſein der deutſchen Nation, um Wahrheit und Gerechtigkeit rang, ein Staatsmann, dem die Betonung der ethiſchen Kräfte im Völkerleben nicht leeres Wortgepränge war.“

Es ſei auch hier auf die rein ſachlichen Unrichtigkeiten nicht eingegangen. Bethmann war nicht nur Kriegskanzler, ſondern hat bereits in Friedenszeiten ſeine Unfähigkeit jedem offenbart, der ſehen wollte; es ſei nur an ſeine Elſaß-Lothringen-Politik, ſein Verhalten in Wehrfragen, ſein erfolgloſes Nachlaufen gegenüber England erinnert. Das alte Märchen von der „Titanen“notwendigkeit ſollte man in national ſein wollenden Zeitungen nicht mehr leſen. Das Reich war gegründet, und mit einem Heer, einer Heeresleitung, einer Induſtrie und einem Volk, wie ſie der deutſchen Reichsregierung zur Verfügung ſtanden, konnte ein halbwegs begabter Staatsmann den Krieg zum ſiegreichen Ende führen, wenn er nur überhaupt den Glauben an ſein Volk und den Willen zum Siege hatte. Es gehörte eine grenzenloſe Un-

fähigkeit dazu, dieses Volk den Krieg verlieren zu lassen, und nicht eine Titanenkraft, ihn zu gewinnen. Auf der andern Seite standen auch keine Titanen; hätten Bethmänner dort regiert, kein Volk der andern Seite hätte auch nur ein Jahr lang ausgehalten. Was uns aber hier näher beschäftigen soll, sei die Persönlichkeit Bethmanns, nicht seine Regierung.

Bethmann Hollweg war ein Mann von der Art, von der zwölf auf ein Dutzend gehen; recht und schlecht, mehr schlecht als recht, in der Bedeutung, die dem Wort in dieser Redensart zukommt, schlicht, einfältig. Wenn er als Oberpräsident einer Provinz gestorben wäre, deren Verwaltung und Wirtschaft von selbst ihren Gang geht, vermutlich hätten die Nachrufe nur Rühmliches über die Pflichttreue des Dahingegangenen zu berichten gehabt. Aber Bethmann war der Kanzler des Deutschen Reichs, das unter ihm, es wußte nicht wie, in den Krieg geriet, unter dessen Führung und Verantwortung alle die politischen Fehler begangen wurden, die den Krieg verloren gehen ließen und das furchtbare Nachspiel des Krieges heraufbeschworen; er war der Kanzler, der aus eigenstem Willen sich an seinen Sessel anklammerte, bis er gewaltsam von ihm entfernt wurde, der die Verantwortung für alles also in vollem Bewußtsein auf sich nahm. Er war in keiner, aber auch in gar keiner Hinsicht eine hervorragende Persönlichkeit, und die Beschäftigung mit ihm als Menschen und Beamten würde kaum der Mühe lohnen, wenn er nur ein Einzelfall und nicht ein Symbol für eine ganze Klasse von Menschen wäre, jener Menschen, welche unter Wilhelm II. fast allein mehr in leitende Stellungen gelangten, jener Klasse, welche den natürlichen Träger des B-systems bildet und überall das B-system zur herrschenden Politik im Staate machen wird, wo sie selbst zur herrschenden wird.

Die Klasse beschränkt sich auch keineswegs etwa auf Politiker und Staatsbeamte; mehr oder weniger wiederholen sich die Erscheinungen des B-systems in allen Kreisen, in Wissenschaft, Literatur, Kunst, Technik usw., überall mit der gleichen Art Menschen als Trägern. Das Militär befreite sich im Kriege wenigstens teilweise von jener Klasse; am Anfang war die Besetzung der militärischen leitenden Stellen nicht wesentlich verschieden von der der politischen. Der Marnerückschlag erfolgte, weil kleine Geister gescheiter sein wollten als Schlieffen und dessen geniale Pläne verdünnten und verwässerten, weil wichtige genau wie Bethmann ewig zum Pessimismus neigende Oberkommandierende die Lage

zu schwarz sahen und zu der Leistungsfähigkeit ihrer Truppen ein zu geringes Vertrauen hatten, weil zur Übermittlung von Befehlen von größter Tragweite Bürokraten gewählt wurden statt Persönlichkeiten, und weil, wie noch oft im Kriege, die genialen Hasardeure fehlten, die auf eigene Faust das Schicksal zu meistern sich erkühnt hätten.

Man überschätzt im allgemeinen die Menge eigenen, selbständigen Geistes, die genügt, um sich mit Erfolg durchs Leben zu schlagen, und hält die geistigen Instinkt- und Reflexbewegungen, mit Hilfe derer sich die Mehrheit der Menschen durchs Leben bringt, fälschlicherweise für Verstand. Grundsätzlich weicht die geistige Tätigkeit des Durchschnittsmenschen nicht wesentlich von der Handlungsweise gut dressierter Tiere ab; der Hauptunterschied besteht in der viel größeren Anzahl der Dressurakte. Das menschliche Gehirn ist viel aufnahmefähiger für Dressurwirkungen und antwortet infolgedessen auf viel mehr Reize und Stichworte als das tierische. Von Jugend auf werden in das Gehirn bestimmte Bahnen eingezeichnet, auf denen oder denen parallel auf einen einwirkenden äußeren Eindruck hin die Gedanken ihren Weg weiterlaufen, je nach der Art, wie sie die jeweilige Schule den einzelnen Gedankengängen vorgeschrieben hat. Die Schulung bestimmt beim Durchschnittsmenschen seine Allgemeinneigungen, und diese Neigungen sorgen wieder umgekehrt dafür, die alten Geleise sich immer tiefer einfahren zu lassen. Die Neigung entscheidet z. B. über die Sorte von Zeitungen, die man sich hält, oder die Art politischer Redner, die man sich anhört — man wählt diejenigen, deren Gedanken am reibungslosesten die gewohnten Bahnen entlang gleiten —, und Redner und Zeitungen drücken wiederum die alten Bahnen immer fester und tiefer ein. Hat einer ein Gehirn, in dem für viele solcher Bahnen Platz ist, so wird er ein guter „Schüler", Schüler auf den unteren, mittleren und hohen Schulen, später in der Beamten-, Militär-, Gelehrten-, Künstler- oder sonstigen Laufbahn. Alle Schulen, besonders die im Deutschen Reich, sind heutzutage so gut und methodisch durchgebildet, daß ein empfängliches und auf ihnen firm dressiertes Gehirn tatsächlich einen recht gut arbeitenden Beamten, Offizier, Gelehrten, einen brauchbaren Minister, Geheimrat, Direktor abgibt, brauchbar bis zu den verhältnismäßig seltenen Gelegenheiten, wo die Dressur nicht mehr genügt, sondern der selbständige, neue Bahnen findende Geist erforderlich wird. Auch die geistigen Tätigkeiten des mit Verstand begabten, ja auch des genialen

Menſchen beruhen zu 90 bis 95 vom Hundert auf Dreſſur, und höchſtens 5 bis 10 Teile derſelben ſind ſelbſtändiger Art; aber eben dieſe 5 bis 10 Teile unterſcheiden ſie. Man glaubt nicht, wie weit man mit der bloßen Dreſſur reichen kann, und ſchon Axel Oxenſtjerna hat bekanntlich ſeinen Sohn Johann, der ſich der Aufgabe, Schweden auf dem Friedenskongreß zu vertreten, nicht gewachſen fühlte, damit getröſtet, ob er nicht wiſſe, mit wie wenig Verſtand die Welt regiert werde. Mit welchem Bewußtſein bekanntlich ſeitdem ſchon viele Leute auf Friedenskongreſſe gegangen ſind. Aber erſtens muß *etwas* Verſtand in manchen ſchwierigen Lagen eben doch vorhanden ſein. Und zweitens tut es bei Führern eines Staates oder eines Volkes der Verſtand allein nicht, ſondern es muß auch ein Wille und ein Glaube vorhanden ſein. Auch Wille und Glaube können zum großen Teil Erziehungs- und Dreſſurſache ſein. Ob der Glaube an das eigene Volk und der Wille, es groß zu ſehen, Ergebnis planmäßiger Erziehung von Jugend auf ſind oder auf natürlicher Anlage beruhen, iſt für den leitenden Staatsmann ſchließlich einerlei; aber *vorhanden* muß beides ſein. Überlegen und durchhaltender iſt ſelbſtverſtändlich auch hier der, bei dem beide Eigenſchaften in ſeinem natürlichen Weſen gründen. Stehen in einem Kriege auf keiner Seite überragende Staatsmänner — ob wohl ein einziges der Ententevölker ſeinen Staatsmännern Denkmäler errichten wird? —, ſo muß das Volk ſiegen, deſſen Staatsmänner den größeren Glauben an ihr Volk und den ſtärkeren Willen zum Siege haben.

Wenn die D. A. Z. bei der Bezeichnung „hoher, abgeklärter Geiſt“ auf Bethmanns philoſophiſche Liebhabereien anſpielen ſollte, oder wenn die „naheſtehende“ Seite ſeine Muſikkennerſchaft und nicht gewöhnliche Begabung am Flügel hervorhebt, ſo entzieht ſich die Beurteilung dieſer Gaben dem Außenſtehenden, weil Bethmann mit ihnen nicht an die Öffentlichkeit getreten iſt und auch kein Amt zu bekleiden den Ehrgeiz hatte, in dem beide Dinge zu Leiſtungen verpflichtet hätten. Vielleicht waren tatſächlich beide Gaben vorhanden; in Deutſchland ſind die Fälle noch häufiger als anderswo, in denen gleichzeitig eine hohe Ausbildung anderer Gehirnteile und eine gänzliche Verkümmerung jener Gegenden, in denen die Politik ihren Sitz hat, vorkommen. Wenn aber ein Blatt wie die D. A. Z. aus Höflichkeit oder ſonſtigen Gründen Bethmann auch als Staatsmann und Politiker hohe Bedeutung zuerkennt, ſo urteilt es auf einem Gebiet, auf dem es

seinen Lesern als urteilsfähig gilt, und übernimmt damit eine Verantwortung, die es nicht tragen kann, solange es als nationales Blatt gelten will.

Am 16. Juni 1914 schrieb Bethmann Hollweg an Lichnowsky in London: „Die nächste Folge (von Nachrichten über russische Kriegsabsichten) ist der Ruf nach einer abermaligen sofortigen umfangreichen Verstärkung der Armee . . . Da, wie ich ganz vertraulich bemerke, S. M. der Kaiser sich schon ganz in diese Gedankengänge eingelebt hat, b e s o r g e ich für den Sommer und Herbst den Ausbruch eines neuen Rüstungsfiebers bei uns". Das waren die „Sorgen", die diesen Reichskanzler Mitte Juni 1914 bedrückten!

Fürst Bülow schrieb am 10. Dezember 1914 an Bassermann: „Während Bethmann mir im August von der Hoffnung sprach, daß aus diesem Kriege ein besseres Verhältnis zu England und Frankreich hervorgehen werde und ein Bund der Kulturvölker gegen das barbarische Rußland, dem seine westlichen Provinzen entrissen und zu einem Polenreich von Libau bis Odessa gemacht werden sollten, soll er jetzt geneigt sein, sich auch mit unserem östlichen Feinde zu versöhnen." Bülow war damals nicht mehr gut auf den von ihm seiner Zeit empfohlenen Bethmann zu sprechen; aber da die ganze weitere Haltung Bethmanns mit seiner Augusthoffnung übereinstimmt, besteht keine Ursache, an der Richtigkeit der Bülowschen Mitteilung zu zweifeln. Hätte man im August 1914 auf das törichtstmögliche deutsche Kriegsziel einen Preis ausgesetzt, nicht einmal die Pazifisten hätten ihn Bethmann mit seinem polnischen Kriegsziel von Libau bis Odessa streitig zu machen vermocht.

Im Spätherbst 1915 vertrat dann Bethmann die Auffassung, j e t z t sei tatsächlich der „psychologische Moment" zur Versöhnung mit Frankreich gekommen. Durch die Marneschlacht und ihre bisherige Unbesiegtheit hätten die Franzosen ihr 1871 verloren gegangenes militärisches Prestige wieder hergestellt und könnten sich mit dieser „Revanche für Sedan" zufrieden geben; nun sei es an Deutschland, Frankreich entgegenzukommen.

Mit England fühlte sich Bethmann noch im Mai 1916 nicht so richtig im Kriege. Er erklärte in der Pressekonferenz vom 5. Mai 1916: „Wenn wir den rücksichtslosen U-Boot-Krieg führen würden, würde man sich in England sagen, es geht auf Leben und Tod, und würde den Krieg bis zum letzten Atemzuge führen." Was bis dahin zwischen England und Deutschland vorgefallen

war, galt also diesem bedeutenden Staatsmann offenbar mehr als eine Art Spielerei; nach dem Satze: Was sich liebt, das neckt sich.

Am 9. Dezember 1915 hatte Bethmann im Reichstage erklärt: „Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Machthabern besteht und ihre Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die nicht den Krieg verkürzt, sondern verlängert. Erst müssen die Masken fallen. Noch wird der Vernichtungskrieg gegen uns betrieben. Damit müssen wir rechnen. Mit Theorien wie Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts und nicht zu Ende." Die Erkenntnis von der Torheit seiner ewigen Friedensangebote bestand also bei ihm. Er hat auch noch später wiederholt die Wirkung seiner Verständigungssucht zugegeben. So sagte er im November 1916 (Köln. Zeit., 30. November 1916) zu dem amerikanischen Pressevertreter Dr. W. B. Hale: „Wieder und wieder haben wir uns bereit erklärt, in Friedensverhandlungen einzutreten. Unsere Äußerungen haben niemals einen Widerhall gefunden. An manchen Stellen sind sie sogar als Äußerungen der Schwäche und Furcht gedeutet worden." Am 12. Dezember 1916 bietet er bekanntlich wieder den Frieden an, mit dem gleichen Erfolg, und fährt damit fort bis zu seinem Abgang. Die in der Torheit beharren, das sind die Narren.

Die Narretei hält bei ihm an bis zum Schluß. Die schon einmal erwähnte Vermutung der „nahestehenden" Seite, ein Verbleiben Bethmanns im Amte hätte uns einen Frieden der Verständigung gebracht, gibt nämlich Bethmanns eigene Meinung wieder. Herr Haußmann erzählte auf dem demokratischen Parteitag zu Stuttgart am 10. Januar 1921, Bethmann habe ihm noch einige Wochen vor seinem Tode mitgeteilt, wir hätten 1917 Frieden schließen können, wenn man ihn nicht gestürzt hätte.

Man braucht wirklich nicht mehr als diese wenigen eben angeführten Züge sich vorzuhalten, um ein völlig klares Bild über die politische „Bedeutung" und heilige politische Einfalt des Mannes zu gewinnen.

---

Verbindet sich mit dem oben erwähnten Besitz eines schulungsfähigen Gehirns Pflichttreue, Fleiß und Gewissenhaftigkeit, so entsteht jener Schlag Beamter, Offiziere und Angestellter, die uns Deutschen kein Volk der Welt nachmacht, jener Schlag, der in der Hand

eines überlegenen Staatsmannes oder sonstiger geistiger Führer zu einem Werkzeug wird, mit dem man ein Volk selbst aus tiefstem Elend in kurzer Zeit in die Höhe führen kann, mit dem ein Bismarck in einem Lebensalter Deutschland aus einem politischen Nichts zu einer Großmacht emporheben konnte. Diese Beamteneigenschaften werden nutzlos und unter Umständen verhängnisvoll, wenn die überlegene Hand fehlt, die dem einzelnen die ihm zukommende Arbeit zuweist. Solange ein berufener Kopf den Geist des ganzen Beamtenkörpers bestimmt, schiebt derselbe bis zu einem gewissen Grade aus sich selbst heraus die jeweils Tüchtigsten an die geeigneten Stellen, und der Mindertüchtige ordnet sich freiwillig dem Tüchtigeren unter. Fehlt aber die überragende Leitung oder tritt ein mittelmäßiger Kopf an die leitende Stelle, so geht das Verhängnis nach zwei Richtungen seinen Gang.

Viele, die als Werkzeug tauglich waren, bilden sich in Bälde ein, auch Stellen ausfüllen zu können, an denen man Führer braucht. Gelangen sie zu Einfluß, so entsteht statt eines von unten auf gegliederten staatlichen Körpers, der in wenigen Spitzen sein natürliches Haupt erblickt, ein vielarmiger Organismus, in dem jedes Glied nicht mit Unrecht sich dem andern gleichwertig dünkt, und in dem es jedem, wiederum nicht mit Unrecht, als reiner Zufall erscheint, ob der eine oder der andere an eine oberste Stelle rückt und z. B. Reichskanzler wird. In solchen Organismen entwickelt sich rasch das gemeinsame Bedürfnis, unter die Gleichwertigen keine Mehrwertigen gelangen zu lassen; die überlegenen Köpfe werden abgedrängt; man will unter sich sein. Wenn Bethmanns Jünger und Apostel Riezler es als die Maxime des Systems seines Meisters verkünden kann, „in unserer Zeit gehöre der dauernde Erfolg nicht mehr der einzelnen kühnen Tat, auch nicht mehr dem Genius des einzelnen Staatsmannes, sondern der stillen, Kleines auf Kleines häufenden Arbeit der Millionen; letzten Endes entscheide der bessere Durchschnitt“, so ist in diesem System der den besseren Durchschnitt überragende Staatsmann fehl am Platze. Der Durchschnitt — bei einer solchen Maxime wird in einem Staate selbstverständlich aus dem besseren alsbald ein schlechter Durchschnitt — ist dann gezwungen, denen, denen es glückt, die oberen und einträglichen Stellen zu erreichen — es sind das nach einiger Zeit meist die infolge biegsameren Rückgrates und geringerer Gewissenhaftigkeit Wettbewerbsfähigeren — auch das Ansehen zu geben, das ihre Inhaberschaft dieser Stellen nach außen, vor dem „Volke“ rechtfertigen soll; die verschiedenen

Körperschaften bilden sich zu Lobesversicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit aus. An die Stelle eines Gebäudes, in dem jeder Bauteil nach Nutz- und Tragfähigkeit verwendet ist, tritt ein liederliches Truggebäude.

Das Unkritische und Unselbständige der Durchschnittsköpfe kommt auch in der Stellung des Einzelnen zu sich selbst zum Ausdruck. Sein Gehirn, das willig sich der Führung eines wirklich Überragenden unterworfen hätte, wäre es unter dessen Leitung aufgewachsen, unterliegt nun der Beweihräucherung durch die Versicherungsgesellschaft und der eigenen; es fängt an, an seine eigene Größe zu glauben, und alsbald bildet sich jener Dünkel der Unbedeutenden heraus, mit dem selbst Götter vergebens kämpfen und dessen Träger sich für um so unentbehrlicher halten, je größer die Unbedeutendheit ist. Die ganze Kaste begreift schließlich nicht mehr, etwas, was „anders" sei wie sie selbst, anders herum denkend, willenskräftiger, weniger skeptisch, härter, leidenschaftlicher, könne für ihre Ämter taugen. Ihre eigenen Mängel werden ihnen zum Maßstab aller Fähigkeit; wer nicht unzulänglich ist wie sie selbst, den halten sie für untauglich für ihr Amt. Bethmann hat an seinem Kanzlerstuhl geklebt, so zäh, wie man nur kleben kann, und hat das vor sich und andern immer mit seiner Unentbehrlichkeit begründet. Am 30. März 1915 äußerte er gegenüber einem Abgeordneten, er würde, falls er eine Persönlichkeit sähe, die in der heutigen Lage das Wohl des Reiches auch nur ein geringes besser zu fördern in der Lage und geeignet sei, als er selbst, rückhaltlos vor Seine Majestät treten und bitten, ihn durch diese Persönlichkeit zu ersetzen; aber er sähe niemanden. Junius alter machte bereits auf eine eigentümliche Erscheinung aufmerksam: Wenn andere Leute eine derartige Persönlichkeit sahen, dann begann alsbald ein fabelhaft schnell sich über ganz Deutschland ausbreitender Verleumdungsfeldzug gegen diesen Mann, und bei der Nachforschung nach dem Ursprung desselben geriet man regelmäßig in die Gegend der Wilhelmstraße; es sei nur an den Fall Valentin erinnert. Auffällig war ja auch die Erbitterung, mit der Bethmann gegen die Alldeutschen focht; es war der einzige Kampf während des Weltkrieges, den er wirklich ernst nahm und folgerichtig führte. Erzberger behauptete bekanntlich (Deutsche Allgemeine Zeitung 1919 Nr. 211), Bethmann habe der Friedensresolution vom Juli 1917 hauptsächlich deshalb zugestimmt, weil er sie als ein brauchbares Kampfmittel gegen die Alldeutschen betrachtet habe. Welcher Zug auch von seiner heili-

gen politischen Einfalt und noch einigem andern zeugen würde. Da niemand besser über die Geschichte dieser Friedensresolution unterrichtet ist als Erzberger, kann man ihm darin Glauben schenken. Die Alldeutschen waren jene Politiker, die vom ersten Tage an die Entfernung Bethmanns aus seinem Amte forderten. Aber bei der oben geschilderten, unter Umständen sich ausbildenden Geistesverfassung jener Beamtenkaste, zu der Bethmann gehörte, ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, er habe aufrichtig geglaubt, daß ein größeres Unglück als seine Entfernung das Vaterland nicht mehr treffen könne, und schlimmere und bekämpfenswertere Feinde als die Alldeutschen also auch nicht vorhanden wären. Gegangen ist er dann ja auch erst, als seine eigenen Freunde ihm den Stuhl vor die Tür setzten.

Der Dünkel der nur als Werkzeug Tauglichen, der die zur Handhabung der Werkzeuge Berufenen nicht mehr zu ihrem Beruf gelangen läßt, hat aber noch eine zweite verhängnisvolle Wirkung. Werkzeug bleibt Werkzeug, auch wo es sich Führer spielen zu können einbildet; und wo der berufene verantwortliche Führer fehlt, stellen sich dann eben unverantwortliche unberufene Führer ein. Dünkt ihnen Bismarck ein überwundener Standpunkt, so werden sie eben von einem Warburg, Rathenau oder Erzberger an die Kandare genommen. Die Eingangspforte jener Einflüsse bildet der Bedarf nach künstlicher Ansehenserhöhung und Beweihräucherung, die jene Mittelmäßigen, allzu Mittelmäßigen brauchen, um vor sich selbst und andern in der Bekleidung der ihnen nicht zustehenden Ämter ein halbwegs gutes Gewissen zu haben; was ihnen an der inneren Kraft, an dem Halt, den der Starke an sich selbst hat, abgeht, muß der Weihrauch von außen ersetzen. Der gute Deutsche ist in der Kunst des Schmeichelns schlecht bewandert; im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist. Aber es gibt ein Volk, das von Rasse wegen, und eine politische Macht, die von ihrer Schule her Meister in dieser Kunst sind und im Deutschen Reich über die Mittel verfügen, um das Emporloben und in Verrufbringen, das Werbelärmschlagen und Totschweigen zu den erfolgreichsten und gefährlichsten Waffen werden zu lassen.

Zwanzig Jahre nach Bismarcks Entlassung war bereits der ganze politische Verwaltungskörper des Deutschen Reiches auf „Kultur und Wirtschaft“ eingestellt. Diese Einstellung ist nicht aus dem Beamtenkörper selbst herausgewachsen, sondern wurde ihm von außen aufgedrängt. Die eine Seite der Kulturpolitik Bethmanns fand in der Wiederzulassung der Jesuiten am 19. April

1917 und in der Nachfolgerschaft Hertlings als Reichskanzler ihren Höhepunkt. Der Bismarckturm am Starnberger See steht noch; die nach dem Künstler Rottmann, dem Tischgenossen Ludwigs I. von Bayern, benannte Rottmannshöhe, die ihm gegenüberliegt, ist Exerzitienhaus der Jesuiten geworden, ein Zeichen der Wandlung nicht nur der Politik, sondern auch der Kulturbegriffe unter den Nachfolgern Bismarcks. In der Polenpolitik Bethmanns begegneten sich die Kulturpolitik der Jesuiten und jene der Juden. Wenn der Kulturpropaganda der Entente während des Krieges und bis heute mit Rücksicht auf die Kultur von deutscher Seite nicht mit gleichen Mitteln entgegengetreten werden durfte, so sprechen daraus Kulturwünsche aus gleichen Quellen.

Aus Rücksicht auf die Wirtschaft durfte unter Bethmann der Krieg gegen England nicht scharf geführt werden, durften die U-Boote nicht rücksichtslos eingesetzt werden, mußten die Gefühle Amerikas in Wort und Tat geschont werden, mußten die Friedensverhandlungen mit den Russen und den Rumänen so geführt werden, wie sie geführt wurden.

Der politische Arm Deutschlands fuchtelte während des ganzen Krieges, geleitet von den Gedankengängen eines Warburg, Rathenau, Erzberger, Verständigung mit den Wirtschaftskreisen der feindlichen Länder suchend sinn- und zwecklos in der Luft herum und entzog dem militärischen Arm die Kraft, während die Entente ihren wirtschaftlichen Arm restlos dem militärischen und ihre gesamte Wirtschafts- und Kulturpolitik dem Zweck der Niederwerfung Deutschlands unterordnete.

Aus Werkzeugen Bismarcks wurden Werkzeuge Alljudaans und Roms; an die Stelle des offen wirkenden leitenden Staatsmannes sind hintenherum arbeitende Konsortien getreten. Bethmann hat seine Aufgabe erfüllt; die einzigen wirklichen Sieger im Weltkrieg sind Juden und Jesuiten.

Der ganze Gedanke, die Staatspolitik in Wirtschaftspolitik aufgehen zu lassen, atmet jenen jüdischen Geist, der überall zerstört und vergiftet, wo er aufzubauen vorgibt. Durch die Einführung des Wirtschaftsgedankens auch in die Kriegführung wurde der Krieg selbst vergiftet und seiner reinigenden und heilenden Kraft beraubt. Man hat auch früher Festungen belagert und ihnen die Nahrungszufuhr abgeschnitten; aber es waren nur verschwindende Teile der Bevölkerung, die dadurch getroffen wurden; Weiber, Kinder und Greise konnten, wenn sie wollten, zu Kriegsbeginn die Festung verlassen, und oft genug gewährte der

Feind selbst noch während der Belagerung ihnen den Abzug. Der jüdisch-wirtschaftliche Geist hat daraus die Hungerblockade über ganze Völker gestaltet, bei der sich das feindliche Kriegsschiff nicht mehr mannhaft dem Gegner stellt, sondern wehrlosen Handelsschiffen neutraler Völker die Fahrt verbietet, und jüdische Kulturpropaganda hat es fertig gebracht, die Gegenwehr mit den gleichen Mitteln, die ergriffen wurde, um Frauen, Kinder und Greise des eigenen Volkes vor Hunger und Seuchen zu schützen, in der Welt als Gipfel aller Kulturbarbarei hinzustellen. Den schwersten Kampf aber, die U-Boots-Waffe zu einem wirklich wirksamen Mittel zum Schutz des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft auszugestalten, haben die Befürworter derselben gegen den Kanzler des Deutschen Reiches zu führen gehabt. Die Kultur ist unter der Kulturpolitik des Kanzlers in Deutschland immer mehr zurückgegangen, wenigstens die deutsche, und die deutsche Wirtschaft ist unter der Wirtschaftspolitik des Kanzlers beim Frieden von Versailles angelangt.

Wenn sich der Giftcharakter der Einführung der Wirtschaftsmittel und -gedanken in die Staatskriege nicht nur bei den unterlegenen, sondern auch bei den siegreichen Völkern äußert, deren Wirtschaft ebenfalls schwer krank geworden ist, so entlastet das den Kanzler nicht; denn er hat über ein Volk regiert, das noch verhältnismäßig frei von der Verseuchung mit der jüdischen rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise aller Dinge war, ehe er sie zur maßgebenden machte, und er hätte es in der Hand gehabt, durch schärfste Ausnutzung der ihm zum Handels- und Wirtschaftskrieg von der Technik seines Landes zur Verfügung gestellten Kriegsmittel den ganzen Wirtschaftskrieg in Bälde ad absurdum zu führen; Deutschland hätte damit der Arzt der Welt werden können. Kriege werden immer sein, und sie werden von Segen sein, wenn es sich um den Wettbewerb zwischen Staaten, Völkern und Rassen, um Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten handelt. Ungesunden, rein zerstörenden Charakter erhalten Kriege erst durch Hineintragen von Dingen, die mit dem natürlichen Wesen des Krieges nichts zu tun haben, wie durch das Hineintragen von Religionsinteressen und -machenschaften in den 30jährigen, das Hineintragen von Händlerinteressen und -machenschaften in den hinter uns liegenden Weltkrieg. Derselbe weibische Händlergeist, der schon während des Krieges im Lande herumzog und durch krasse Schilderung der Kriegsgreuel für pazifistische Völkerbünde warb, die statt mit Waffen durch Absperung der Lebensmittel-

und Warenzufuhren die Völker botmäßig machen sollen, hat mehr dazu beigetragen, die Greuel des Krieges zu steigern, als sämtliche Militaristen zusammengenommen. Die Welt wird erst wieder gesunden, wenn aus ihren Kriegen alle Juden- und Jesuiteninteressen, alle Wirtschafts-, Religions- und Kulturmachenschaften ausgeschaltet werden. Es dürfte noch kaum einen während eines Krieges leitenden Staatsmann gegeben haben, der in seine Kriegspolitik so viel dem Krieg Wesensfremdes hineingetragen hat wie Bethmann-Hollweg.

## II.

Die Betrauung von Leuten mit Ämtern, denen sie nicht gewachsen sind und in denen sie die Tragweite ihrer Handlungen und Unterlassungen nicht zu überschauen vermögen, hat für Staat und Volk noch weitere mißliche Folgen. Diese Leute mit dem Durchschnittsgehirn verfügen in der Regel auch nur über einen Durchschnittscharakter, über ein Durchschnittsmaß von bürgerlichen Tugenden, das für den durchschnittlichen Haus- und Amtsbedarf auszureichen pflegt. Wenn man als Oberpräsident sein Amt anständig verwaltet, die Leute im großen und ganzen gerecht behandelt, seine Steuer- und sonstigen staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt, hat man an Liebe und Treue für das Vaterland nach der Durchschnittsanschauung genug getan. Für einen Posten aber, wie ihn das Reichskanzleramt darstellt, ist schon im Frieden der Maßstab ein anderer, und in den großen Schicksalsstunden eines Volkes wird der Friedensmaßstab gänzlich unbrauchbar. In allen Nachrufen auf Bethmann wird hervorgehoben, er habe „stets das Beste gewollt“. Ist das überhaupt für einen Kanzler ein Maßstab, und darf man *den* einem zusammengebrochenen Volk gegenüber auch nur als Entschuldigung gebrauchen? Ein General, der im Manöver Mißerfolg hat, reicht im tiefsten Frieden seinen Abschied ein, auch wenn er selbstverständlich „das Beste gewollt“ hat. *Nach* offen darliegendem Mißerfolg ist eben das Beste, was er wollen kann, sein Abschied. Wenn ein Kanzler bei Ausbruch eines Krieges vor dem Botschafter einer feindlichen Macht offen zugeben muß, die Beteiligung dieser Macht am Kriege bedeute den völligen Zusammenbruch seiner Politik ihr gegenüber, ist es dann das Beste für das Vaterland gewollt, weiterhin Leiter der Politik seines Landes zu bleiben, oder ist es — gewissenlos? In Wirklichkeit erlitt im August 1914 nicht nur Bethmanns englische, sondern auch seine österreichische, russische, französische, tür-

kische und japanische Politik ihren Zusammenbruch. Im Mai 1915 brach seine italienische, im Februar 1916 seine portugiesische, im August 1916 seine rumänische, im Februar 1917 seine amerikanische Politik restlos zusammen; seine elsaß-lothringische Politik sank während des Krieges in Staub und Asche; seine polnische Politik war schon einen Monat nach der Erklärung des Königreichs ein Trümmerhaufen. Jeden dieser Zusammenbrüche m u ß t e er, wenn man ihn nicht für schlankweg geistesschwach erklären will, als solchen erkennen und hat es auch getan. War es das Beste von diesem Kanzler gewollt, sich trotzalledem unentwegt an seinen Sitz festzuklammern? Entweder war dieser Mann mit den seltenen Gaben, wie ihn die D. A. Z. nennt, geistig so ungeheuerlich beschränkt, daß er wirklich nie an die Möglichkeit eines Zusammenhanges zwischen der nie abreißenden Kette der Mißerfolge seiner Person und seiner Politik mit dieser Politik und dieser Person dachte; wenn er aber nur eine Ahnung oder einen Verdacht auf diesen Zusammenhang hatte und er blieb nur eine Stunde noch im Amte, dann war es gewissenlos gegen Volk und Vaterland gehandelt. Oder war er der Hasardeur, der den Verlust des einen Einsatzes mit neuen noch größeren Einsätzen wettmachen zu können hoffte? Aber er spielte nicht mit seinem eigenen Vermögen, sondern mit Volk und Vaterland. Hat man einen Bankdirektor, der immer tiefer in die Depots seiner Kunden griff, um vorausgegangene Verluste zu decken, jemals damit entschuldigt, er habe nur das Beste gewollt, nämlich den Kunden ihre Depots wieder zurückzugewinnen? Würde sich nicht die ganze Bankwelt dagegen auflehnen, wenn ein Nachrufschreiber diese Moral einführen wollte? Sind die nationalen Moralbegriffe unwichtiger und knetbarer als die der Bankwelt? Für wen?

Weder nach Ruhm noch nach Reichtum dürfte Bethmann sonderlich gestrebt haben, und viele mögen d a r a u s den Schluß auf die Reinheit und Untadligkeit seiner Persönlichkeit gezogen haben. Aber es gibt auch noch andere Arten von verwerflichem Ehrgeiz. Der tiefste seelische Beweggrund bei dieser ganzen Kaste der Unzulänglichen ist in den meisten Fällen, in denen ihr Verhalten den Außenstehenden psychologisch unverständlich ist, das Rechtbehaltenwollen; ihre Unzulänglichkeit soll um keinen Preis und in keiner Form zugestanden werden. Lieber noch Volk und Vaterland zugrunde gehen lassen, als zugeben, man habe mit seiner Politik Unrecht behalten, und die Andern, die tiefgehaßten Andern, hätten Recht gehabt in ihren von den Unzulänglichen so

heiß bekämpften Ansichten und Wesenszügen. Von tiefen seelischen Erschütterungen des Kanzlers über irgendwelche Ereignisse, die Volk und Vaterland betrafen, ist nichts bekannt geworden; nur wenn wieder einmal eine seiner Theorien unleugbar zusammenbrach und er Unrecht erhielt, oder wenn er sich gegen die „Andern“ wandte, verließ ihn die Fassung. Kein leidenschaftliches Wort gegen irgend einen der Feinde des deutschen Volkes erklang während des Weltkrieges aus seinem Munde; ein einziges Mal war seine Rede von echtem innerem Feuer beseelt, als er — gegen Junius alter und Kapp sprach. Die Leute haben damals nicht recht begriffen, warum er darüber so aufgeregt war: beide Schriften waren noch kaum in die Öffentlichkeit gedrungen; fast kein Reichstagsabgeordneter kannte sie. Aber eine andere Schrift, meine „Politik von Bethmann Hollwegs“ [1]) war damals durch aller Hände gegangen; Bethmann soll angeblich (zu Bülow?) gesagt haben, es sei ihm nach Lesen des Buches gewesen, als habe ihm einer mit einem schweren Hammer vor den Kopf geschlagen. Zur Zeit jener Reichstagssitzung vom 5. Juni 1916 war aber in Berlin fälschlicherweise alles fest überzeugt, Junius alter und ich seien ein und dieselbe Person. Nachdem dann der Reichstag in seiner politischen Harmlosigkeit prompt auf die Donnerworte des Kanzlers gegen den „Fälscher“, den „Preßpiraten“, den „niederträchtigsten Verhetzer“, dem die „Maske heruntergerissen“ werden müsse, hereingefallen war, wäre damit auch der Verfasser der „Politik von Bethmann Hollwegs“ und damit dessen Werk, gegen das man sich nicht zu wehren vermochte, auf bequeme Weise erledigt gewesen; man brauchte nur noch die „Maske“ herunterzureißen und den vermuteten Träger dahinter zu finden; ihn dann zum politisch toten Mann zu machen, wäre dem Kanzler mit Hilfe der ihm ergebenen jüdischen Presse ein leichtes gewesen. Die Staatsanwälte gaben sich alle Mühe — ich kann ein Lied davon singen —, durch monatelange heimliche Briefüberwachung, Haussuchungen, gerichtliche Vernehmungen diese Personengleichheit nachzuweisen. Die verschiedensten unschuldigen Leute wurden vor den Kadi geschleppt, damit man den Verfasser der „Politik“ und ihm politisch nahestehende Leute als Zeugen dazu laden und unter Zeugeneid ausfragen konnte, ob sie wüßten, wer Junius alter sei. Beide Werke enthielten die schärfste und eingehendste Kritik des Systems, das von Bethmann vertreten war; sie wurden natür-

[1]) Verlag J. F. Lehmann, München. Preis geh. Mk. 13,—, geb. Mk. 17,—.

lich sofort beschlagnahmt und verboten. Hätten sie im Volk Verbreitung und Anklang gefunden, dann hätte es vielleicht auf einen Regierungswechsel gedrungen; das Reich wäre dann wahrscheinlich gerettet, Bethmann aber ins Unrecht gesetzt und er und sein System gestürzt worden.

Man vergleiche mit dieser Behandlung des Junius alter, dem gegenüber Bethmann sich zu Worten wie „erstunken und erlogen" versteigt, Bethmanns Verhalten gegen Valentin. Valentin wurde ins Auswärtige Amt berufen, um eine Geschichte der auswärtigen Politik seit 1902 zu verfassen. Außerdem benutzte man ihn, um dem Auswärtigen Amt erwünschte Ansichten zu verbreiten. Seine gegen Reventlows „Deutschlands auswärtige Politik 1888 bis 1914" gerichtete Schrift „Graf Reventlow als Geschichtsschreiber" wurde mit offiziellem Segen vom sogenannten „Nationalausschuß" in Riesenauflagen an alle möglichen Gruppen von Staatsbürgern verschickt. Bei seiner unterirdischen ebenfalls Bethmann zu Gefallen arbeitenden Hetze gegen Tirpitz geriet Valentin unter die Räder; der Vergleich, den er im Prozeß Coßmann-Valentin abzuschließen gezwungen war — in diesem Prozeß hätten die Worte „erstunken und erlogen" des öfteren berechtigte Anwendung finden können —, war vernichtend für Valentin. Das Mitglied des Auswärtigen Amtes v. Mumm erklärte im Herbst 1916 in Berlin dem badischen Gesandten, Valentins „natürlich ohne Auftrag oder Autorisation erfolgtes Eintreten für den Reichskanzler habe letzteren natürlich sympathisch berührt, und er werde deshalb eine glimpfliche Behandlung des Professors Valentin (durch die badische Regierung in dessen augenblicklichen Schwierigkeiten an seiner Universität Freiburg) dankbar erkennen." Zur selben Zeit ersuchte das Berliner Auswärtige Amt das bayrische Justizministerium, zugunsten Valentins in dem Münchener Prozeß (30. 11. 16) zu intervenieren und hob hervor, daß es dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg eine besondere Freude bereiten würde, wenn es geschehe. Das bayrische Justizministerium wies dieses Ansinnen mit größter Entrüstung zurück [1]).

Das Verhalten Bethmanns gegen Tirpitz allein richtet schon den Mann. Nur kleine Geister können keinerlei Größe neben sich vertragen. Bethmann hat auf der Habenseite seines politischen Kontos so gut wie nichts aufzuweisen; die hohen Verdienste Tir-

[1]) G. v. Below: „Was bedeutet der Fall Valentin?" „Deutschlands Erneuerung", München, II. 1921.

pitz' waren unbestreitbar; er war überhaupt noch der einzige Mann in der Regierung, dessen Bedeutung im In- und Auslande anerkannt war. Die Null auf allen eigenen Gebieten maßte sich an, durch Geschöpfe, die von Marinedingen so wenig verstanden wie er selbst, gegen den Schöpfer der deutschen Marine auf dessem eigensten Gebiete hetzen zu lassen.

Sage mir, wen du haßt, mit wem du umgehst und wen du an dich heranziehst, und ich sage dir, wer du bist. Man schaue sich die Beamten an, mit denen sich Bethmann umgab, die Politiker, zu denen er Vertrauen hatte, die Parlamentarier, auf deren Stimme er hörte! Entweder waren es Leute, die ihn betrogen und als Werkzeug für ihre dunklen Pläne benutzten, oder Spießer. Männer wie Erzberger und Scheidemann verdanken *ihm* ihr Ansehen, mit dem sie das Reich so unendlich schädigten, und zu dem sie unter einem Kanzler von einiger Höhe und Abgeklärtheit des Geistes niemals gelangt wären.

---

Am schärfsten kennzeichnet den *kleinen* Geist die Verantwortungsscheu. Bethmann hat sich von Kriegsbeginn an der „Mehrheit“ des Reichstages gebeugt und sich hinter sie geborgen. In dieser Beziehung konnte er sich auf den Willen herausreden, ein „parlamentarischer“ Kanzler zu sein. Aber er hat sich auch, wo er konnte, hinter dem Kaiser versteckt, den er hätte decken müssen. Sogar gegenüber den Angriffen von Junius alter. „Weiß denn dieser Mann nicht,“ ruft er am 5. Juni 1916 in den Reichstag, „daß wir während dieser drei Tage (Mobilmachungsverzögerung) fieberhaft gearbeitet haben an einer Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, daß insonderheit der *Kaiser*, dem nichts mehr am Herzen lag als seinem Volke den Frieden zu erhalten, darüber in diesen Tagen in unausgesetztem Depeschenverkehr mit dem Zaren stand?“ Am 12. Dezember 1916 führte er im Reichstag aus: „Nach der Verfassung lag am 1. August 1914 auf S. M. *dem Kaiser persönlich* der schwerste Entschluß, den je ein Deutscher zu fassen gehabt hat, der Befehl der Mobilmachung, der ihm durch die russische Mobilmachung abgerungen wurde.“ Wenn Bethmann dann dazufügt: „Niemand kann das (die Friedensgedanken des Kaisers) besser bezeugen als ich, der ich die Verantwortung für alle Friedensverhandlungen trage“, so entlastet das den Kaiser nur scheinbar; in Wirklichkeit wird damit die Verantwortlichkeit des Kaisers „bezeugt“ und betont. Als der Staatshaltsausschuß des preußi-

schen Landtages am 11. Februar 1916 dem preußischen Ministerpräsidenten eine Entschließung mitteilte, die Reichsleitung möge sich von Amerika die Freiheit nicht einschränken lassen, den ungehemmten Ubootkrieg gegen England zum geeigneten Zeitpunkt zu eröffnen, erteilt Bethmann dem Ausschuß eine Rüge mit der Begründung: „Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegsführung ist ausschließlich verfassungsmäßiges Recht des Kaisers." Für die am 12. Dezember 1916 den Mächten angebotenen Friedensverhandlungen schiebt er ebenfalls dem Kaiser die Verantwortung zu: „Der Kaiser hat jetzt den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen erachtet. Er hat . . . den Entschluß gefaßt usw." Zum Überfluß läßt er noch am 14. Januar 1917 von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (Nr. 13) einen Brief veröffentlichen, den der Kaiser auf Grund einer Aussprache mit ihm, d. h. auf Grund seiner Darstellung der politischen Lage, am 31. Oktober 1916 an ihn geschrieben. Dazwischendurch verkriecht er sich auch hinter die „Oberste Heeresleitung"; so wird Anfang 1917 unter- und oberirdisch (z. B. durch Hertling) von der Wilhelmstraße aus die Behauptung verbreitet, an der polnischen Fehlschöpfung, die Bethmanns alleiniges Werk war, sei die O. H. schuld.

Als im Herbst 1916 alle Politiker und Wirtschaftler, welche die Lage überschauten, aufs neue diese Zeit als die letzte bezeichneten, zu der der uneingeschränkte Ubootkrieg begonnen werden müsse, um zu einem raschen Ergebnis zu führen, wurden wieder Hindenburg und die Oberste Heeresleitung vorgeschoben, die sich gegen den sofortigen Beginn entschieden hätten. In Wirklichkeit gaben den Entscheid allein die falschen Darlegungen des Auswärtigen Amtes über die angebliche holländische, dänische und amerikanische Gefahr, durch die sich die O. H. leider beeinflussen ließ. In seinen Zensurverfügungen läßt Bethmann jede Kritik an seiner Politik verbieten, mit der Begründung, es sei die Politik des Kaisers, die nicht angegriffen werden dürfe. In dem Band III meiner „Politik von Bethmann Hollwegs", der kurz vor der Versendung im April 1917 leider restlos in die Hände der Polizei fiel, schrieb ich über dieses Vorschieben und Vorschiebenlassen des Kaisers: „Von den sozialdemokratischen Führern wird den Massen der Kanzler als ein trefflicher Mann und ihr guter Freund geschildert; ihre Empörung richtet sich infolgedessen an die falsche Stelle. Das Volk sucht sich auch die Gründe dafür (das schonende Vorgehen gegen England) in seiner Weise zurechtzulegen. Dabei verfällt es natürlich nicht auf die feinen psychologi-

schen Gründe, auf die sich Herr v. Bethmann Hollweg stützt, wenn er Bundesfürsten gegenüber (König Ludwig III. von Bayern) seine schlechte Politik mit der „Eigenart" des Kaisers zu decken sucht, sondern es erfindet sich handgreiflichere, Verwandtschaft, Londoner Bank und dgl. Was das für Folgen haben kann, nicht nur für das Kaisertum, sondern auch für die Bundesmonarchien, wenn der faule Frieden des Herrn von Bethmann Hollweg Wirklichkeit wird, die dann unausbleibliche soziale Zerrüttung eintritt und Sozialdemokratie und Linke das ihnen vom Kanzler während des Krieges zugespielte Heft in der Hand haben, möge man sich selbst ausmalen." Man vergleiche damit die Ereignisse, als gleichzeitig mit dem Entschluß, einen faulen Bethmannfrieden auf Grund der 14 Wilsonpunkte einzugehen, die soziale Zerrüttung eintrat. Dabei war die Politik des Kanzlers nicht einmal die des Kaisers, wie aus dessen von Kautsky veröffentlichten Randbemerkungen zu den verschiedensten Aktenstücken hervorgeht.

Was für ein Danebengreifen überhaupt, Bethmann einen „Mann der reinsten Wahrhaftigkeit" zu nennen! Für ein weniger wichtiges Friedensamt hätte vielleicht auch sein Besitz an Wahrhaftigkeit ausgereicht, für einen Kanzler des Deutschen Reiches niemals; da wird Unwahrhaftigkeit und Lüge selbst das, was man an unbedeutender Stelle noch mit Taktik entschuldigen könnte. Scheidemann, die Stütze Bethmanns, erzählt in seinem Buch „Der Zusammenbruch" folgendes: Am 18. März 1915 hielt Herr von Bethmann Hollweg vor den Vertrauensmännern der Reichstagsfraktionen einen Vortrag über seine Kriegsziele und forderte größere Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit für ein starkes und größeres Deutschland. Herrn Scheidemann lief es, wie er schreibt, eiskalt über den Rücken, und Herr Haase schmiedete im stillen sofort Pläne, wie er aus diesem Bekenntnis des Reichskanzlers Kapital schlagen könne. Am nächsten Tage bittet Herr von Bethmann Hollweg Herrn Scheidemann und Herrn Haase zu einer besonderen Unterredung. Herr Wahnschaffe hatte bereits den Boden dafür vorbereitet; und so gibt denn Herr von Bethmann Hollweg zur Befriedigung der beiden sozialdemokratischen Führer die Versicherung ab, daß ihm nichts ferner liege als der Gedanke an ein größeres Deutschland. Höchstens eine kleine Grenzregulierung in den Vogesen komme in Betracht.

Demnach war die Wahrhaftigkeit des Kanzlers nicht etwa nur vom [illegible] auf den 19. März 1915, sondern während des ganzen [illegible]. Er konnte sich nur in seinem Amte halten, weil er von

Anfang bis zu Ende von der gleichen krassen Unwahrhaftigkeit gegenüber den national denkenden und fühlenden Teilen des deutschen Volkes war und aufrichtige Politik — in der Praxis und hinter den Kulissen auch in der Theorie — nur gegenüber Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, gegenüber den Jesuiten und den Juden getrieben hat. Alle seine Reden und öffentlichen Kundgebungen waren zweideutig und darauf berechnet, die nationalen Kreise an nationale Ziele und eine nationale Politik des Kanzlers glauben zu lassen, an die derselbe niemals dachte. Jede wahrheitsgemäße Darlegung der Politik des Kanzlers und jede Warnung vor ihr stieß während des Krieges in den nationalen Kreisen unter Berufung auf irgend eine öffentliche Äußerung des Kanzlers, in die man einen nationalen Sinn hineinlesen konnte, auf Unglauben; die Warner wurden als gewohnheitsmäßige Nörgler und Hetzer abgelehnt, die man am besten an die Wand gestellt hätte, wie z. B. ein liebenswürdiger nationalliberaler Kollege für mich als Belohnung für mein Buch gesprächsweise vorschlug.

Ist es Wahrhaftigkeit, wenn man am 5. April 1916 vor der ganzen Welt feierlich erklärt: „Keiner kann erwarten, daß wir die Mittel der Abwehr, über die wir verfügen, uns entwinden lassen“, und man ist bereits fest entschlossen, wie es schon am 5. Mai 1916 geschah, Wilson die Ubootswaffe demütig zu Füßen zu legen? Ist es Wahrhaftigkeit, wenn man am gleichen 5. April laut verkündet: „Deutschland läßt sich nicht demütigen“, und man weiß genau, man wird die demütigendsten Schandnoten Wilsons wie etwa seine Antwort auf die Bethmannsche Note vom 4. Mai 1916 widerspruchslos einstecken? Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gab merkwürdigerweise einem Aufsatz des Vizeadmirals Hollweg Raum, in dem es heißt: „Die politischen Ansichten der beiden Männer (Tirpitz und Bethmann) sind wohl immer stark auseinandergegangen. Herr von Bethmann hat aber nie ernstlich gefordert, daß der Flottenerbauer seinen Platz räume; er hat nie die dem Kaiser mehrfach durch den Großadmiral selbst angebotene Entlassung befürwortet, er hat sich nie vertrauensvoll und offen zu seinem Staatssekretär ausgesprochen, er hat nur mißtrauisch herumgemäkelt an der Peripherie seines Ressorts, an seinem „Nachrichtenbüro“ und an der Tätigkeit der Marineattachés. Er hat sich schriftstellernde Abgeordnete geworben, die in der Presse Attacken auf die Marine ritten, er hat aber nie offen und ehrlich gesagt: „Er oder ich, die Duplicität unserer Politik, von ich nicht loskomme, solange der „dangerous man“ an seinem e

bleibt, muß enden.“ Wird hier das Verhalten eines Mannes der „reinsten Wahrhaftigkeit“ geschildert?

Der nationalliberale Vizekanzler Dr. Heinze rühmt die „Jahre der Einigkeit in Kampf und Leiden“ als vornehmlich sein (Bethmanns) Werk. War diese Bethmännische Einigkeit nicht Schwindel von dem Augenblick an, als der natürliche Einigkeitsrausch der ersten Augusttage vorüber war und seine pflegliche Hand sich der Einigkeit annahm? Von diesem Augenblick an bestand Einigkeit zwischen ihm, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten in allen Dingen, die den Sieg Deutschlands hemmten und Deutschland zum Unheil gereichten. Den Männern, die national dachten und fühlten, war ebenso wie jenen, denen der Untergang des Reiches nach der Methode des Kanzlers und der Reichstagsmehrheit nicht schnell genug ging, durch den Knebel der Polizeizensur Bethmannns der Mund verschlossen. Mit dem Belagerungszustand kann bekanntlich jeder Esel regieren, kann auch jede Regierung eine Einigkeit nach außen vortäuschen. Auch die feindlichen Staaten haben mit Polizeigewalt die „Einigkeit“ aufrecht erhalten; aber die Einigkeit im Willen zum Sieg und im Glauben an den Sieg, nicht wie Bethmann die Einigkeit im Willen zur Verständigung und im Glauben an die Unmöglichkeit eines vollen Sieges. Erst im Ziel steckt in solchen Fällen das Verdienst, nicht darin, durch Generalkommandos alles verbieten zu lassen, was einem nicht in den Kram paßt.

Wo war denn innerlich die Einheit? In Wirklichkeit hat Bethmann mit Kunst und Schläue auseinanderregiert, was nur auseinanderzuregieren war. Nicht einmal innerhalb der Heeresleitung bestand Einigkeit, weil Bethmanns Politik die Lager ständig auseinanderriß; zwischen Heeresleitung und politischer Leitung hörten die Unstimmigkeiten niemals auf. Seine Wirtschaftspolitik ließ das Reich wieder in feindliche Provinzen zerfallen; die seit der Reichsgründung verschwundene Mainlinie tauchte wieder auf. Stadt und Dorf wurden wie im Mittelalter wieder voneinander geschieden; die einzelnen Stände, Beamter und Bürger, Unternehmer und Arbeiter, Kaufmann und Kunde, Fürsten und Volk, Frontmilitär und Heimatszivil, vertrugen sich nicht mehr; die politischen Gegensätze hat er durch seine Nachgiebigkeit gegen die Linke (Wahlrechtszugeständnisse) ebenso verschärft wie die sozialen (Hilfsdienstgesetz, übertriebene Entlohnungen der Arbeiter wie der Unternehmer). Bundesstaaten, Bundesfürsten und Bundesgenossen gelang es ihm zu entzweien. Ist das eine Einigkeit, die sich genau in dem Maße lockert und

zusammenbricht, als der Polizeiknüttel an Kraft verliert? Oder war das etwa nicht bei der Bethmännischen Einigkeit der Fall?

Die Notwendigkeit einer Zensur zugegeben, muß sie dann so verlogen gehandhabt werden wie von Bethmann? Muß man „Bemerkungen verbieten, welche den Eindruck erwecken, als ob die Zensur die freie Meinungsäußerung unterbinde“? Was für eine Heuchelei, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (20. 2. 15) erklären zu lassen, ohne den Willen des Volkes vermöge die Regierung nichts, und zu versprechen, sobald ein Ziel spruchreif geworden, werde das Volk befragt werden, und dann, als nach der Ansicht des Kanzlers das erste Kriegsziel spruchreif wurde, durch die „Berliner Politischen Nachrichten“ halbamtlich melden zu lassen: „Unter die Gründe, welche dazu geführt haben, zurzeit nur eine Milderung der Zensur in bezug auf die Erörterung der Kriegsziele, nicht aber eine völlige Freigabe dieser Erörterungen in Aussicht zu stellen, fällt auch die Tatsache, daß die Verhandlungen über die endgültige staatliche Ordnung Polens noch nicht zum Abschluß gelangt sind.“ Das deutsche Volk hat Ströme von Blut vergießen dürfen, um Polen den Russen zu entreißen; das Königreich Polen aber hat Bethmann am 5. November 1916 errichtet, ohne das Volk auch nur mit einem Worte zu befragen. Alles, was Bethmann für sein lächerliches Kriegszielerörterungsverbot an Gründen redete und schreiben ließ, vom „Fell des Bären“ angefangen bis zur „Möglichkeit der Störung der diplomatischen Verhandlungen“, war Lüge und Vorwand, um das deutsche Volk für seine eigenen Kriegsziele, besser gesagt seine Kriegszielosigkeit mürbe zu machen.

Heißt es nicht überhaupt den ganzen Staat in seinen entscheidungsvollsten Stunden von Anfang an auf eine Lüge stellen, wenn die erste leitende Persönlichkeit dieses Staates an die Siegesmöglichkeit des Volkes nicht glaubt und trotzdem die leitende Stellung im Staate beibehält? Der Kanzler mißtraute allem, womit man einen Krieg gewinnt, den vaterlandsbegeistertsten und kampfesfreudigsten Bestandteilen seines Volkes, den Leistungen seines Heeres, den Schöpfungen seiner Technik (Zeppeline, Uboote, Brandbomben usw.), den bewährtesten Männern seiner Wehrkraft — Tirpitz! —, und lauerte förmlich auf deren Mißerfolge. Er richtete seine ganze Kriegspolitik von der ersten Stunde an auf ein Versagen der Kriegsmaschine ein, stellte sein Kriegsziel von vornherein auf die „Einsicht“, den „Verständigungswillen“, auf gut Deutsch, auf die Gnade der Feinde ein. Er weiß dabei genau, es gibt Männer genug in Deutsch-

land, die die Kraft in sich fühlen, den Kampf zum siegreichen Ende zu führen, Männer, die nicht wie er mit Zusammenbrüchen schwerster Art belastet sind, Männer, die sich in ihrer Zuversicht auf Ansichten der besten und bewährtesten Sachverständigen jeden Gebietes stützen können. Vizeadmiral Hollweg sagt in seinem schon einmal angeführten Aufsatz: „Es wäre nur klug und folgerichtig gewesen, wenn Bethmann (nach dem Zusammenbruch seines politischen Kartenhauses) zu Tirpitz, alles Vergangene vergessend, gesagt hätte: Das Vaterland ist in Not, nun beweise den Wert und den Nutzen Deiner Risikoflotte, hier ist Dein Rhodus, hier tanze!" Es wäre nicht nur klug und folgerichtig, sondern es wäre vor allem ehrlich und anständig gewesen; wenn er von seinem Amte nicht lassen wollte, wäre es das mindeste gewesen, was er tun konnte, wenigstens auf den Gebieten, von denen er überhaupt nichts verstand, die erprobten Fachmänner der Gebiete gewähren zu lassen. Das Admiralstabswerk sagt dazu: „In Verkennung der in Geist, Schulung und Material der deutschen Hochseeflotte begründeten Kampfkraft hielt er es, wie er mehrfach und ausdrücklich betonte, für notwendig und zweckmäßig, die Flotte bis zum Frieden vor Verlusten zu bewahren, um damit für die Verhandlungen ein besonders eindrucksvolles politisches Machtmittel in der Hand zu behalten." Welche ungeheure Lasten Bethmann immer wieder von neuem der Armee aufbürdete, weil dieselbe nicht den Krieg gewinnen, sondern ihm seinen Verständigungsfrieden vorbereiten und durch übertriebenes Siegen nicht verderben sollte, scheinen selbst die Armeeführer, die bis jetzt über den Krieg geschrieben, noch nicht voll erfaßt zu haben. Hat Bethmann Hollweg jemals den Mut besessen, dem Volke gegenüber offen die Verantwortung für sein ewiges Hineinpfuschen in die Kriegführung zu übernehmen; hat irgend ein nicht unmittelbar Eingeweihter überhaupt eine Ahnung von diesen Verhältnissen gehabt, oder haben nicht vielmehr die meisten sich dem Glauben hingegeben, auch wenn wir keine besonderen Staatsmänner besäßen, würde das nicht viel machen; das Militär würde schon für das Rechte sorgen? Hat Bethmann, der Mann der reinsten Wahrhaftigkeit, das Volk bewußt in dieser Täuschung belassen und zu ihrer Erhaltung bewußt beigetragen oder nicht?

Der Vizekanzler Dr. Heinze behauptet, Bethmann werde einst vor dem Urteil der Geschichte dastehen als ein Staatsmann, dem die Betonung der e t h i s c h e n Kräfte im Völkerleben nicht leeres Wortgepränge war. Dabei dachte er wohl auch in erster Linie

an das Wortgepränge, das Bethmann mit dem Gedanken der Völkerverständigung trieb. Aber es wäre eine traurige Geschichtsschreibung, die so oberflächliche Urteile fällte wie Dr. Heinze. General Keim hat sich in einem trefflichen Aufsatz in der „Deutschen Zeitung“ *) mit der Überschrift „Falsche Ethik“ bereits ausführlich über die Aufgaben eines deutschen Reichskanzlers und die Ethik im Völkerleben ausgelassen; doch sei auch hier noch auf einiges Grundsätzliche der Frage eingegangen. Bethmann meinte am 9. November 1916 — welch trefflicher Prophet, nebenbei gesagt! — im Reichstag: „Wenn bei und nach der Beendigung des Krieges diese entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Welt der Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer solchen ungeheuerlichen Katastrophe verhüten werden. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß.“ Das ist natürlich schon rein äußerlich genommen reines Wortgepränge. Aber im Munde Bethmanns ist es auch innerlich Wortgepränge. Dieselben Worte hätten es im Munde eines überzeugten Pazifisten nicht zu sein brauchen. Aber dem wäre dann auch die „Verständigung“ inneres Ziel und Selbstzweck gewesen. Diese echten Pazifisten haben fast alle an einen Sieg Deutschlands geglaubt und ihre ganze Kraft darein gesetzt, Deutschlands Sieg zu verhindern, d a m i t die Verständigung durch einen vollen Sieg Deutschlands nicht erschwert würde. Bei Bethmann war aber die Verständigung keineswegs Selbstzweck und Ziel aus Überzeugung von der Vortrefflichkeit dieses Zieles, sondern lediglich Ausweg und Zuflucht in seiner Ratlosigkeit, wie er den Krieg zu einem erträglichen Ende führen könne. Er hat nicht Deutschlands Sieg als solchen verhindern wollen, sondern hat nie an einen endgültigen Gesamtsieg Deutschlands geglaubt, höchstens an einen allgemeinen Ermattungsausgang, eher noch an ein früheres Ermatten Deutschlands. Er hat sich, töricht wie in jeder seiner Einbildungen, eingebildet, bei einer solchen Beendigung des Krieges noch am ehesten einen für Deutschland günstigen „Verständigungs“frieden erreichen zu können, wenn er das Heer und die Marine keine die Feinde allzuschwer treffenden Teilsiege erringen lasse, die bei dem Feinde den Eindruck hätten erwecken können, es „gehe auf Tod und Leben“. Wenn er also dem Siege des deutschen Volkes ent-

*) Nr. 20 vom 13. 1. 21.

gegengearbeitet und ihn auch tatsächlich durch Abschwächung des Ergebnisses jedes Einzelsieges verhindert hat, so trieben ihn ganz andere Beweggründe dazu als die echten Pazifisten; die „Idee" der Völkerverständigung war bei ihm nicht treibende Kraft, sondern lediglich Mittel zum Zweck, der Ausweg, um bei dem von ihm für den Fall des Durchhaltens der Feinde sicher erwarteten Zusammenbruch für Deutschland noch einen möglichst glimpflichen Frieden zu erlangen; auch hierin war seine Politik unwahrhaftig wie in allem andern. Diese Gedankengänge sind auch nicht etwa eine Entschuldigung für seine Politik; es war, um es nochmals hervorzuheben, gewissenlos von ihm, mit solchen Anschauungen Kanzler zu bleiben.

Bethmanns ganze Ethik war eine Phraseologie der Ethik, eine philosophierte Ethik, keine innerlich empfundene, lebendige Ethik. Das papierne Unrecht an Belgien fiel ihm auf die Seele; aber die ethische Pflicht gegenüber seinem Volke, den Krieg um jede mögliche Stunde zu kürzen und ihm jeden möglichen Tropfen Blut zu sparen — der Durchmarsch durch Belgien hätte nicht einmal den Belgiern einen Tropfen Blut gekostet, wenn sie nicht den Krieg an der Seite Frankreichs g e w o l l t hätten —, empfand er nicht als höchstes ethisches R e c h t, sondern fand nur schwächliche Notwehrentschuldigungen dafür. Er hat sein Volk überhaupt immer nur „entschuldigt" vor der Welt und das sittliche Recht seines Volkes nie begriffen. Weil er selbst als blinder Tor in den Krieg hineingestolpert war, war ihm der ganze Krieg immer nur eine Kette von „Mißverständnissen", die durch „Aufklärung" derselben und durch gütliche „Auseinandersetzungen" auch wieder beseitigt hätten werden können. Die ungeheure ethische Bedeutung dieses Weltkampfes einer niederwertigeren Sittlichkeitswelt (mit vorwiegender Händlerethik) gegen die höherwertigere „reine" Sittlichkeitswelt der Germanen konnte sein Gehirn nicht fassen.

Für einen Reichskanzler reichte bei ihm nicht einmal aus, was man am kleinen Mann als „Vaterlandsliebe" durchgehen lassen kann. Sie lieben ja Alle, Alle das Vaterland, auch die, die es an die russisch-jüdischen Sowjet-Bluthunde ausliefern wollen oder es in französischen Zeitungen mit Schmutz bewerfen; irgendwie ist damit nach ihrer Ansicht „das Beste des Vaterlandes" gewollt", und gegen niemand liegt der Vorwurf des Pharisäismus bereiter da als gegen den, der Unterschiede in der „Vaterlandsliebe" machen will. Aber es ist wie mit der Mutterliebe; es gibt wenige Mütter, die nicht glauben, ebenso treffliche Mütter zu sein wie jede andere, und doch gibt es Mutterliebe in allen Abstufungen, von

kalter Gleichgültigkeit angefangen bis zu heißester Leidenschaft. Und auch einen sachlichen Gradmesser gibt es für Mutter- wie für Vaterlandsliebe, für beide den gleichen, nicht für den Grad derselben, aber für den Wert. Mutter- wie Vaterlandsliebe sind umso echter, „wahrer" und wertvoller, je mehr das Kind und das Vaterland Selbstzweck der Liebe sind, je weniger insbesondere der Eigennutz an der Liebe beteiligt ist. Die guten Eigenschaften und Anlagen, die in dem Kind *vorhanden* sind, zur größtmöglichen Entfaltung zu bringen, das Kind auf *seine* höchstmögliche Entwicklungsstufe heben zu wollen, unter Zurückdrängung des eigenen Menschen und der eigenen Wünsche, das unterscheidet die echte Mutterliebe von jenen vielen anderen Arten von Mutterliebe, denen das Kind Zweck der eigenen mütterlichen Persönlichkeit ist, denen das Kind Werkzeug sein soll zur Verwirklichung irgendwelcher eigenen Wünsche und Vorstellungen. Die Vorstellung mag „ethisch" hoch bewertet werden; der katholischen Mutter, die ihren erstgeborenen Sohn zum Priester bestimmt, winken himmlische Belohnungen. Aber jene Mutterliebe ist echter und ethisch höherstehender, die sich mit ihren Verwandten überwirft, um den Sohn Arzt werden zu lassen, wenn sie erkennt, Willen und Anlagen des Sohnes werden ihn als Arzt zur wertvolleren Persönlichkeit werden lassen denn als Priester.

Echte Vaterlandsliebe kennt nur ein Ziel und einen Zweck: Größe und Entwicklung des Vaterlandes aus seinen eigenen Gaben heraus. Sie ist das einzige Gebiet, auf dem sogar der sonst verwerfliche, bei einer Religionsgesellschaft doppelt verwerfliche Grundsatz, der Zweck heilige die Mittel, zu einem ethisch hochstehenden wird. Wem das Vaterland Mittel zu dem Zweck ist, Völkerbundsideen, Menschheitsverbrüderungsgedanken, gutes Europäertum, Solidarität der Arbeiterklasse, Menschheitskultur und dergleichen zu fördern, der mag die Ansicht verteidigen, alle diese Dinge stünden ethisch höher als Vaterlandsliebe; nur soll er sich nicht einbilden, das *sei* Vaterlandsliebe. Wer aber einmal das *Amt* eines Kanzlers des Vaterlandes übernimmt und beibehält, für *den* ist es nicht mehr Ansichtssache, was höher steht, Vaterlandsliebe oder z. B. Menschheitsliebe, für den ist es höchstes sittliches Gebot, das Vaterland über Alles zu stellen, auch z. B. über die Menschheit. Wenn in seiner Hand die Wahl läge, entweder das Vaterland zu opfern und damit die übrige Menschheit zu retten, oder die übrige Menschheit zu opfern und damit das Vaterland zu retten, und er würde das Vaterland opfern, so würde er damit unter keinen Umständen eine sittlich hochstehende

Tat, sondern ein Verbrechen begehen. Er braucht ja nicht Reichskanzler zu werden, wenn er Menschheitsapostel sein will.

Bethmann Hollweg hatte es immer nur mit der Menschheit zu tun und nie mit dem deutschen Volke. Er hört den Schrei der ganzen Menschheit nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen; die Schreie seines Volkes hört er nie. Wenn er von Amerika etwas haben will, vertritt er nie das deutsche Volk, womit er etwas hätte erreichen können, sondern immer nur die „Menschheit", die Wilson durch sich selbst vollkommen genügend vertreten fand. Schon in der Note vom 15. September 1914 ersucht er Uso-Amerika um Mitwirkung zur Neutralisierung des Kongobeckens „im Vertrauen auf die von Amerika proklamierten Grundsätze der Menschlichkeit". Der unerhört unverschämten Note Amerikas in der U-Boot-Frage vom 16. April 1916 gibt Bethmann glatt nach und führt dafür vier Gründe an (Note vom 5. Mai 1916). 1. Rücksicht auf die Interessen der Neutralen. 2. Die Bedeutung der Gebote der Menschlichkeit. 3. Die hundertjährige Freundschaft Deutschlands mit Amerika. 4. Der „Gedanke an das schwere Verhängnis, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte M e n s c h h e i t bedroht". Mit seinen Friedensangeboten erklärte er am 30. November 1916 gegenüber dem amerikanischen Pressevertreter Hale „lediglich dem Gebot der Menschlichkeit zu folgen, nicht aber dem der Furcht". Seine ganze Ethik drehte sich um die Interessen der Völker Europas, der Weltkultur, der Menschheit und was dergleichen schöne Dinge noch mehr sind. Einen Satz wie: „Die Interessen des deutschen Volkes erfordern es" sucht man bei ihm vergeblich. Wilson flicht auch oft genug die Menschlichkeit in seine Noten und Reden; aber er meint immer die amerikanische Großfinanz damit. Bethmann meint aber wirklich die Menschheit, wenn er seine Politik mit Rücksichten auf sie begründet. Was geht den Kanzler des Deutschen Reiches die Menschheit an? Einige weitere Beispiele seiner mangelnden Fähigkeit, unterscheiden zu können und zu wollen, was das Vaterland aus sich selbst heraus, als Eigenpersönlichkeit fordern konnte und mußte und was lediglich Bedürfnisse und Forderungen seiner eigenen Persönlichkeit an das Vaterland waren, sind schon in den früheren Darlegungen enthalten.

Der deutsche Zusammenbruch war so furchtbar, weil die große Mehrheit unseres Volkes alles in guter Ordnung und insbesondere die leitenden Ämter im Staate wenn auch nicht von genialen, so doch von den bestverfügbaren Kräften verwaltet wähnte. Sie

waren aber längst in die Hände der Unzulänglichen und Mittelmäßigen geraten. Als dann alle diejenigen, welche von Amtswegen in erster Linie dazu berufen gewesen wären, den Zusammenbruch zu verhüten, und auf die sich die Bürgerschaft verlassen zu können geglaubt hatte, versagten, stand die Bürgerschaft, von der plötzlichen Führerlosigkeit gänzlich überrascht, fassungs-, rat- und wehrlos dem verbrecherischen Treiben kleiner Minderheiten gegenüber. Den nationalen Warnern hatte sie nie geglaubt; die Staatsmaschine lief ja anscheinend ordentlich ihren Gang weiter, und das ganze Netz der Unzulänglichen, die an den Staatskrippen und sonstigen einträglichen Futterstellen saßen, hatte alles Interesse daran, mit der Presse und den Mitteln, mit denen man öffentliche Meinung macht, sich gegenseitig selbst und die Andern im Glauben an ihre Zulänglichkeit und Vortrefflichkeit zu erhalten und durch vereinte Niederhaltung der Tüchtigen sich die Herrschaft zu sichern. Riß dieses Schwindelgebäude an irgendeiner Ecke, so mußte notwendig der ganze Bau zusammenstürzen, was denn auch geschah.

Selbstverständlich wollen alle Beteiligten diesen Zusammenhang nicht wahr haben und setzen alle ihre Kräfte daran, den alten Schwindelbau, der ihnen so treffliche Unterkunft gewährte, von neuem wieder aufzurichten. Den Wunsch eines Wiederaufbaues haben alle; denn in einem Trümmerhaufen kann auf die Dauer niemand leben. Wenn aber auf Grund dieses gemeinsamen Wunsches wieder eine „Einigkeit“ aller Deutschen aufgerichtet werden soll, ohne eine nähere Bestimmung: Einigkeit wozu?, dann kommt wieder jene Bethmännische Kriegseinigkeit heraus, welche den Unzulänglichen und Verderbenbringenden die Gewalt über das Volk gibt.

Die Bethmännerei war die Frucht eines ganz bestimmten Systems, des B-systems, und die Träger dieses Systems waren eine ganz bestimmte Art von Menschen. Wo das B-system herrscht, werden immer jene Art von Menschen in die leitenden Stellen in Staat, Wirtschaft und Kultur einrücken, und wo jene Art von Menschen die leitenden Stellen inne hat, wird immer das B-system herrschen. Wer einen Neuaufbau des Deutschen Reiches will und nicht einfach einen Wiederaufbau des Zustandes vor dem Kriege, der zum Zusammenbruch geführt hat und immer wieder zu Zusammenbrüchen führen wird, dessen erste und dringlichste Aufgabe besteht darin, dem Volk die Augen zu öffnen über die Art M e n s c h e n, denen es seinen Zusammenbruch verdankt, und dadurch gleichzeitig jener andern Art Menschen die Wege zu

ebnen, die allein das Reich auf neuen, besseren Grundlagen aufzubauen imstande sind.

Die Unzulänglichen, denen nach den guten Futterstellen im Reich gelüstet, werden sich hüten, ihre unzulänglichen Vorgänger im gleichen Amte ihres Ansehens zu entkleiden, und wenn die Schatten allzu offenkundig sind, werden sie an andern Stellen ausgleichende Lichter aufsetzen. Würde dem Volk der Blick für die Kleinheit ihrer verflossenen „Größen" geschärft, würde es sich auch die lebenden Kleinen an den Stellen, wo Größen hingehören, vielleicht nicht mehr gefallen lassen. Blätter und Männer, die national sein und ernstlich ein neues Deutschland wiederaufbauen wollen, dürfen nicht Leute, die niemals ein inneres Recht auf Führung hatten und niemals hätten Führer werden dürfen, in Nachrufen zu bedeutenden, zur Führung berufenen Menschen emporschrauben ;sie belügen damit das Volk, führen es irre, und verleiten es zur Errichtung neuer Trugbauten, die so unfehlbar wieder zusammenbrechen werden wie der alte. So lange das deutsche Volk seine Bethmänner trotz aller Erfahrungen immer noch für bedeutende Staatsmänner von hohem, abgeklärtem Geiste, wenn auch vielleicht in für den Kriegsfall nicht ganz genügendem Ausmaße hält, wird es keinem wirklich bedeutenden Staatsmann überlegenen Geistes gelingen, diesem Volke als Führer voranzugehen. Dem Klüngel der Unzulänglichen wird es dann stets ein leichtes sein, das Volk von dem angeblichen Mangel an „Titanen" zu überzeugen; denn der „Titane" kann sich immer erst in den leitenden Stellen offenbaren, muß also zunächst einmal in sie hineingelangen können; seine Tatzen erkennt die Allgemeinheit nie. Das Volk glaubt dann, sich mit den hohen Geistern und bedeutenden Staatsmännern vom Schlage Bethmanns begnügen zu müssen, schaut sich nach der andern, der B-systemlichen entgegengesetzten Art Menschen erst gar nicht um und kommt auf diese Weise niemals aus der Bethmännerei heraus.

Das deutsche Volk braucht Führer, Führer nicht von der Größe, aber vom Menschenschlage Bismarcks; das ist die Grundbedingung jedes wirklichen Wiederaufstieges. Diesen Schlag muß es erkennen lernen, und wenn es dafür nötig ist, den andern Schlag seiner Hüllen zu entkleiden, weitergehend als es „üblich" ist, so ist das keine angenehme und keine dankbare, aber eine unerläßliche Aufgabe. Die Nationalen sollten nicht mithelfen, das Volk mit Lügen und Trugbildern zu füttern; es bekam und bekommt davon genügend von der andern Seite zu schlucken.

## Erzberger.

### I.

Unter der Herrschaft des B-Systems ist die Kunst, Persönlichkeiten richtig zu beurteilen, in den weitesten Kreisen, auch in nationalen, abhanden gekommen. Man hat keinen Sinn mehr dafür, wie eine politische Persönlichkeit von Wert, wie insbesondere eine Persönlichkeit, wie sie unter den jetzigen Verhältnissen allein für Deutschland von Wert sein kann, beschaffen sein, reden und handeln muß. So verschieden Männer wie Dr. Simons, Erzberger, Stegerwald, Rathenau, Stresemann, Wirth u. a. auch dem Werte nach sind, ist es doch ausgeschlossen, daß von Männern dieser Art Deutschland irgendeine Rettung kommen kann; jeder, der noch etwas von dem erwähnten Sinn für Persönlichkeit besitzt, weiß das von vornherein. Ehe aber dem Deutschen der Sinn für die Art Männer, die ihm noch nützen können, wieder wächst, ist jede Hoffnung auf eine Wiederauferstehung Deutschlands eitel.

Gegen Erzberger wurde mit den schärfsten Mitteln gekämpft, und in jedem anderen Staate wäre ein Mann, der sich gegen die gegen ihn gerichteten Vorwürfe staatsbürgerlicher Unmoral so mangelhaft zu verteidigen wußte wie er, gänzlich unmöglich. Aber ein Mann der politischen Art und Gesinnung Erzbergers müßte für alle Deutschen unmöglich sein, wenn seine staatsbürgerliche Weste auch weiß wie Schnee wäre.

Die Männer der Republik haben es ihren Mitbürgern leicht gemacht, sich ein Urteil über sie zu bilden. Fast keiner konnte es lassen, ein Buch über sich selbst herauszugeben, und das genügt. Man muß die Bücher nur richtig lesen. Erzberger schrieb: „Erlebnisse im Weltkrieg." Im Folgenden soll Erzbergers Schilderungen Kapitel für Kapitel nachgegangen und das für seine Persönlichkeit, für seine Art Kennzeichnende herausgehoben werden.

Kapitel 1 des Buches handelt über die „Propagandatätigkeit." Zwei Sätze beleuchten seine Eignung dafür. „Die deutsche Propaganda durfte in keiner Weise völkerverhetzend wirken, so-

dern sollte sich in ruhiger und sachlicher Weise bemühen, die Berechtigung des deutschen Standpunktes darzutun und Angriffe und Verdächtigungen von gegnerischer Seite würdig zurückzuweisen.“ „Im maßgebenden deutschen Militär haben die Psychologen den Krieg bis zu seinem schrecklichen Ende nicht erfaßt. Nahezu alle Tagesberichte sprachen nur von Sieg und Sieg. Die Niederlagen wurde verschwiegen oder so frisiert, daß nur wenige ganz Kundige sie verstanden. Diese Berichterstattung war gleich gefährlich nach innen wie nach außen; denn die Masse des deutschen Volkes fragte, warum denn der Friede noch nicht komme, wenn man jeden Tag einen Sieg erlange. Im Ausland erschütterte diese Berichterstattung den Glauben an die deutsche Sache aufs schwerste.“ Als ob irgend eine andere Macht anders verfahren wäre! Aber in den anderen Völkern waren nicht Kräfte von der Art Erzbergers tätig, welche den offenkundigsten und großartigsten Siegen des eigenen Volkes jede zuversichtsgebende und zuversichtssteigernde Wirkung nahmen. Dort gab es nirgends Propagandavorstände, die im Kampf um Leben und Tod „völkerversöhnend“ wirken wollten und damit jenen Glauben der deutschen Soldaten am Schlusse des Weltkrieges erzeugten, sie brauchten nur die Waffen niederzulegen, dann würden die Franzosen, Engländer usw., die ja genau so gut und so gute Menschen wie wir sind, ebenfalls die Waffen niederlegen, und Alles würde sich gerührt und versöhnt in die Arme sinken.

In der zweiten Hälfte des Kapitels schildert Erzberger seine Propagandatätigkeit als Katholik. „In der ersten Zeit haben sich eine Anzahl von Priestern der Gesellschaft Jesu in ganz hervorragender Weise ehrenamtlich um die Aufklärung des Auslandes verdient gemacht.“ „Am 2. September 1914 wurde ein „Memorandum deutscher Katholiken aus dem gegenwärtigen Weltkrieg“ den in Rom im Konklave weilenden Kardinälen überreicht.“ „Ein ständiger „Arbeitsausschuß deutscher Katholiken“ auf breiter Basis konnte gebildet werden.“ „Prof. Rosenberg konnte seine verdienstvolle Arbeit „Der Krieg und der Katholizismus“ in kürzester Frist zu Ende führen.“ „Vom Arbeitsausschuß gefördert wurde das katholische Standardwerk „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg.“ „Im Kriegsgefangenlager bei Münster wurden ca. 60 französische Seminaristen vereint und denselben theologische Vorlesungen durch französische Seminar- und Ordensprofessoren gehalten.“ (Auf der Ententeseite geschah dies, nebenbei gesagt,nie.) „Ein höchst verdienstvolles Werk ist die „Samm-

lung katholischer Soldatenbriefe" von Prof. Pfeilschifter." „Die katholischen Monatsbriefe" wurde auf meine Veranlassung von dem Freiburger Univ.-Prof. Dr. Krebs herausgegeben zum Zweck, „die Vorwürfe der Barbarei und des Immoralismus zurückzuweisen," und „den guten Namen und freundschaftliche Beziehungen mit ausländischen Glaubensbrüdern mit erhöhter Sorgfalt zu pflegen." „Eine weitere beachtenswerte Kundgebung waren die „Katholischen Wochenbriefe", welche in erster Linie für Klöster und Kongregationen und für katholische Wochenschriften des Auslandes bestimmt waren und an Dr. Schnitzler einen sachkundigen Berater fanden. Der Arbeitsausschuß deutscher Katholiken sah es auch als seine Pflicht an, an internationalen Organisationen ähnlicher Art teilzunehmen." „Auf meine Anregung ist am 3. November 1917 die deutsche Gruppe der „Vereinigung für christliches Völkerrecht" gegründet worden, welche ihren Generalvertreter in Prof. Dr. Ebers in Köln fand. Die deutsche Gruppe gab eine Broschürensammlung „Das Völkerrecht" heraus, welche guten Anklang fand." „Mein lebhaftestes Interesse wandte ich der „Internationalen katholischen Union" zu." Der erste katholisch-politisch-soziale Weltkongreß fand im Februar 1917 in Zürich statt und nahm einen äußerst befriedigenden Verlauf. Die Ergebenheitsadresse an den Heiligen Vater fand freundliche Erwiderung." „Bereits im November 1917 erging die Einladung zu einem zweiten Kongreß, wobei als Zweck bezeichnet wurde: "Fühlungnahme zwischen den politischen und sozialen Führern der Katholiken aller Länder und Einflußnahme auf die Friedensverhandlungen im Sinne der allgemeinen christlichen und katholischen Interessen, getreue Mitarbeit an der Wiederaufrichtung der Welt und Gesellschaftsordnung" und „die Aufstellung gewisser einheitlicher politischer, sozialer und wirtschaftlicher Richtlinien ohne Beeinträchtigung der Aktionsfreiheit der Katholiken der einzelnen Staaten." „Die zweite Konferenz Ende Juni 1918 erfreute sich eines ungemein zahlreichen Besuches aus Dänemark, Deutschland, Litauen, Österreich-Ungarn,Bosnien, Lichtenstein, Rußland, Tschechien und der Schweiz."

Erzberger war vom deutschen Reich als Propagandaleiter für das deutsche Reich angestellt, und es waren ihm Millionen von Geldern — man spricht von 30 Millionen — dafür zur Verfügung gestellt worden. Welche Erfolge seine Propagandatätigkeit für den Katholizismus gezeitigt hat, entzieht sich einer genauen Beurteilung. Der Vatikan kann mit den Ergebnissen des

Weltkrieges jedenfalls zufrieden sein. Der Erfolg der erzbergerischen Propagandatätigkeit für das deutsche Reich war bekanntlich gleich Null.

Anfang 1917 ließ Erzberger von einem „internationalen Journalisten von eignem Kaliber“ für französische und italienische Kriegsgefangene bestimmte Wochenschriften „la Paix“ und „la Pace“ herausgeben, deren Verbreitung in Deutschland und auf dem Balkan verboten wurde. Erzberger vermutet, „der Titel habe dem deutschen Militär nicht gefallen.“

Im nächsten Kapitel „Vor Italiens Eintritt in den Weltkrieg“ stellt sich Erzberger als Diplomat der Methode B-system vor. Wenn irgend wo eine Schwierigkeit auftaucht, bietet man zunächst seinen Überrock zum Ausgleich dar. Der Gegner wird stutzig und verlangt den Rock dazu; man gibt ihn her und schickt sich vor seinen Augen an, auch die Hose auszuziehen. Nun wird der Gegner unverschämt und verlangt auch noch die Unterkleider. Man ist bereit, auch hierin entgegenzukommen, und nun läßt sich der andere, fest überzeugt, mit der Sache der Deutschen müsse es grundfaul stehen, überhaupt auf nichts mehr ein. Der B-Systemler schreibt dann in seine Memoiren, er sei auf dem besten Wege zu einer Verständigung mit dem Gegner gewesen; aber irgend welche Alldeutsche und Militaristen wären nicht rasch genug zur Hand gewesen, sich auch noch die Haut über den Kopf ziehen zu lassen.

Seine Tätigkeit in Italien war nach Erzbergers Beschreibung ein einziger Kampf gegen die österreichische Botschaft in Rom und gegen Wien, die in der Nachgiebigkeit gegen Italien nicht das von ihm gewünschte Schnellzugszeitmaß einschlugen.

Das dritte Kapitel „Im Vatikan“ bringt zunächst einen niedlichen Beleg dafür, wie erfolgreich die so hervorragend verdienten Jesuiten und er selbst an der Aufklärung der ihnen nächststehenden Kreise des Auslandes gearbeitet haben. Er berichtet dort: „Im Verlauf des Gespräches (mit Papst Benedikt XV.) kam die Rede auf die angeblichen Greueltaten deutscher Soldaten, besonders der protestantischen Pommern und Mecklenburger, worüber dem Heiligen Vater von kompetenter Seite Material unterbreitet worden war. Darnach seien 150 Klosterfrauen von deutschen Soldaten geschändet worden. Solche Untaten seien sogar angesichts des Allerheiligsten in der Kirche begangen worden.“ (In Amerika wurde verbreitet, die protestantischen Soldaten hätten systematisch Nonnen vergewaltigt, 2000 Nonnen in Belgien seien

schwanger). „Auf meine Bitte sagte mir der Papst zu, daß mir das Material sofort unterbreitet werde, damit die Bestrafung der Schuldigen eingeleitet werden könne. Ich konnte eine solche Behauptung nach früheren Vorgängen nicht für zutreffend halten; wenn aber eine solche Untat vorgekommen sei, werde Deutschland für Sühne Sorge tragen." Selbstverständlich konnte kein einziger Fall von Vergewaltigung von Ordensfrauen durch deutsche Soldaten nachgewiesen werden. Im Übrigen ist Erzberger in diesem Kapitel sehr zurückhaltend; er erzählt nicht einmal etwas von den etwa 12—20 Millionen Goldmark, die er in Deutschland 1915—1918 als Peterspfennig für den Papst gesammelt hat, und nichts von dem schmeichelhaften Dankschreiben und der Auszeichnung (Geschenk des Kardinalhutes des Papstes), die er von Benedikt XV. empfangen hat.

Ebenso, enthält das folgende Kapitel „Beim Kaiser" nichts Bemerkenswertes. Dafür ist das nächste „In Konstantinopel" wieder lehrreicher. Nach 5 Seiten belangloser erzbergerischer Wichtigtuerei erzählen ungefähr weitere 12 Seiten von der Tätigkeit Ezbergers für die katholische Mission in der Türkei. Wie er schon bei seiner Propagandatätigkeit die wohltuende nationale Zurückhaltung der deutschen katholischen Bischöfe gegenüber dem Verhalten der französischen zu rühmen gewußt hatte, so kann er auch hier wieder die französischen Missionen nur tadeln, die stets in französisch nationalem Sinne gewirkt hätten, während sein Streben dahin ging, dem Wunsche der Türkei, sich von europäischer Bevormundung freizumachen und dabei auch die katholischen Missionen jedes politischen Einflusses zu entkleiden, nach Kräften nachzukommen.

Im 6. Kapitel „Die Armenierfrage" erfährt der Leser von den großen Greueln, welche die Türken an den Armeniern, auch an den katholischen,, begangen haben; nicht aber, woher der Haß der Türken gegen die Armenier stammt und wie die Armenier gegen die Türkei verfuhren, sobald sie sich in der Übermacht oder durch andere geschützt fühlten. Höchstens kann sich der Leser aus den Nebenbemerkungen seine Schlüsse ziehen, so z. B., wenn Erzberger schreibt: „Da die katholischen Armenier sich anerkanntermaßen von revolutionären Umtrieben fernhielten, sollten sie beim Rücktransport zuerst berücksichtigt werden" (Vorschläge Erzbergers). Über die den Armeniern zu leistende Hilfe kann Erzberger mitteilen, er habe „oftmals in jenen Tagen mit maßgebenden deutschen Kreisen die Frage besprochen, ob wegen der Vor-

gänge in Armenien nicht ein solcher Druck auf die Türkei ausgeübt werden solle, der selbst vor der Kündigung des Bündnisses nicht zurückschrecke." Er war jedoch so nett, „aus der genauen Kenntnis aller Vorgänge" zuzugeben, „daß dem deutschen Reich eine Schuld an den barbarischen Vorgängen in Armenien nicht aufgebürdet werden könne, sondern daß die deutschen Behörden und die deutschen Katholiken alles taten, um Greuel zu verhüten." Man wird es ihm ohne weiteres glauben: wenn er irgend eine Schuld Deutschlands an den Armeniergreueln zu entdecken vermocht hätte, so würde er es offen bekennen.

Im 8. Kapitel „Aus Bulgarien" bezeichnet Erzberger die Reise der bulgarischen Delegierten Anfang Juli 1916 durch Deutschland als die in die Augen springendste Wirkung seines Besuches in Sofia, und ihr Ergebnis, die Hebung des bulgarischen Nationalstolzes und des bulgarischen Selbstvertrauens, als einen „ganz ungeheuren propagandistischen Erfolg." Wie schade, daß man den Propagandaleiter Erzberger nicht zu dem Zentrumsabgeordneten Erzberger und seinen politischen Freunden in gleicher Mission schicken konnte. Wenn er bei ihnen eine Steigerung des deutschen Nationalstolzes und des deutschen Selbstvertrauens auch nur auf die Hälfte der Höhe erzielt hätte, auf der beide bei den Bulgaren schon vor der Erzbergerschen Mission standen, so wäre das ohne Zweifel ein noch viel ungeheuerer propagandischer Erfolg gewesen. Selbstverständlich hat Erzberger wie in allen anderen Fragen so auch in der bulgarischen immer gleich das Richtige erkannt und ausgesprochen, so z. B. die Belassung des Salonikiriegels und den Bukarester Frieden als schwere Fehler gebrandmarkt. Bei diesen richtigen Erkenntnissen ist nur immer Eines merkwürdig. Wenn sie wirklich vorhanden waren, hätte Erzberger naturgemäß fast immer in Gegnerschaft zur Regierung und auf Seite der Gegner der Regierung stehen müssen. Aber die stärksten Stützen der Regierung waren immer Erzberger und seine politischen Freunde, und die Gegner der Regierung wurde von niemand schärfer bekämpft, als von ihm und seinen Freunden. Der Bukarester Friede war das Werk Hertlings, der Leuchte des Zentrums und der katholischen Wissenschaft, und seines katholischen Ministers Kühlmann, für den Erzberger stets warm eintritt. Und wenn seine richtige Erkenntnis der Folge begangener politischer Torheiten sich auch auf die Zeit erstrecken sollte, da Erzberger selbst Minister war und handeln konnte nach dem, was e r für richtig

hielt, dann hätte er doch wohl wegen bewußtem Landesverrat angeklagt werden müssen.

Auch in Bulgarien war Erzberger eifrig für die katholische Kirche tätig. Er besprach sich im Februar 1916 mit einer Reihe bulgarischer Persönlichkeiten über eine Union der bulgarischen Kirche mit Rom und beklagte sich über die mangelhafte Unterstützung der katholischen Schulen in Sofia durch Deutschland. Ende Juni 1916 beauftragt ihn der Zar von Bulgarien, dem Papst den Wunsch zu unterbreiten, die diplomatischen Beziehungen zwischen Sofia und der Kurie wieder aufzunehmen.

Bei seiner Reise nach Wien und Budapest im Juni 1916 wandte Erzberger „seine ganze Kraft daran, daß Rumänien (Kapitel 9) nicht auf die Seite der Entente trete." Dem österreichischen Minister des Äußeren suchte er klar zu machen, nachdem die Abtretung des Trentino durch die Kriegserklärung Italiens vermieden worden sei, müsse es Österreich-Ungarn um so leichter fallen, gewisse Zugeständnisse an Rumänien zu machen. Als solche territorialer Art kämen die beiden südlichen rumänischen Kreise der Bukowina in Betracht, und ferner handle es sich darum, in Ungarn die berechtigten nationalen Wünsche zu erfüllen. (Von einem ähnlichen Eintreten Erzbergers für die berechtigten nationalen Wünsche der Deutschen in Ungarn hat man nie etwas gehört.) Die Zentralmächte boten darüber hinaus noch Geld und die Zusage des Erwerbs von Beßarabien an. Die Wiederholung der gegenüber Italien angewandten Methode der Konzessionen hatte selbstverständlich auch den gleichen Erfolg. Erzberger schreibt einige Seiten später: „In allen politischen Kreisen Rumäniens, in denen ich Gelegenheit zur Aussprache hatte, stand im Vordergrund die Angst, daß Deutschland bei weiterem militärischem Stand der Dinge irgend eine politische Entscheidung von Rumänien fordern könnte. Alles Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet war nur von dieser Angst diktiert." Diese — richtige — Auffassung der Lage hatten ihm schon die Bulgaren in Sofia beigebracht, und es ist ganz offenkundig der Einfluß der bulgarischen Ratschläge, wenn er schließlich selbst nach Berlin von der Notwendigkeit eines „starken Druckes von außen auf Rumänien" berichtet. Aber Erzberger kann ebenso wenig verlangen, von Bethmann ernst genommen zu werden, wenn er ihm an Stelle der Politik der Schwäche die Politik der starken Faust empfiehlt, als es etwa umgekehrt der Fall gewesen wäre. Bethmann schiebt wie immer, wenn sich Erzberger ausnahmsweise einmal zum Sprach-

rohr einer vernünftigen Politik macht, solche Ratschläge ungehört beiseite, was Erzberger selbstverständlich nicht hindert, treu und fest zu ihm zu stehen, solange er nur seine verderblichen Ratschläge befolgt.

Im nächsten Kapitel „Wien" hält es Erzberger für notwendig zu betonen, er habe seine vielfachen Beziehungen zu Österreich stets nur im deutschen Interesse (von ihm unterstrichen) und zur Befestigung des Bündnisgedankens ausgenutzt, dabei aber nie vergessen, „daß Österreich-Ungarn kein Nationalstaat, sondern ein Konglomeratstaat sei." (Von mir unterstrichen.) Leider war aus dem deutsch bestimmten Staat Österreich unter der Regierung der Habsburger und Jesuiten ein Konglomeratstaat geworden; dies durfte man tatsächlich nicht vergessen. Nur kann man sehr verschiedene Folgerungen daraus ziehen. Wem es um deutsche Interessen zu tun war, der mußte auf sofortige schärfste Bekämpfung jeder Regung der nicht deutschen Konglomeratvölker, den Krieg für selbstsüchtige dem Gesamtstaat abträgliche Zwecke auszunutzen, bedacht sein. In Wirklichkeit befolgt wurde bekanntlich die Erzbergerische Konzessions- und Schwächepolitik auch gegen Ungarn, Tschechen, Kroaten und Slowenen. Wie Erzberger in Kapitel „Konstantinopel" für den Botschafter Wolff-Metternich sehr warme Worte der Anerkennung findet, weil derselbe sich immer aufs regste der Katholiken angenommen habe, so spricht er sich im Kapitel „Wien" ebenso abfällig über den Botschafter Wedel aus, weil angeblich „während seiner Amtstätigkeit die deutsche Botschaft sich immer mehr zu einem Vorwerk des Protestantismus, um nicht zu sagen des Evangelischen Bundes ausgestaltet habe." Wie das überhaupt möglich gewesen sein soll, verrät Erzberger leider nicht. Erzberger fand in Wien „in den Reihen der christlich-sozialen Partei die wärmsten treuen Anhänger des Bündnisgedankens, wenngleich diese auch nie außer acht ließen, daß die Bevölkerung der österreichischen Staaten in ihrer Mehrheit nicht Deutsche waren." Alle Wühlereien gegen das deutsche Bündnis unter Habsburg-Parma wie jetzt in der Republik gegen den Anschlußgedanken, gehen bekanntlich von Kreisen aus, die den Christlich-sozialen, dem österreichischen Zentrum, entweder angehören oder nahe stehen. Die Behauptung, daß das Haus Parma keine gegen das Bündnis gerichtete Politik gefördert oder getrieben hätte, ist eine offenkundige Geschichtsfälschung. Erzberger hat die Stirn, das in einem 1920 geschriebenen Buch zu erklären,

Digitized by Google

also zu einer Zeit, in der die Umtriebe der Parmas bereits dokumentarisch festlagen. Aber „das Haus Parma zeichnete sich seit vielen Jahren durch offenkundige ungeheuchelte Frömmigkeit aus." Erzberger führt das wenige Seiten später noch weiter aus. Er hatte am 22. und 23. April 1917 seine bekannten Unterredungen mit Kaiser Karl, 10 Tage nach der Absendung des Berichts des Grafen Czernin, in dem offen mit dem Abfall Österreichs gedroht wird, falls Deutschland nicht bis zum Spätsommer Frieden schließe. Zu gleicher Zeit war das Sonderfriedensangebot Kaiser Karls an Frankreich durch den Brief an Sixtus von Parma erfolgt. Der Kaiser erklärte damals Erzberger „Was seine Stellung als Monarch betreffe, so fühle er sich als Katholik durch und durch und werde seiner Auffassung sein ganzes Leben hindurch gerecht werden. Österreich-Ungarn sei die letzte katholische Großmacht; er wolle ein wirklich katholischer Herrscher sein." „Mehr germanisieren könne er (der Kaiser Karl) nicht, da die Mehrheit des Volkes aus Slawen bestehe und er sein Volk nicht vergewaltigen wolle."

Wie Erzberger in den Besitz des Berichtes des Grafen Czernin gekommen ist, erzählt er leider nicht; es sei „auf die korrekteste Weise der Welt" geschehen. Er habe sich „nicht nur für berechtigt, sondern auch für verpflichtet gehalten, gegenüber einem fortgesetzten Widerstand gegen Herbeiführung eines Verständigungsfriedens von diesem Bericht Gebrauch zu machen." Für die Wirkung dieses Gebrauchs hatte er bis zuletzt nicht das mindeste Verständnis, merkt auch nicht, wie er selbst alle Vorwürfe der Klarersehenden bestätigt, wenn er schreibt: "Der Bericht selbst, wie meine Vorlesungen, überzeugten die große Mehrzahl der Anwesenden von der Notwendigkeit der baldigen Herbeiführung des Friedens." Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Amerika wurden bekantlich Leute, die ihre Mitbürger zu einer Zeit, in der Heeresleitung und Regierung die Bedingungen für einen günstigen Frieden als noch nicht gegeben erachteten, von der Notwendigkeit der baldigen Herbeiführung des Friedens zu überzeugen versuchten, mit vieljährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen bedacht. Jeder politisch fähige Kopf des In- wie des Auslandes wußte damals, die ultramontane Erzberger'sche Friedensresolution war der erste Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres; seine Verlesung des Czernin'schen Berichtes in der Fraktionssitzung war ein Umdrehen des Dolches in der Wunde. Seitdem siechte Deutschland und sein Heer. Der sozialdemokratische Dolchstoß im Novem-

ber 1918 war der zweite. Den Frieden führte Erzberger dadurch allerdings einige Monate früher herbei, als er sonst gekommen wäre; aber es war der Friede, den er dann auch selbst abschloß, der Siegfriede der Feinde und der Vernichtungsfriede für Deutschland. Den anderen, der einige Monate später gekommen wäre, hätte Ludendorf abgeschlossen.

Für das dann erfolgende Bekanntwerden der Czernin'schen Berichte bei der Entente gab es drei Wege, den Weg über Kaiser Karl-Erzberger, den Weg über Kaiser Karl-Parma und den Weg über Kaiser Karl-Vatikan.

Der ehemalige russische Botschafter in Paris Baron von Mohrenheim, erzählte aus seinen Erfahrungen im Jahre 1887 (Jules Hansen: Diplomatische Enthüllung aus der Botschafterzeit des B. v. M. (1884—1898), übersetzt von Christoph Luerot, 1907, Seite 40): „Merkwürdiger Weise kamen die wertvollsten Informationen über Deutschland oder vielmehr über die Absichten Bismarcks bezüglich Frankreichs, die während dieser Zeit in Paris eingingen, von der päpstlichen Regierung und ihren Nuntien im Auslande. Während der Februarkrise ließ der mit dem französischen Geschäftsträger in München sehr befreundetet päpstliche Nuntius in dieser Residenz genaue Aufschlüsse über die Tragweite der Verwickelungen, deren Möglichkeit damals deutlich hervorzutreten schien, nach Paris gelangen. Ebenso fand man sich durch den Botschafter beim päpstlichen Stuhle, Lefevre de Béhaine, besonders seit der Rückkehr des Monsignore Galimberti nach Rom über den Kern der Bismarck'schen Politik bestens unterrichtet."

An den Bestrebungen, eine Neuregelung der Lage des Heiligen Stuhles herbeizuführen, (11. Kapitel „Die römische Frage") nahm Erzberger „äußerst lebhaften Anteil." Österreich hätte nach seinem Vorschlag im Oktober 1914 die italienisch sprechenden Teile von Trient an den Papst abtreten sollen, der dann dieses Gebiet als Tauschgegenstand der italienischen Regierung anzubieten gehabt hätte. Erzberger hegt Ende des Jahres 1916 in einem Schreiben (an Kardinal Frühwirth in München) "die ernsteste Befürchtung, daß beim Friedensschluß für den Heiligen Stuhl und die Bessergestaltung seiner Verhältnisse äußerst wenig herauskommen wird, wenn wir nicht bald in eine umfassende Aktion eintreten." Sogar einen 10 paragraphigen „Vertrag wegen der internationalen Anerkennung der weltlichen Gewalt des Papstes", nebst einem schönen Plan des vatikanischen Gebiets legte Erzberger

den Mittelmächten vor. Später wirkt er dann eifrig dafür, das Fürstentum Liechtenstein dem Papst zuzuführen.

Über das Wirken der Freimaurer im Kriege (Kapitel 12) zeigt sich Erzberger auffallend gut unterrichtet. Er hebt richtig die enge Verbindung zwischen Freimaurer und Judentum, namentlich in Frankreich hervor. Er hätte noch ein bißchen weiter gehen und auch darauf hinweisen können, wie eng in allen nicht rein religiösen Dingen, also insbesondere in national-französischen Dingen der katholische Klerus in Frankreich, die Alliance israelite und die Freimaurer zusammengegangen sind und wie außerordentlich freundlich außenpolitisch sich der Papst gegen das von Freimaurern und Judentum beherrschte Frankreich während des ganzen Krieges und nachher verhalten hat. Seinen Lesern erzählt Erzberger lediglich von der Katholikenfeindlichkeit des Freimaurertums und der Juden, die ihn bekanntlich nicht hindert, in Deutschland politisch aufs engste mit den Parteien zusammenzuarbeiten, die von den Freimaurern und Juden beherrscht werden.

Im Kapitel 13 „Elsaß-Lothringen" findet Erzberger kein Wort der Mißbilligung gegen die jahrzehntelange planmäßige Verhetzung der Elsaß-Lothringer zu Gunsten Frankreichs, an der der katholische Klerus Elsaß-Lothringens, die Abbé Wetterlé's und das elsässische Zentrum so vorwiegend beteiligt waren. Er stellt fest, es seien 48 Geistliche in Elsaß-Lothringen in Schutzhaft genommen worden; 36 seien entlassen worden; 23 nach ihrem Amtsbezirk und 13 unter bestimmten Voraussetzungen nach dem Innern des Reiches. Wer die Ängstlichkeit unseres Militärs nicht nur gegenüber dem Zentrum, sondern noch vielmehr gegenüber der Soutane der katholischen Geistlichkeit kennt, kann sich aus diesen Zahlen seine Folgerungen ziehen. Aber nach Erzberger war „die tieftraurige Folge von allem" — natürlich nicht der Hetze der elsässischen Klerikalen und anderer Französlinge, sondern des Verhaltens des deutschen Militarismus gegen Kleriker und Welschlinge — „daß ein deutscher Volksstamm, der 47 Jahre wieder im Mutterhaus weilte, so klaglos und klanglos von uns losgerissen werden konnte." Es war jedenfalls recht merkwürdig, wie klag- und klanglos Erzberger und seine Partei sich mit der Abtretung Elsaß-Lothringens abgefunden und sie als eine Selbstverständlichkeit hingenommen haben, schon ehe sie überhaupt ernstlich gefordert worden war.

Im August 1914 sagte Erzberger (Kapitel 14: „Polen") „einer maßgebenden Stelle", wenn Deutschland bei der polnischen Bevölkerung irgend einen politischen Erfolg erzielen wolle, so seien zwei Dinge unentbehrliche Voraussetzung: Zunächst müsse die seit 30 Jahren in Preußen und Deutschland betriebene antipolnische Gesetzgebung sofort aufgehoben werden, da sonst das polnische Volk sich allen Versprechungen gegenüber mißtrauisch verhalten würde. Sodann müßten sich Berlin und Wien sofort dahin verständigen, daß sie einen polnischen König an den Gräbern in Krakau krönen ließen. Nur dürfe man sich darin keiner Täuschung hingeben: ein Kongreßpolen allein werde und könne die nationalen Hoffnungen der Polen nicht befriedigen; ein Polen ohne Krakau sei völlig undenkbar. Die Angliederung von Galizien an Kongreßpolen aber werde unter keinen Umständen ohne Rückwirkungen aller Art auf die in Preußen lebende polnische Bevölkerung bleiben können." Die Mißerfolge der Verwirklichung der Erzberger'schen Nachgiebigkeitspolitik auch gegenüber Polen lassen sich heute beim besten Willen nicht mehr ableugnen. Aber natürlich ist nach Erzberger nicht diese Politik daran schuld, sondern es ist z. B. „der Zeitpunkt (der bethmann'schen Proklamation vom 5. Nov. 1916) „ganz falsch gewählt". Erzberger läßt sich von einem Diplomaten sagen: „Haben denn die Herren in Berlin und Wien an einem Tag Kopf und Nerven verloren, so daß sie die einzige Friedensmöglichkeit so brutal niederschlagen?" und fügt großartig dazu: „So war es." Als ob er nicht selbst für die Schaffung des Königreichs Polen stets eingetreten wäre, und als ob diese Schaffung nicht zu jedem Zeitpunkt ein Faustschlag ins Gesicht des kaiserlichen Rußland und das Hindernis einer Verständigung mit Rußland gewesen wäre.

Er weiß aber Mittel, um „für Deutschland zu retten, was noch zu retten war, durch Einwirkung auf die katholischen Polen". „Die Schulfrage sollte möglichst bald in zuverlässige polnische Hände gelegt werden, die Schulen seien auf absolut konfessionelle Grundlagen zu stellen; die Einführung einer polnischen Miliz sei geboten; das erzbischöfliche Palais, das die Russen im Jahre 1844 weggenommen hatten, sollte dem Erzbischof wieder zur Verfügung gestellt werden." Die Abtretung des vom deutschen Militär — 1918! nach all den mit den Polen gesammelten Erfahrungen ! — polnischen Grenzstreifens bekämpft Erzberger „schärfstens mit allen zulässigen parlamentarischen Mitteln". Besonders wurde von ihm im März 1918 „dahin gedrängt, das Selbstbestimmungsrecht in Polen und Litauen loyal und ehrlich durchzuführen."

„Das nahezu ganz katholische Litauen hatte wegen des Martyriums für seine religiöse Überzeugung seit langem meine Sympathie." „Als Papst Benedikt XV. eine Weltkollekte für die Litauer ausschrieb *), stand infolge meiner Bemühungen das deutsche Erträgnis an der Spitze aller Länder." Aber „die Militärverwaltung beging einen Fehler nach dem andern". „Von Mitte 1917 ab forderte ich mit wechselnder Entschiedenheit die Umgestaltung der Verhältnisse in Litauen." „Das deutsche Reich muß den selbständigen Staat Litauen in den nächsten Monaten schaffen. Ein Nationalrat soll zusammentreten und die staatsrechtlichen Formen geben." „Diese meine Forderung ging parallel mit den Wünschen des in der Schweiz sich befindenden litauischen Nationalrates, der im August 1917 es für dringend erforderlich erklärte, die Unabhängigkeit Litauens zu verkünden, einen litauischen Staatsrat zu schaffen und die Militärherrschaft durch eine Zivilverwaltung zu ersetzen. Ganz Litauen war einig, daß der Chef der Militärverwaltung, Fürst Ysenburg, abgerufen werden müsse. Während meines Aufenthaltes in der Schweiz im August 1917 hatte ich Gelegenheit, mit den dortselbst befindlichen Führern des litauischen Volkes eingehende Aussprachen zu pflegen, um vollkommene Übereinstimmung in den beiderseitigen Absichten herbeizuführen. Die litauischen Politiker . . . lehnten mit aller Entschiedenheit jede personale Union mit dem Herrscher eines anderen

*) Der deutsche Zweig des Kindheit-Jesu-Vereins, der Sammlungen für Heidenkinder veranstaltet, brachte von März 1916 bis März 1917 die Summe von 1 975 008 Mark auf. Das sind fast 300 000 Mark mehr, als die Gesamteinnahmen der ganzen übrigen Welt. 1918/19 waren es nahezu 3 Millionen Mark. Für das Jahr 1919/20 wurden aus dem verkleinerten Deutschland 2 300 000 Mark gemeldet. Die Lyoner Zentralstelle berechnet die seit Kriegsausbruch in Deutschland aufgebrachte Endsumme auf 7 336 535 Mark. Der deutsche Zweig des „Allgemeinen Vereins zur Verbreitung des Glaubens" sammelte 1918 rund 2½ Millionen Mark und 1919 über 3 Millionen Mark. Vereine wie der St. Petrus-Claver-Sodalität für die afrikanischen Missionen, die Missionsvereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen, die akademischen Missionsvereine u. a. brachten ebenfalls in die Millionen auf. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages können diese Summen weder einer deutschen Mission noch deutschen Missionaren zugute kommen; das vorhandene Missionsvermögen fiel restlos der Entente anheim.

Die Polenspende, die der Papst am 21. November 1915 als Weltkollekte ausgeschrieben hat, ergab bis 1917 annähernd 4 Millionen Franken. Davon brachten die deutschen Katholiken (ohne Posen) 1 303 000 Franken, die Nordamerikaner 707 000 Franken, Frankreich 104 000 Franken auf. Wie gut dieses deutsche Geld angelegt ist, offenbart sich heute jeden Tag aufs neue (Die Angaben sind entnommen dem trefflichen Büchlein „Deutschland und der Vatikan" von einem Deutschen. Im folgenden als „D. u. V." bezeichnet.)

Landes ab. . . . Der neue Herrscher müsse unter allen Umständen ein Katholik sein, entsprechend der Konfession des Landes." Fürst Ysenburg wurde tatsächlich entlassen; er hatte nämlich das Land so verwaltet, als ob er das deutsche Reich zu vertreten hätte, und nicht, als ob er der Bevollmächtigte der in die Schweiz geflüchteten deutschfeindlichen Litauer wäre. Als Fürsten hatte Erzberger bekanntlich den katholischen Herzog Wilhelm von Urach auserwählt. Auch die Zentrumsfraktion hatte Anfang Januar 1918 dem Reichskanzler erklärt, „sie lege entscheidenden Wert darauf, daß die Litauer sich ihren Fürsten selbst wählen dürften, und daß ein katholischer Fürst in Litauen einziehe". „Die Oberste Heeresleitung ließ untersuchen, ob man nicht gegen mich wegen meiner Beziehungen zu Litauen ein Strafverfahren einleiten könne. Die zuständige Justizbehörde mußte das verneinen." Dafür gingen Erzberger „von Litauern zahlreiche Dankdepeschen zu als Vorkämpfer der Gerechtigkeit und Schützer der unterdrückten Völker". „Der litauische Nationalrat (Schweiz) depeschierte mir: „An der Errichtung des unabhängigen Litauens haben Sie einen Hauptanteil, Ihr Name wird als der einer der besten Freunde und größten Wohltäter in der Geschichte des Landes weiterleben." Am 17. Juni 1918 schrieb Erzberger an den Herzog v. Urach: „Wenn die Lösung der litauischen Frage nicht bald und in geschickter Weise von uns in Angriff genommen wird, dann wird Litauen wie die übrigen Randstaaten auf dem allgemeinen Friedenskongreß nicht zugunsten Deutschlands eintreten, sondern wir werden isoliert dastehen." Wie sicher Erzberger schon um diese Zeit damit rechnet, Deutschland würde schließlich auf dem Friedenskongreß von Stimmen wie der des noch ungeborenen Stäätchens Litauen abhängig sein, und wie bereit er war, diesem von Deutschland allein geschaffenen Stäätchen ein Stimmrecht auch gegen Deutschland zuzubilligen! „Zögere der Kaiser mit der Anerkennung des neuen litauischen Herrschers (des Herzogs v. Urach, der eine Puppe der preußenfeindlichen litauischen Tarybа hätte werden müssen), so werde man im Ausland ganz allgemein und im Inland in vielen Kreisen sagen, daß der Kaiser König von Litauen werden wolle, daß Deutschland die versprochene Selbstbestimmung der Völker nicht einhalte, und die weitesten katholischen Kreise müßten es dem Kaiser verargen, daß er dem ganz katholischen Litauen den katholischen König vorenthalte."

„Als im Hochsommer 1913 sich eine internationale Debatte über die belgische Neutralität entspann, habe ich einem auf dem deutschen Katholikentag in Metz weilenden belgischen Herrn Mini-

sterialbeamten die bestimmte Erklärung abgegeben, daß man in Deutschland unter keinen Umständen an einen Vormarsch durch Belgien denke; ich habe den Worten unserer verantwortlichen Staatsmänner Glauben geschenkt.“ Für den doch erfolgten Durchmarsch Deutschlands hat Erzberger selbstverständlich kein Wort der Entschuldigung, er nennt vielmehr den Ausspruch Bethmanns, das an Belgien begangene Unrecht müsse wieder gutgemacht werden, ein „gutes Wort“. Dafür kann er mitteilen, es sei ihm „trotz aller Bemühungen und Nachfragen auch nicht ein einziger Fall aktenmäßig dargetan worden, in welchem ein belgischer Geistlicher aktiv am Franktireurkrieg teilgenommen habe“. Auch Belgien genießt offenbar seine ganze Sympathie. Er hat es ja s. Zt. auch den „Weltliebling“ genannt. Er vergißt dabei nur zu erwähnen, daß dieser Weltliebling in hinterlistigem Heckenschützenkrieg (Franktireur) im August 1914 nicht weniger als 2604 deutsche Offiziere und Soldaten getötet oder verwundet hat!

Das folgende Kapitel 17 handelt über die „U-Boot-Frage und Amerikas Kriegseintritt“. „Noch einmal siegte die kühle Vernunft und die politische Leitung, denn im März 1916 schied Tirpitz aus dem Reichsmarineamt.“ *) „Ich führte den Kampf gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg mit Nachdruck weiter, in der Erkenntnis: „Tritt Amerika in den Krieg ein, dann ist der Krieg verloren.“ Es gibt zwar außer in Deutschland nirgends in der Welt mehr Leute, die noch glauben, Amerika wäre ohne den U-Bootkrieg nicht in den Krieg eingetreten. Aber in Deutschland führen auch heute noch ganze Parteien das Regiment, welche Ärzten für Geschlechtskrankheiten, Bergräten, Volksschullehrern u. dgl. in Marinesachen eine größere Urteilsfähigkeit zutrauen, als den ersten von der ganzen Welt anerkannten deutschen Marinefachmännern, und bei der Wahl zwischen Erzberger, der den Kriegseintritt Amerikas als vom U-Bootkrieg abhängig erklärt, und Wilson, der vor seinem Parlament öffentlich diese Meinung für unrichtig erklärte, unbedingt Erzberger für den Unterrichteteren halten. Im übrigen wiederholt Erzberger mit der Unentwegtheit, die ihm eigen, auch alle die andern hundertmal widerlegten Unrichtigkeiten über den U-Bootkrieg, mit denen es ihm und seinen Gesinnungsgenossen im Krieg gelungen war, das deutsche Volk zu

*) Erzberger gehörte leider mit zu den Schützlingen des Admirals v. Tirpitz, der im Reichsmarineamt besonders geehrt wurde. Die Schriftleitung.

übertölpeln; ich verweise darüber auf das Kapitel „Der U-Bootkrieg“ in meinem Buch „Der Betrug am deutschen Volke“ [1]).

Was die Friedensbemühungen (Kapitel 18) anbelangt, so „sah unter sämtlichen Staatsmännern Deutschlands Herr von Jagow die Dringlichkeit des Friedensschlusses am klarsten ein; er war es, der in vertrautesten Kreisen von Anfang an der Meinung Ausdruck gab, daß Deutschland zufrieden sein müsse, wenn es mit dem blauen Auge aus dem Weltkrieg herauskäme. Die von mir vor der Marneschlacht in einem vertraulichen Schreiben vom 2. September 1914 an den Reichskanzler dargelegten Friedensziele habe ich sehr bald zurückgenommen, da sie auf einem erheblichen Irrtum über die militärische und politische Gesamtlage beruhten.“

Nun kann selbst Erzberger der Regierung nicht vorwerfen, sie habe nicht genug Friedensanerbietungen erlassen; aber sie hat das nach Erzberger immer falsch gemacht. Entweder hat sie wieder wie bei der Polenproklamition einen unrichtigen Zeitpunkt gewählt, oder sie hat unrichtige Friedensunterhändler entsandt, oder sie hat sich nicht de- und wehmütig genug als besiegt erklärt, oder sie hat die verschiedensten Fehler gleichzeitig begangen.

Zum Beispiel kam das Friedensangebot der deutschen Regierung am 12. Dezember 1916 „politisch unerwartet und unvorbereitet“. „Dem Papst teilte man mit: „Unerschüttert stehen die ruhmreichen Heere der Verbündeten schützend vor den Grenzen ihrer Heimatländer, erfüllt und getragen von dem Bewußtsein, daß es dem Gegner niemals gelingen wird, den Heereswall zu durchbrechen.“ Solche Worte konnten die Friedenstür nicht öffnen, da sie innerlich unwahr waren.“ Sachlich hat Erzberger in seinen Vorwürfen nicht unrecht; die Friedensanerbietungen waren nie zeitgemäß; als Unterhändler verwandte die Regierung Leute wie Erzberger, der davon verschiedentlich berichtet, und wenn sich die Regierung von vornherein mit den Friedensbedingungen einverstanden erklärt hätte, mit denen Erzberger schließlich den Frieden abschloß, hätte Deutschland schon im November 1914 Frieden haben können. So blieb Erzberger nichts übrig, als von Fall zu Fall im Sinne dieses zukünftigen Friedensschlusses zu wirken. Z. B.: „Mit größter Entschiedenheit legte ich dem Reichskanzler nahe, auf der bevorstehenden Reichstagssitzung (Mai 1917) ja keine Absage an das Friedensprogramm des russischen Arbeiter- und Soldatenrates: keine Annexion, keine Kontributionen, zu erteilen.“ Während der Litauisch-Brester Verhandlung „drang ich

[1]) Verlag J. F. Lehmann, München, Preis 12,80 Mk., geb. 16,80 Mk.

erneut auf die Erfüllung der Wünsche des Landesrats in den einzelnen Ländern" (Polen, Litauen, Kurland, später Estland und Livland).

Von der Friedensresolution des Reichstags im Juli 1917 weiß Erzberger zu berichten, was sich die Reichstagsmehrheit an Erfolg davon versprochen habe, sei auch eingetroffen, und zwar in folgender Form: „1. Stärkung der äußeren Front, 2. die Sozialdemokraten gingen nicht in die Opposition, 3. unsere Verbündeten stimmten einer Resolution freudig zu; das Bündnis wurde hierdurch befestigt, 4. bei den Neutralen ist vom Juli 1917 ab nicht nur keine Verschlechterung des Verhältnisses zu Deutschland eingetreten, sondern Deutschland hat erheblich moralisch gewonnen; 5. auch in den feindlichen Ländern ist der Friedenswille seit Juli 1917 ungemein gewachsen, 6. die russische Friedensbewegung, welche zum Waffenstillstand von Brest-Litowsk führte, konnte mit Macht erst nach dieser Friedenskundgebung des Reichstags um sich greifen, da dem russischen Volke gesagt werden konnte, daß der Reichstag bereit ist, einen Frieden zu schließen, der sich von den russischen Forderungen nicht zu sehr unterscheidet." Dazu ist zu bemerken:

1. Wirklich eingetroffen waren: schärfster Kampf der nationalen Teile des Volkes (Vaterlandspartei) gegen die sieg- und friedenszerstörende Wirkung der Friedensresolution, schärfster Kampf der Verständigungsillusionisten gegen die „Militaristen" und schlimmste Schwächung der Stimmung des Volkes. 2. Richtig. Wenn die Polizei einem Spitzbuben, der mit Einbruch und Mord droht, die Werkzeuge dafür in die Hand drückt, pflegt der Verbrecher sogar seine grundsätzliche Opposition gegen die Polizei einzustellen. 3. Eine schöne Festigung, die 1918 in dem glatten Verrat Österreichs zur Reife kam. 4. Dieser Gewinn äußerte sich in der eisigen Gleichgültigkeit, mit der sich die neutralen Staaten allen weiteren Kriegsmaßnahmen der Entente gegen Deutschland unterwarfen, und mit der sie beim Friedensschluß der Vernichtung Deutschlands zusahen, 5. Richtig. Der Wille zu einem Versailler Frieden ist überhaupt erst durch die Friedensresolution wach geworden und dann allerdings ungemein gewachsen. 6. Der Gedanke ist neu, aber nicht schlecht. Man neigte bis jetzt im allgemeinen mehr zu der Ansicht, die Friedensresolution habe nur den westlichen Feinden den Sieg gebracht. Aber es dürfte etwas Wahres an der Erzbergerschen Behauptung daran sein. Wahrscheinlich hätten Lenin und Trotzki den Sieg über jene russischen Volksteile, mit denen wir einen anständigen und dauerhaften Frie-

den hätten schließen können, nicht errungen, wenn nicht die Friedensresolution der Monarchie in Deutschland den letzten Kredit und damit den deutschfreundlichen Russen den letzten Halt geraubt hätte, und sicher wäre auch das Auftreten und das Verhalten der Russen in Litauisch-Brest ein anderes gewesen, wenn nicht die Bolschewisten alsbald die bis dahin nicht geglaubte tatsächliche Fesselung des deutschen Militärs durch die Friedensresolution und ihre Urheber, die Reichstagsmehrheit, bemerkt hätten.

Bekanntlich schielten Bethmann und seine Nachfolger auch in ihrer Politik gegenüber Rußland stets nach der Sozialdemokratie und Demokratie. Mit der endgültigen Niederwerfung und Zertrümmerung des „reaktionären“, „judenfeindlichen Zarismus“ waren beide Parteien einverstanden und demgemäß schwiegen dem Osten gegenüber alle bethmänn'schen Versöhnungsflöten; sogar mit Annexionsgedanken in östlicher Richtung trug sich Bethmann. Als das alljüdische Ziel erreicht war, durfte selbstverständlich der deutsche Monarchismus keine Stärkung davontragen. Gegenüber Lenin und Trotzki begannen plötzlich alle demokratischen Versöhnungsflöten wieder zu spielen, und mit Abscheu wurde nun jeder Annexionsgedanke verworfen. Erzberger und das Zentrum taten bei dieser demokratischen Politik gegenüber dem orthodoxen Zaren und dem protestantischen Kaiser getreulich mit In dem zu Beginn des Aufsatzes bereits erwähnten Memorandum deutscher Katholiken über den gegenwärtigen Weltkrieg, das am 2. September 1914 den im Konklave weilenden Kardinälen in Rom überreicht wurde, heißt es u. a.: „Schwere Gefahr drohe der Kirche vom orthodoxen Moskowitertum. Rußlands Sieg bedeute die schwerste Schädigung des Katholizismus. Auch um Abwendung solcher Gefahr gehe der Kampf.“

Während in den früheren Kapiteln die Rücksicht auf die Sozialdemokratie immer nur so zwischendurch unter den ausschlaggebenden Gründen für irgend eine Politik der Schwäche angeführt wurde, stellt Erzbergers 21. Kapitel: „Der Übergang zum parlamentarischen Regime“ eigentlich nur eine fortlaufende Geschichte des steten Zurückweichens der deutschen Regierung vor den Demokraten schwarzer, roter und rosaroter Färbung, hauptsächlich aber vor der Sozialdemokratie dar. Erzberger bekennt sich mit Stolz als eifrigsten Förderer dieses Zurückweichens, das endete, wie es enden mußte, nämlich mit dem völligen Sieg der Sozialdemokratie und dem völligen Zusammenbruch Deutschlands; gleichzeitig allerdings mit den Zuständen, in denen allein ein Erzberger Minister werden konnte. Jeder lebende Deutsche sollte sich und seinen

Kindern die Namen des ersten Kabinetts, das den Übergang zum parlamentarischen Regime und zum Untergang Deutschlands darstellte, dauernd ins Gedächtnis prägen: Prinz Max von Baden, Vizekanzler von Payer, Haußmann, Erzberger, Gröber, Trimborn, Scheidemann und Bauer. Wie die verschiedenen Farben des Sonnenspektrums zusammen das weiße Licht des Tages geben, so stellen jene Namen eine Spektralkarte politischer Farbentöne dar, deren Zusammenwirken Nacht über jedes Reich bringen muß, in dem sie zur Macht gelangen.

Im Kapitel 22 „Der militärische Zusammenbruch“ tritt Erzberger, den Schild als Politiker vorhaltend, in Wirklichkeit in der Uniform des militärischen Sachverständigen auf. „Als Politiker erklärte ich wiederholt, daß unsere Gesamtkriegführung zu wenig politisch sei. Ich verstand weder das Blutvergießen bei Ypern Ende 1914, noch den Riesenansturm bei Verdun 1916 und hielt es vielmehr für richtiger, im Herbst 1915 die ganze Kraft weiter nach dem Osten zu werfen.“ . . . „Als die Frühjahrsoffensive 1918 mit glänzenden Erfolgen, die mich über die Gesamtlage nicht täuschte, einsetzte, sagte ich am Gründonnerstag an einer bedeutsamen Stelle in München, daß auch diese Wendung keine Lösung bringen könne, wenn nicht bis Ostersonntag Amiens in deutschem Besitz sei.“ Der wichtigste Satz in dem Kapitel lautet: „Die deutsche Antwortnote an Wilson (auf die dritte Note Wilsons) am 27. Oktober betonte, daß der neuen deutschen Volksregierung auch die militärische Gewalt unterstellt sei. Die Generäle Gallwitz und Mudra (Ludendorff war am 26. Oktober zurückgetreten), die sich etwas zuversichtlicher über die militärische Lage äußerten, konnten das Kriegskabinett nicht mehr von seinem Entschluß abbringen. Ich war von zuverlässigster Seite, die es wohlwollend mit Deutschland meinte, an diesem Tage dahin informiert worden, daß im Falle des Scheiterns der Waffenstillstandsverhandlungen „in nächster Zukunft nach entsetzlichem Blutvergießen Deutschland größtenteils eine Wüste sein wird und sich noch härtere Bedingungen gefallen lassen müsse.“

Die Stelle enthüllt das ganze Wesen der neuen deutschen Volksregierung. Die O. H. hat in dieser Zeit ungemein schwere Fehler in ihren nach Berlin gesandten Nachrichten, Wünschen und Anordnungen begangen, welche die Geburt dieser neuen Volksregierung zur Folge hatten. Solange die O. H. Nachrichten schickte, die auf einen Zusammenbruch des deutschen Heeres und Reiches deutbar waren, war sie für die Männer der neuen Regierung Autorität, an deren Berichten nicht gezweifelt werden

durfte und deren Anordnungen man mit Feuereifer nachkam. Sobald dieselbe O. H. ihre Irrtümer und Fehler erkannte und anders, zuversichtlicher berichtete, als es diese Volksregierung für ihre parlamentarisch-republikanischen Zwecke brauchen konnte, war sie sofort für diese Leute wieder so unglaubwürdig wie vorher, wenn sie jemals von einer Siegesmöglichkeit des deutschen Volkes sprach, und Autorität waren für sie nunmehr wieder „wohlwollende zuverlässige neutrale Seiten". Was sind dieser Gesellschaft Hindenburg und Ludendorff und andere Deutsche, vor denen die ganze Welt den Hut abzieht, wenn irgend welche hergelaufenen Neutralen oder andere Ausländer ihnen Dinge sagen, die sie für ihre eigenen Machtbedürfnisse oder sonstige Zwecke verwerten können!

Im letzten 25. Kapitel „Der Kampf um den Friedensschluß" gewährt uns Erzberger bereitwillig einige Einblicke in sein Seelenleben. „Aus den Verhandlungen selbst gewann ich den Eindruck, daß, wenn nicht alle, so doch die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Friedensdelegation der Ansicht zuneigten, der Friedensvertrag dürfe nicht unterzeichnet werden. Diese und eine Reihe andere Erscheinungen gaben mir erneut Veranlassung, Tage und Nächte hindurch das Für und das Wider der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach allen Seiten zu prüfen; ich habe nie in meinem Leben so lange mit mir selbst gekämpft und gerungen, bis ich zu einem endgültigen Resultat kam." Welcher Art dieses Ringen war, läßt sich einer kurz vorhergehenden Schilderung entnehmen: „Dem Angebot einer zinslosen Entscheidung von 100 Milliarden Goldmark konnte ich zuerst nicht zustimmen; ich versprach mir von den von der Delegation erhofften großen moralischen Wirkungen des Angebots dieser Riesensumme deshalb nicht viel, weil ich mir sagte, daß auch die feindlichen Mathematiker rechnen könnten und bald heraus hätten, daß es sich in Wirklichkeit um ein weit geringeres verzinsbares Angebot handle." Es ist rührend, wie sehr Erzberger stets bemüht ist, sich in die Seele der Feinde einzufühlen. Eigentlich hätte sich Erzberger das tage- und nächtelange Ringen sehr einfach ersparen können, wenn er irgend einen seiner Freunde oder Feinde gefragt hätte; jeder hätte ihm sofort das endgültige Ergebnis dieses Ringens mit Sicherheit vorausgesagt.

Im 23. Kapital „Der Gang nach Compiègne" erfahren wir von Erzberger, er habe am Sonntag Vormittag den Wunsch geäußert — allerdings zu spät —, in die heilige Messe zu gehen; aus der Antwort habe er ersehen, wo er sei. Ähnlich wird an die

Mitteilung von seinem Besuch des Gottesdienstes im Februar 1919 bei der dritten Waffenstillstandsverlängerung beigefügt, er sei dem Marschall Foch unter dem Kirchenportal begegnet, damit es so aussehe, als ob diese andere Mitteilung und nicht die von seiner Frömmigkeit ihm die Hauptsache wäre. Dagegen nimmt er in den letzten Schlußsätzen des letzten Kapitels über „Den Kampf um den Friedensschluß ganz unverbrämt Gottes Hand für sich in Anspruch: „Beim dritten Anschlag in Moabit wurde ich sichtlich durch Gottes Hand beschützt und nur leicht verwundet.“ Der geneigte Leser soll offenbar erfahren, daß mit dem Friedensschluß in Versailles Erzbergers ruhmreiche Tätigkeit noch nicht abgeschlossen sei, sondern Gottes Hand ihn sichtlich noch zu höheren Dingen aufgespart habe.

Läßt man die Persönlichkeit Erzbergers, wie sie uns aus seinem Buche entgegentritt, auf sich einwirken, so wird man zunächst an die Geschäftigkeit des August im Zirkus erinnert, der keine Nummer vorübergehen läßt, bei der er sich nicht verpflichtet fühlt, seine Künste vorzuführen und sich gleichzeitig mit den Auftretenden vor dem Publikum zu verneigen. Es wird kein Brei im Weltkrieg angerührt, in den er nicht seine Finger hineinsteckt und dazu beiträgt, ihn für Deutschland ungenießbar werden zu lassen, im westschweizerischen wie im türkischen, im Stockholmer wie im römischen Topfe. Nur läßt man den August im Zirkus keinen Schaden anrichten und nimmt ihn nicht ernst. Nun nimmt zwar auch Erzberger, wie man zwischen allen Zeilen seines eigenen Buches lesen kann, kein Politiker von Bedeutung wirklich voll, weder im Ausland noch im Inland; aber zu unserem Unglück glaubt immer einer vom anderen, der andere nehme ihn ernst, begreift es zwar nicht, handelt aber gegenüber Erzberger doch nicht so, wie er handeln würde, wenn er wüßte, wie der andere in Wirklichkeit von Erzberger denkt. Berlin glaubt, Erzberger sei bei der Kurie eine hochangesehene Persönlichkeit; die Kurie glaubt, er sei Vertrauter der deutschen Reichsregierung; Österreich hält ihn für einen ausschlaggebenden Mann des Zentrums; das Zentrum glaubt an seine einflußreichen Beziehungen zum österreichischen Hofe usw.

Dabei erscheint Erzberger nirgends als selbständiger schaffender Kopf. Von irgend welchen eigenartigen und eigenen Erzbergerschen Gedanken ist in dem ganzen Buche nichts zu spüren; man weiß bei jeder seiner Auseinandersetzungen sofort, aus welchem Klüngel die Gedanken stammen. Seine Fassungskraft ist die eines kleinen Beamten, etwa des Schreibers bei einem Rechtsanwalt

oder bei einem Landrat, der sich allmählich in den äußeren Hergang der verschiedenen Rechts- und Verwaltungsgeschäfte hineingearbeitet hat, kleinere unwichtige Sachen ebensogut erledigen kann wie der Amtsvorstand, und nun glaubt, er brauche nur die nötige Amtsmiene aufzusetzen und das Gebahren des Vorstandes nachzuahmen, dann seien die Geschäfte des Amtes bei ihm ebenso gut aufgehoben, wie bei dem Vorstand selbst. Solche Leute fühlen sich *jeder* Aufgabe gewachsen aus dem einfachsten Grunde, weil sie die Größe oder Kleinheit *keiner* Aufgabe zu erfassen vermögen; sie wursteln in dem ihnen gewohnten Geleise weiter, ob es sich nun um eine kleine Streitigkeit zwischen zwei Dorfgemeinden oder um einen Weltkrieg handelt. Ihre Beschränktheit, die ihrer Einbildung entspricht, ist gleichzeitig ihr sicherster Halt und verleiht ihnen über Leute mit besser ausgebildeten Gehirnen und größerem Verantwortlichkeitsgefühl sogar ein gewisses Übergewicht; denn es gibt nichts, was ihnen ernste Gewissensbedenken verursachen könnte, weil sie in gewissem Sinne tatsächlich stets nach ihrem, leider nur gänzlich unzulänglichen besten Gewissen handeln. Über die Unzulänglichkeit derartigen Besitzes werden sich die Besitzer selbst ja so gut wie niemals klar. Erzberger erzählt die lächerlichsten Kleinigkeiten mit der gleichen Wichtigkeit wie die größten Schicksalswendungen seines Volkes; über atemraubendste Stunden des Weltkrieges wie über unbedeutende Äußerlichkeiten berichtet er im gleichen Tonfall und Augenmaß. Nichts erschüttert seine Gemütsruhe; er gibt eine Lebensnotwendigkeit Deutschlands nach der anderen preis, liefert das Heer, die Flotte, die U-Boote, die Luftschiffe, die ganze Wehrmacht Deutschlands aus, läßt die Handelsflotte folgen, verzichtet auf deutsche Lande, treibt das deutsche Vermögen entweder in die Taschen der Feinde oder durch unsinnige Steuern ins Ausland oder auf dem Umweg der Vergeudung aus Angst vor den unsinnigen Steuern in die Luft, läßt das deutsche Volk verelenden und versklaven und fühlt sich, ganz im Einklang mit den B-Systemlern anderer Sorte, durchaus gerechtfertigt, wenn er behaupten kann, er habe getan, was in *seinen* Kräften stand, mehr habe *er* eben nicht erreichen können. Nur unterstreicht er nicht selbst das „seinen“ und das „er“, sondern ersetzt das er durch ein „man“ und das seinen durch „eines Menschen“. Einem so unselbständigen Kopf gegenüber genügt jede Drohung der Feinde, wenn du nicht tust, was ich von dir verlange, dann verlange ich noch viel mehr oder es geschieht etwas Schreckliches, und er tut es; ja, er rühmt sich sogar nachher, er habe durch sein kluges Nachgeben das deutsche Volk vor noch viel schärferen

Forderungen oder vor noch viel Schlimmerem bewahrt. Manchmal streut er Redensarten ein, wie „mit schwerem Herzen“, das wirkt bei verschiedenen Anlässen gut, was er von seiner Tätigkeit beim Amtsvorstand her noch weiß. Aber man glaubt ihm sehr viel leichter Sätze, wie „Erst mach Dein Sach, dann trink und lach“, ein Ausspruch, in dem sich, unter diesen Umständen getan, die ganze geistige und seelische Verfassung des subalternen Beamten widerspiegelt; „gemacht“ war ja schließlich, wenn die Bürozeit vorbei war, immer eine Sache. Die Kosten des jeweiligen Falles hat immer der Mandant, in diesem Falle das deutsche Volk zu tragen. „Durch rasches Zugreifen und angestrengteste Tätigkeit behufs Ausführung der übernommenen Verpflichtungen konnte ich doch erreichen, daß weitere Lasten dem deutschen Volk nicht auferlegt worden sind,“ schreibt er am Schluß seines Kapitels über den Waffenstillstand. Was er sich bei dem Satz denkt, weitere Lasten dem deutschen Volk seien nicht auferlegt worden, ist rätselhaft; aber der Satz von seiner angestrengtesten Tätigkeit, das deutsche Volk zur Zahlung der von ihm eingegangenen Schulden anzuhalten, ist richtig.

Der Satz ist nicht nur richtig, sondern auch — dumm. Ein Politiker und Diplomat kann sich selbst wohl kein kläglicheres Zeugnis ausstellen, als zu erzählen, während dreier wichtigster Waffenstillstands-Verhandlungen mit dem Feind, die den Grund zu all den weiteren ungeheueren dem deutschen Volk auferlegten Lasten, Demütigungen und Vergewaltigungen an Gut, Blut und Ehre legten, habe er immer nur nachgegeben, und zwar deshalb, weil anderenfalls die Forderungen noch schärfer geworden wären, und sich dann noch zu rühmen, er hätte sich der angestrengtesten Tätigkeit hingegeben, die übernommenen Verpflichtungen auszuführen. Diplomaten braucht man, um dem Gegner möglichst wenig Forderungen durchgehen zu lassen, und um von doch durchgegangenen Forderungen möglichst wenige zur Ausführung gelangen zu lassen. Um das zu erreichen, was Erzberger bei seinen sämtlichen Verhandlungen als erreicht bezeichnet, hätte es in jedem Falle genügt, einen subalternen Beamten mit beliebig niedrigen Geistesgaben hinzuschicken. Alles, was Erzberger unternommen hat, war meist schon im Grundgedanken, immer aber in der Art der Ausführung dumm, schlechtweg dumm. Er hat ja auch in keinem Falle irgendein Ergebnis von Wert erzielt, ob man nun seine Tätigkeit als Propagandachef, als Vertreter päpstlicher, armenischer, litauischer, polnischer, belgischer, französischer oder sonstiger Feinde, als Waffenstillstandskommissar, als Friedensunterhändler oder sonst

irgend etwas betrachtet. Sein ganzes Buch schildert eine ununterbrochene Kette von Mißerfolgen; und die Selbstzufriedenheit, mit der er sich beim Zugeständnis jedes neuen Mißerfolges das Zeugnis ausstellt ‚der Mißerfolg sei das jeweils beste Ergebnis gewesen, das zu erreichen gewesen wäre, ein anderer hätte noch weniger erreicht, setzt auch beim Leser ein Maß von Urteilslosigkeit und Dummheit voraus, wie es ein Politiker von Verstand in einem Buche, als dessen Leserkreis er nicht nur Biberacher Bauern und Viehhändler voraussetzen muß, nicht tun würde.

Man fragt sich, wie konnte ein Mann wie Erzberger ungehindert die ungeheuren Schädlichkeiten entfalten, die sich an sein Wirken knüpfen. Tatsächlich mußten auch ungewöhnlich viel ungünstige Umstände zusammentreffen, um eine Erscheinung wie Erzberger zu ermöglichen. Er selbst legte aus Eigenem in die G. m. b. H. für Zerstörung und Versklavung des deutschen Reiches dreierlei Aktivposten ein: 1. seine Geschäftigkeit, 2. eine gewisse Willenskraft und 3. seine Vorurteilslosigkeit gegenüber Volk und Vaterland. Dank seiner von keinerlei ernsten Verantwortungsgefühlen beschwerten Geschäftigkeit war er für alles brauchbar, an was die anderen Gesellschafter wenigstens offen nicht recht heranwollten; hätten sie ihn mit der Stelle eines Professors für höhere Mathematik oder Maschinenbaukunde betraut, er hätte mit derselben Bereitwilligkeit und mit demselben Recht „dieses Opfer dem Vaterland gebracht", wie das „Opfer" seiner Annahme des Finanzministeriums, der Waffenstillstandsverhandlungen usw. Günstig war für ihn die Verantwortungsscheu der anderen, nicht nur seiner Gesinnungsgenossen, sondern auch jener, welche die nationalen Belange des Vaterlandes zu vertreten gehabt hätten. Die zweite Eigenschaft, stets überhaupt irgendetwas zu w o l l e n und den Mut zu diesem Willen zu haben, erwähnte ich schon früher einmal in diesen Blättern. Wenn er einmal von irgend jemand auf irgend ein Geleise geschoben worden ist, dann verfolgt er es auch mit Zähigkeit und ohne sich irre machen zu lassen weiter, mit jener Unentwegtheit, die bei großen Naturen die Äußerung ihrer Charakterstärke ist, bei kleineren ein Ausfluß ihrer Beschränktheit, einer gewissen Stiernackigkeit. In einer Umgebung — die nationalen führenden Kreise sind wieder inbegriffen —, in der niemand den Mut zu diesem Wollen besitzt und jeder darnach strebt, sich möglichst um jede Verantwortung zu drücken, muß diese Eigenschaft eine gewisse Überlegenheit verleihen; auch über Leute, die an Intelligenz, Wissen und Können vielfach höher stehen. Gerade dieser Punkt erklärt auch seine große Anhängerschaft im Volk. Das

Volk merkt die Willenslosigkeit und Verantwortungsscheu der anderen, sehnt sich nach wollenden und kecken Männern und greift zu, wo es von diesen Eigenschaften etwas findet, ohne nach dem inneren Ursprung und der Art derselben zu fragen.

Seine dritte für die G. m. b. H. wertvolle Eigenschaft war die Vorurteilslosigkeit gegen Volk und Vaterland. Man wird in seinem Buche fortwährend an die Tätigkeit eines Rechtsanwalts gemahnt, der mit gleicher Unvoreingenommenheit jeden Klienten empfängt und annimmt, der an seine Türe pocht. Gleiche Unvoreingenommenheit stimmt allerdings nicht ganz; denn Erzbergers Neigungen gehören den Ausländern, die er in Sachen gegen das deutsche Reich und seine Bundesgenossen vertritt. Kirchenstaat und Italien gegen Österreich und Deutschland, Armenien gegen die Türkei; Belgien, Polen, Litauen, Estland, Livland gegen das deutsche Reich, Habsburg und Parma gegen Hohenzollern usw. Hier entwickelt er einen Feuereifer für seine Mandanten. Der Eifer erlischt, sobald ihm gegen Ende des Krieges die Vertretung Deutschlands anvertraut wird. Während er für das Los der Armenier, das Unrecht an Belgien, das seiner Ansicht nach zu geringe Entgegenkommen der Deutschen gegen Polen und Litauen heiße Töne der Entrüstung findet, wird seine Sprache kühl und sachlich, sobald die Feinde auf Deutschland herumzutrampeln beginnen. Man wird manchmal bei seinen Berichten über die Verhandlungen mit Foch irre, vertritt er nun eigentlich Frankreich oder Deutschland, und muß mehr als einmal an den Verteidiger denken, der die Sache eines nun doch einmal überführten Verbrechers bereits aufgegeben hat, nur der Form halber noch für ihn spricht, und Bußfertigkeit des Sünders noch für das beste Mittel hält, das Urteil über ihn zu lindern. Schließlich geschieht es ja einem Angeklagten auch recht, wenn er sich ausgerechnet einen Verteidiger wählt, der von seiner in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Schuld überzeugt ist.

Diese drei Eigenschaften ließen ihn den übrigen Gesellschaftern als wertvolles Mitglied erscheinen. Bezeichnungen wie „der böse Geist Deutschlands", „der Erzverräter", „der schlimme Dämon" greifen weit daneben; in ihnen läge die Anerkennung einer gewissen Größe, wenn auch nach der schlechten Seite hin, die Erzberger gänzlich abgeht. In Erzberger wirkten sich lediglich fremde Kräfte aus, und der böse Dämon des deutschen Volkes, der in ihm sein Wesen triebe, heißt: Ultramontanismus.

Ultramontanismus ist der Mißbrauch der katholischen Reli-

gion zu politischen Zwecken, zur Erweiterung der politischen Macht, einer Geistlichkeit und ihres Oberhauptes, welche einige Jahrhunderte nach dem Tode des Stifters der christlichen Religion den Satz aufgestellt haben, sie müssen politische Macht besitzen, um der von ihnen vertretenen, in ihrer Grundlage durchaus unpolitischen Religion zur gebührenden religiösen Macht zu verhelfen. Wer vom Ultramontanismus erfaßt ist, vermag überhaupt keine politische Frage mehr vorurteilslos anzusehen, und insbesondere tritt bei ihm stets der vaterländische Gesichtspunkt hinter dem ultramontanen Gesichtspunkt zurück. Wenn die erste Hälfte des Erzbergerischen Buches unter einem Decknamen erschienen wäre, hätte man dem Verfasser ohne weiteres die Angabe geglaubt, er sei mit der Vertretung der Interessen des Heiligen Stuhles bei der deutschen Regierung beauftragt gewesen. Bei jeder Beziehung des deutschen Volkes zu einem anderen Volk, ob Freund oder Feind, fragt er zuerst nach der Religion des Volkes und nach seinen Beziehungen zu Rom, und wenn es ganz oder zum Teil katholisch ist oder irgend wie mit der politischen Macht der katholischen Kirche in Beziehung steht, fühlt er sich zunächst verpflichtet, für die katholischen Interessen dieses Volkes und für die Macht des Heiligen Stuhles zu sorgen; ob er damit in Widerspruch zu den politischen Interessen seines eigenen Volkes gerät, ist ihm nebensächlich; er hat in der ultramontanen Schule gelernt, der beste Dienst am Vaterland sei immer der Dienst für den Heiligen Stuhl. Damit rechtfertigt er sich vor sich selbst und ist vor seiner Partei gerechtfertigt. Erzberger überlegt nicht, welche Politik gegenüber den Randstaaten bekommt Deutschland am besten, sondern er überlegt zuerst, ist die Bevölkerung katholisch? Dann überelgt er weiter, bei welcher Politik läßt sich die Macht dieses katholischen Staates und der katholischen Kirche in ihm am stärksten entwickeln, und demgemäß richtet er sein Verhalten ein, auch wenn die Macht Deutschlands, ganz besonders auch wenn die Macht Preußens darunter aufs stärkste leiden sollte. Das ist aber nicht Erzbergerische Politik, sondern das ist ultramontane Politik, und daher ist es irrwegig, den Kampf gegen Erzberger als Person zu führen; auch hier ist es wie bei Bethmann nicht die Person, sondern das System, das des deutschen Volkes Reich verdirbt. Wenn es nicht Erzberger ist, dann ist es eben Hertling oder Trimborn oder Fehrenbach oder Gröber oder Wirth oder Heim oder Stegerwald. Es ist immer dasselbe Garn, nur das eine Mal gröber, das andere Mal feiner gesponnen.

Während des Krieges war die päpstliche Kurie, deren deutsche

Truppe das deutsche Zentrum bildet, politisch niemals neutral, sondern vertrat — was sich aus ihrem Wesen als politische Macht von selbst ergibt — ihre eigenen Interessen, die sie in der Mehrzahl der Fälle und damit in der Gesamtwirkung an die Seite der Feinde führten. Die päpstliche Kurie hatte außer der Stärkung ihrer Macht im allgemeinen drei hauptsächliche Kriegsziele, die Bewahrung des katholischen Belgiens vor jedem preußischen Einfluß, was immer nur möglich war, wenn Belgien vom deutschen Reich ganz unabhängig blieb, die Verhütung jedes preußischen Machtzuwachses, der wiederum bei einem deutschen Siegesfrieden nicht zu vermeiden gewesen wäre, und die Rückgewinnung ihres Einflusses in Frankreich. Erzberger stand voll und ganz im Dienste dieser päpstlichen Kriegsziele.

Nach dieser Richtung ist Kapitel 20 des Erzbergerischen Buches bemerkenswert, das über die „Päpstliche Friedensvermittlung" handelt. Im Oktober 1916 behauptet der päpstliche Vertreter der Schweiz, „als einziges Hindernis der Verständigung zwischen England und Deutschland liege Belgien im Wege". Ungemein deutlich zeichnet die Verhältnisse folgende Schilderung Erzbergers: „In der deutschen Öffentlichkeit hat man sich damals darüber aufgehalten, daß der Heilige Stuhl, trotz der besonderen Note von Berlin in der Öffentlichkeit keine Schritte zu Gunsten des deutschen Friedensangebots unternommen hat. Die deutsche Regierung hat damals niemand, auch mir nicht Kenntnis davon gegeben, daß der Heilige Stuhl unermüdlich in jenen Tagen für den Frieden arbeitete und zwar am nachdrücklichsten bei der deutschen Regierung selbst. Erst im Herbst 1919 wurde mir bekannt, daß über die Wiener Nuntiatur Depeschen des Kardinalstaatssekretärs Gasparri eingelaufen waren, in denen auf den Ernst und die Bedeutung der unmittelbar auf die deutsche Erklärung folgenden Wilson'schen Friedensvermittlung hingewiesen und Deutschland gebeten wurde, den Wilson'schen Schritt in jeder Richtung zu unterstützen, namentlich durch eine von allen kriegführenden Staaten abzugebenden Erklärung über Abrüstung. Die von Wilson ausgegangene Friedensvermittlung fand also die völlige Unterstützung des Heiligen Stuhles. . . . . Auch hatte der Heilige Stuhl über denselben Weg mitteilen lassen, es bestünden gute Gründe zur Annahme einer Geneigtheit der Entente zu Friedensverhandlungen, wenn Deutschland etwas über die Friedensbedingungen bekannt gebe, namentlich komme es auf Garantien der Wiederherstellung und Unabhängigkeit Belgiens an. Damit wurde die Regierung bereits zum

zweiten Male von so hoher Stelle aus, auf diesen Kardinalpunkt hingewiesen."*)

Hätte der Papst das deutsche Friedensangebot bei den Mächten unterstützt, dann hätte Deutschland einen gewissen Vorsprung bei den Friedensverhandlungen gehabt, und nicht nur Deutschland, sondern jedenfalls auch Preußen zu mindestens eine Ansehensförderung, wenn nicht gar eine Machtförderung erfahren. Nahm dagegen Wilson die Friedensvermittlung in die Hand, dann konnte die Kurie beruhigt dem Friedensschluß entgegensehen; sie war sicher, das Beste, was dann für Deutschland herauskommen konnte, war der Statusquoante mit reichlichen Verpflichtungen zum Wiederaufbau Belgiens und anderen Wiedergutmachungen. Darum hat ganz gewiß kein Ententediplomat päpstliche Drahtungen erhalten; in denen auf den Ernst und die Bedeutung des deutschen Schrittes v. 12. 12. 1916 hingewiesen und gebeten worden wäre, die von Deutschland hingestreckte Hand zu ergreifen.

„Im Anschluß an die Wiener Besprechung im April 1917 regte ich beim Vatikan an, ob nicht eine neue Kundgebung des Heiligen Vaters zu Gunsten des Friedens erfolgen könne." Hat da Erzberger, was er im April durch den Bericht des Grafen Czernin erfahren, dem Vatikan mitgeteilt oder nicht? Und wer hat den Franzosen Kenntnis von diesem Bericht gegeben, wenn es Erzberger nicht selbst war, der es bestreitet?

Der Vatikan ist der Aprilanregung Erzbergers im April nicht gefolgt. Erst „Ende Juni 1917 besuchte der neue Münchener Nuntius Pacelli den Reichskanzler in Berlin und hierauf den Kaiser im Großen Hauptquartier." „Die Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Nuntius brachte eine weitgehendste Aussprache über konkrete Friedensbedingungen." „Die Überreichung eines päpstlichen Handschreibens an den Kaiser im Großen Hauptquartier verstärkte die Hoffnung der Völker für baldige Herbeiführung des Weltfriedens."

Was ist zwischen April und Juni vorgegangen? Das deutsche Hauptquartier hatte im April den Czernin'schen Bericht als ungerechtfertigt schroff abgelehnt. Der im Februar einsetzende verschärfte U-Bootkrieg tat seine Wirkung; England wurde nervös. Die französische Offensive war zusammengebrochen. Der revolutionäre Zusammenbruch in Rußland stand sicher in

*) Unterstreichungen von mir vorgenommen.

Aussicht. Der Entente schien es zum erstenmal im Kriege ernstlich geboten, an den Friedensschluß zu denken. Der Nuntius kam ohne Zweifel im Einverständnis mit der Entente nach Berlin. Ein Friede der Verständigung mußte nach der damaligen militärischen und politischen Lage als ein vorteilhafter Friede für die Entente erscheinen; tat der U-Bootkrieg weiter seine Schuldigkeit, stand das deutsche Heer im Westen noch kurze Zeit fest, und konnten dann die Kämpferheere des Ostens nach Westen geworfen werden, hielt vor allem aber die kriegerische Stimmung des deutschen Volkes an, dann mußten nach allen Gesetzen des Völkerlebens in Deutschland die „Annexionisten", d. h. jene Deutsche, die für Deutschland einen deutschen Frieden wollten und nicht einen französischen, polnischen, litauischen oder päpstlichen, die Oberhand gewinnen, und der Friede, wie ihn Wilson und die Kurie wünschten, ja sogar die völlige Unabhängigkeit Belgiens wären gefährdet gewesen. Die Erfüllung der obengenannten Bedingungen mußte zu einem deutschen Sieg führen. In dieser Lage setzte die Friedensvermittlung der Kurie mit Kraft ein, um den Frieden zu sichern, der wie schon gesagt, in dieser Lage für die Entente und die Ziele der Kurie als ein günstiger erscheinen mußte. Die deutsche Regierung Wilhelm II. und Bethmann waren vollkommen bereit zu diesem Frieden; die Wiederherstellung der völligen Unabhängigkeit Belgiens gestand Bethmann schon in seiner Juniunterredung mit Pacelli zu.

In diese Lage platzte am 6. Juli 1917 die Friedensresolution Erzbergers hinein. Sie und ihre Annahme durch Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten konnten von den Feinden nur als ein völliger Stimmungszusammenbruch des deutschen Volkes gedeutet werden. Wenn aber die Nerven des deutschen Volkes nicht aushielten, dann waren damit alle Vorteile der U-Boote, der zähen Verteidigung der Westgrenze und des bevorstehenden Freiwerdens der deutschen Ostflanke aufgehoben und der Sieg der Entente sicher, wenn nur deren Völker aus hielten. Erzberger hatte bei seiner Arbeit für die Friedensresolution auch den Czernin'schen Geheimbericht den Fraktionsgenossen in ausgezeichneter Wirkung auf deren Nerven mitgeteilt; dadurch erhielt dieser Bericht, der infolge seiner Nichtbeachtung durch die deutsche Heeresleitung und den ganzen Verlauf der militärischen und politischen Ereignisse gegenstandslos geworden war, neue erhöhte Bedeutung, und nun bekam auch der Feind Kenntnis von ihm. Das Treiben Erzbergers und seine Unterstützung durch die Regierung Bethmann Hollwegs und die Reichstagsmehrheit ließen mit einem

Schlag Deutschland als den am dringendsten des Friedens bedürftigen Staat erscheinen, und sofort wollte die Entente von dem Frieden, den zu schließen sie Ende Juni 1917 noch bereit gewesen war, nichts mehr wissen. Die Unabhängigkeit Belgiens erschien ihr von nun an als Selbstverständlichkeit. Die französische Kammer setzte am 30. Juni als erste Friedensbedingung die Herausgabe Elsaß-Lothringens nebst einer Kriegsentschädigung fest, und Bonar-Law hatte sich schon am 25. Juli mit dieser Forderung einverstanden erklärt.

Mitte August, als die ablehnende Stellung der Entente bereits über jeden Zweifel erhaben war, wurde die vom 1. August datierte Friedensnote des Papstes veröffentlicht. Was nun noch hinter den Kulissen durch die päpstlichen Vertreter geschieht, sind nichts als gegen Deutschland geführte Nachzugsgefechte, um Deutschland ganz sicher auf das päpstliche Kriegsziel der Unversehrheit Belgiens festzulegen, was immer sich auch noch militärisch ereignen möge. Der päpstliche Vertreter war nicht in der Lage, Deutschland auch nur die mindeste Gegenleistung gegen den deutschen öffentlichen Verzicht auf Belgien in Aussicht zu stellen, und die Regierung Michaelis zögerte infolgedessen, der schönen Augen Erzbergers und Benedikt XV. wegen einen der stärksten Trümpfe Deutschlands vor aller Öffentlichkeit preis zu geben.

Unter der Hand wußten sämtliche Diplomaten der Entente sowie der Kurie genau, wie bereit die deutsche Regierung zur Preisgabe Belgiens war, wenn sie einen Frieden ohne sonstige Verluste erlangen konnte. Auch Erzberger wußte es schon im August 1917 und noch viel besser 1919, als er die Komödie im Reichstage von „versäumten Friedensgelegenheiten" aufführte. Mit der öffentlichen Erklärung Kühlmanns im deutschen Reichstag im Oktober 1917, zwischen Deutschland und der Entente stände als Friedenshindernis nur mehr die Elsaß-Lothringen-Frage, war auch der letzte Wunsch des Vatikans nach der öffentlichen Festlegung Deutschlands erreicht, und nun verstummen alle Friedensbemühungen des Papstes. Dieses Friedenshindernis, die Forderung Frankreichs nach Elsaß-Lothringen zu beseitigen, hat der Papst keinen Finger gerührt; wenigstens ist nie etwas davon bekannt geworden. Auch Erzberger weiß davon kein Sterbenswörtchen zu erzählen. Durch den Verlust Elsaß-Lothringens wurden ja nur deutsche Belange, nur die Macht des deutschen Reiches samt seiner protestantisch-preußischen Vormacht geschädigt. Die erste auswärtige Macht, die die Annexion Elsaß-Lothringens durch Frankreich anerkannte, war die Kurie.

Erzberger geht in seinem Bericht über die Ereignisse vom bis Oktober 1917 über die Ententeforderung Elsaß-Loth-s mit Schweigen hinweg; er muß es, um seine krasse Ge-lschung vom 25. 7. 19 aufrecht erhalten zu können.

Kardinalstaatssekretär Gasparri hat am 10. September n Bischof von Valence geschrieben: „Wenn im päpst-iben (Papstnote 15. 8. 17) eine Nation besonders be-, so ist das Belgien und Frankreich." In einem Schrei-Erzbischofs Senns (nach der Croix 23. 10. 17) heißt es: einigen Punkten ist diese (Papstnote) Frankreichs geradezu nstig, so daß man sagen muß, daß, falls im päpstlichen Schreiben eine Nation bevorzugt wäre, dies nicht Deutschland oder Österreich sind, sondern Frankreich und Belgien."

Im April 1915 schrieb Gasparri im Auftrage Benedikts XV. an den Kardinalerzbischof von Paris: „Es ist ganz natürlich, daß die Sorge des gemeinsamen Vaters aller Gläubigen sich besonders jenen seiner Stämme zuwendet, die ihm lebhaftere Achtung und Anhänglichkeit entgegenbringen. Unter diesen verdienen besondere Erwähnung die Söhne Frankreichs, die Söhne jener Nation, die mit Recht die älteste Tochter der Kirche genannt wird." Am 16. Mai 1920 fand in Rom die endgültige Heiligsprechung der Johanna von Arc unter großen Feierlichkeiten statt. Nach der kirchlichen Feier wurden sämtliche Franzosen vom Papst in großer Audienz empfangen. In seiner Antwort auf eine französische, ganz von nationalistischem Geist erfüllte Ansprache des Bischofs von Orleans pries der Papst sich glücklich, daß es gerade ihm vorbehalten gewesen sei, die Johanna von Arc mit der Krone der Heiligen zu schmücken. Damit sei ihm die Handlung möglich gewesen, die ihm den geraden Weg zu den Herzen seiner teuren Söhne in Frankreich öffne; wie für alle Franzosen, so liege auch für ihn die Bedeutung der Heiligsprechung der Johanna von Arc darin, daß sie eine Bürgschaft für die Vermehrung von Frankreichs Ruhm und Glück sei. Das wünsche er ganz Frankreich, wie auch jedem Franzosen einzeln zu sagen. Am 4. Dezember 1916 ernannte der Papst 10 neue Kardinäle: sieben Italiener und 3 Franzosen. Bei der Überreichung des roten Baretts erklärte er den Franzosen, daß er mit der Ernennung dreier französischer Kardinäle ganz F[illegible]reich habe ehren wollen. Dann fuhr er fort: „Aber war[illegible] aß wir, indem wir die Oberhirten ehren, auch [illegible] en wollen? Warum es nicht frei heraussagen, [illegible] drei Söhnen Frankreichs einen Beweis unser [illegible] geben, wir zeigen wollten, wie immer

lebendig in unserem Herzen brennt die Flamme der Liebe für das Vaterland eines Chlodwig, eines heiligen Ludwig und der Johanna von Arc.‘ Als am 10. März 1921 zwei deutsche Kardinäle und ein amerikanischer Kardinal ernannt wurden, war viel die Rede von brüderlicher Liebe und dergleichen, und es wurde betont, wenn die Wahlen auch gleichzeitig den Ausdruck des Wohlwollens gegenüber ihren Ländern darstellen, so „schließe der Kardinalscharakter als Priester von Rom es doch aus, daß man über die verschiedene Nationalität der einzelnen Kardinäle ein Aufhebens machen könne, als ob sie Gruppen mit Mehrheiten oder Minderheiten bilden könnten. Die Kardinäle gehörten ohne Unterschied der Nationalität der gleichen Kirche an und seien alle „Priester von Rom“.“ Am 6. April 1919 fand im Vatikan die Bestätigung der von der Jungfrau von Orleans vorschriftsmäßig erwirkten Wunder statt. Die Feier war eingeleitet durch eine nationalistische Rede des Bischofs Touchet von Orleans, in der Johanna von Arc mit einem „bis in die Höhen der Unendlichkeit“ sich erhebenden Tagesbefehl des Marschalls Joffre und dem „Wunder an der Marne“ im September 1914 in Verbindung gebracht wird. Der Papst antwortete darauf in französischer Sprache: „Wir finden es so gerechtfertigt, daß die Erinnerung an Johanna von Arc die Liebe der Franzosen für ihr Vaterland entflammt, daß wir es bedauern, Franzose nur von Herzen zu sein. Aber die Aufrichtigkeit, mit der wir Franzose dem Herzen nach sind, ist eine solche, daß wir an diesem Tage die Freude zu der unsrigen machen, die von den Franzosen von Geburt empfunden wird über den großen Fortschritt, die die Sache der Johanna von Arc heute dank den beiden Wundern gemacht hat, die ihrer Hilfe zugeschrieben werden. Die Franzosen von Geburt sind davon überzeugt, daß die Verbreitung, die der Kult der Johanna von Arc infolge ihrer Kanonisation genommen hat, noch größere Gnadenerweisungen und Wohltaten ihrem Vaterland bringen wird. In diesem Wunsche und diesem Gelöbnis ist der Franzose dem Herzen nach mit dem Franzosen von Geburt einig, um Frankreich die Vermehrung seines Ruhmes und seines Glückes zu wünschen. Wir bitten nur, daß man dem, der, ohne in Frankreich geboren zu sein, der Freund Frankreichs genannt werden will, einen Teil der Liebe gewähre, die die Kinder Frankreichs für ihr Vaterland empfinden.“ *)

Die „Civilta-Catholika“, die römische Zeitung der Jesuiten,

*) D. u. V.

schrieb Anfang 1920 (nach der Neuen Züricher Zeitung Nr. 1573 vom 26. September 20): „Die traditionellen Sympathien und Interessen des Katholizismus ließen den Papst keineswegs einen Sieg der Mittelmächte erwünschen, wo er doch tausend Gründe hat, die Vernichtung und Verminderung der katholischen Nationen wie Belgien und Frankreich zu befürchten. Nicht ohne Schrecken konnte er an die Perspektive eines definitiven Sieges Deutschlands denken, der den Triumph des Luthertums und des Nationalismus bedeutete.“ Das unter der Leitung des Kardinalerzbischofs Amette von Paris stehende Comité catholique de propagande française focht unter der Losung: „Der Kampf gegen Belgien und Frankreich ist der Kampf des Germanismus gegen den Katholizismus“.

Deutschland ist und bleibt für das Papsttum immer das Land Luthers, und die gegenüber dem Katholizismus aller anderen Länder tiefere, aufrichtigere und folgsamere Frömmigkeit des deutschen Katholizismus gilt dem Vatikan nicht als Ausgleich. Überall darf die katholische Geistlichkeit voll für ihr Vaterland einstehen, nur in Deutschland nicht. „Man war,“ schreibt Erzberger in seinem Buche, „in Deutschland sehr überrascht, als von einer Reihe angesehener französischer Katholiken unter Führung von Kardinälen und Bischöfen Anfang 1915 die Schrift „La Guerre allemande et le Catholizisme“ verbreitet wurde, welches eine schwere Kränkung des deutschen Volkes und der deutschen Katholiken darstellte. Eine Entgegnung war absolut geboten. . . . Gemäß dem Wunsche Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XV. soll aber eine solche Erwiderung nicht durch die hochwürdigsten Kirchenfürsten erfolgen, sondern — wenn eine notwendig ist — möchten angesehene katholische Laien die Entgegnung abfassen und verbreiten.“ . . . Ich hielt unter allen Umständen daran fest, daß die deutschen Katholiken das schlechte französische Beispiel nicht nachahmen sollten.“ Von den französischen und belgischen Hetzkardinälen und Bischöfen sind viele vom Papst ausgezeichnet, keiner gemaßregelt worden. Auf der Ententeseite darf die Autorität der Kardinäle und Bischöfe für die politischen Ziele ihres Vaterlandes eingesetzt werden, auf der deutschen nicht.

Das ist in der deutschen Republik noch genau so wie im deutschen Kaiserreich. Im Mai 1921 schrieb der Kardinalerzbischof Dubois von Paris an den Kardinalerzbischof Schulte von Köln einen Brief, in dem er sich in schärfster politischer Weise gegen Deutschland wandte. Deutschland müsse nun endlich allen Ernstes

an die Erfüllung seiner durch den Friedensvertrag übernommenen Wiedergutmachungspflichten herangehen; Frankreichs Geduld sei zu Ende. Der Erzbischof von Köln müsse über den Wirrwarr der politischen Leidenschaften die laute Stimme des Kirchenfürsten erheben und zum Anbruch einer neuen Ära beitragen. Frankreich sei von Deutschland zu Unrecht angegriffen worden und Deutschland weigere sich jetzt, dieses Unrecht gutzumachen. Diesen Brief übergab der Kardinalerzbischof Dubois der Havas-Agentur zur Veröffentlichung. Der Erzbischof von Paris wirft also das ganze Gewicht seiner Stellung in die Wagschale, um die Lüge von dem unberechtigten Angriff Deutschlands auf Frankreich und seiner Widerwilligkeit, die Friedensbedingungen zu erfüllen, in den Herzen seiner französischen Gläubigen und anderer Katholiken zu befestigen. Der deutsche Kardinal Schulte glaubt aber selbstverständlich von einer Veröffentlichung seiner Antwort an Kardinal Dubois Abstand nehmen zu sollen, „weil eine öffentliche politische Auseinandersetzung zwischen einem französischen und einem deutschen Kardinal weder im staatlichen noch im kirchlichen Interesse liege." Die ganze deutsche ultramontane Presse muß ebenso selbstverständlich ihren Lesern einreden: „die vornehme und würdige Haltung des Herrn Kardinals von Köln werde allenthalben ehrliche und freudige Zustimmung finden". (Bayr. Kurier 13. 5. 21.)

Das führende schlesische Zentrumsblatt, die „Schlesische Volkszeitung", schätzt („Deutsche Allg. Zeit." 456; 29. 9. 21) den Verlust, den die deutsche Sache in Schlesien durch die polnischen Hetzer geistlichen Standes erlitten hat, auf etwa 100 000 Stimmen. Was bedeuten die — reichlich spät herausgekommenen päpstlichen Erlasse an die Geistlichen beider Nationen, sich der politischen Betätigung zu enthalten, wenn die von vornherein recht schwach beteiligten deutschen Priester sie befolgen und die polnischen nicht, und die polnischen genau wissen, ihr Ungehorsam wird ihnen in diesem Falle als sehr milde Sünde angerechnet? Oder welche kirchlichen Strafen sind z. B. über die von der Volkszeitung mit Namen genannten Geistlichen verhängt worden? Ratti, früher Nuntius in Warschau, dann päpstlicher Abstimmungskommissar im deutschen Oberschlesien, mußte wegen allzu einseitiger Begünstigung der Entente abberufen werden und — wurde am 15. Juni 1921 in Rom zum Kardinal befördert. Man wird vergeblich in der deutschen neueren Geschichte einen Fall suchen, in dem deutsche katholische Geistlichkeit ihrem deutschen Vaterlande einen ähnlichen Dienst erwiesen hätte wie die Gewinnung jener 100 000 Stimmen

für die Polen durch die polnische Geistlichkeit. Dagegen finden sich Fälle in Menge, in denen Deutschblütige durch ihre eigene und durch ausländische katholische Geistlichkeit ihrem Volkstum entzogen wurden (zugunsten der Welschen in Elsaß-Lothringen und Vlamland, zugunsten der Polen im Osten Preußens, zugunsten der Tschechen in Österreich usw.).

1920 wurde in Italien und Spanien eine Schrift kostenlos und in großen Mengen verteilt mit dem Titel: „Sind die deutschen Katholiken noch katholisch?" Die Schrift war verfaßt von dem französischen Prälaten Delmont, Prof. an der katholischen Fakultät in Lyon, und mit Druckerlaubnis des bischöflichen Ordinariats von Lyon versehen; sie konnte sicher nicht ohne Bewilligung des Vatikans in alle Häuser Roms getragen werden. Der Erzbischof von Rennes Dubourg erklärte in der Vorrede zu der Schrift, er habe sie in einem Atemzuge gelesen; Delmont habe der katholischen Sache einen großen Dienst erwiesen. Das deutsche Zentrum und die deutschen Katholiken werden in der Schrift mit Vorwürfen überhäuft; jede Zustimmung, die beide einer Forderung der Regierung für die deutschen Kolonien, die deutsche Flotte, die deutsche Wehrmacht zuteil werden ließen, die Tatsache, daß die deutschen Katholiken im August 1914 dem Ruf zu den Waffen Folge leisteten, ist in den Augen des Verfassers ein Verbrechen gegen den Katholizismus. In seinen Augen wäre es, wenn er es auch nicht ausspricht, offenbar Pflicht der deutschen Katholiken gewesen, August 1914 dem protestantischen Preußen den Krieg zu erklären.

Man stelle sich einmal vor, ein deutscher Professor an einer katholischen deutschen Universität hätte es gewagt, in einer Schrift den Katholiken Frankreichs vorzuwerfen, ihre widerspruchslose Zulassung der schwarzen Schmach in dem katholischen Rheinland sei eine Sünde gegen den Katholizismus, ihre Zustimmung zu der ganzen französischen Auslegung des Versailler Friedensvertrages und dem ungeheuren Mißbrauch ihrer gegenwärtigen militärischen Übermacht, die sie auf Grund gemeiner Vertrauensbrüche durch den vom Papst zu begünstigten Wilson und durch eigene erlangt hatten, ebenso: wäre ein deutscher Bischof denkbar, der dazu eine empfehlende Vorrede schrieb, ein bischöfliches deutsches Ordinariat, das seine Druckerlaubnis gäbe, eine päpstliche Kurie, die widerspruchslos der Übersetzung der Schrift ins Italienische und Spanische und ihrer Massenverteilung in Rom zusähe? Müßte nicht in Wirklichkeit einem nicht politisch, sondern rein christlich orientierten Papst allein schon die Tatsache der Schändung christ-

licher weißer katholischer Frauen und Kinder durch Schwarze und Gelbe in Deutschland tiefste Empörung wecken und ihn zur Anwendung seiner schärfsten Kirchenmittel drängen? Aber der Papst zeigt sich höchstens tiefbekümmert über die „unheilvolle Tätigkeit fremder nicht katholischer Sekten und die Kürzung der Rechte der Christen zugunsten der Hebräer" in Palästina und ruft „alle Regierungen christlicher Nationen, auch der nicht katholischen und den Volksbund dagegen an". (Ansprache des Papstes Benedikts XV. im geheimen Konsistorium vom 13. Juni 1921.) Wo ist der entsprechende Anruf der Mächte zugunsten der katholischen deutschen Frauen, Kinder und Männer in den Rheinlanden, die nicht wie die Christen in Palästina nur in einigen bürgerlichen Rechten, sondern in heiligsten Menschenrechten von Farbigen, getauften und ungetauften, gekränkt werden? Wo war der kraftvolle Widerspruch, wo der wirkliche Kampf des Papstes gegen die Hungerblockade, die hunderttausenden deutschen Kindern, auch katholischen, das Leben kostete? Wo ist der Einspruch des Papstes gegen den Schandfrieden von Versailles und die jeder Christlichkeit hohnsprechenden weiteren Ausnutzungen der Wehrlosigkeit Deutschlands durch die Entente, durch die Elend und Not über Tausende von Familien gebracht werden?

Kein Katholik eines anderen Landes, auch der frömmste nicht, läßt sich von der politischen Abteilung des Heiligen Stuhles gegen sein eigenes Vaterland mißbrauchen; der Italiener, der Franzose, der Spanier, der katholische Amerikaner folgen dem Papst als kirchlichen Hirten; als politischen Hirten lehnen sie ihn ab, und wenn er politisch ihrem Vaterland schädliche Schritte tun würde, so würde bei ihnen damit sein kirchliches Hirtentum gefährdet werden. In Deutschland gibt es eine politische Partei, die die Vorkämpferin des Papstes nicht nur in allen kirchlichen Dingen ist, sondern auch Werkzeug des Papstes, wo derselbe immer es als Werkzeug für seine politischen Interessen brauchen kann, mögen dieselben auch den deutschen Interessen noch so schroff entgegenstehen.

Die Politik des Papstes wird stets gegen ein mächtiges protestantisches Preußen gerichtet sein. Ob es ihr nun gelingen wird, ein großes, vielleicht auch nach Westen (Rheinland) ausgreifendes deutsches Südreich mit vermutlich monarchischer Spitze zu bilden und Preußen auf diese Weise zu vereinzeln, oder ob es dazu ganz Deutschland geeint oder in Einzelstaaten zerfallen in Ohnmacht halten muß, ist ebenso gleichgültig wie die Beschaffenheit ihrer deutschen Werkzeuge, ob das nun Erzberger, Hertling, Fehren-

Digitized by Google

bach, Wirth, Heim, Stegerwald, katholische Arbeiter, Bürger, Kleriker oder Fürsten sind. Erzberger war dem Vatikan für den Norden wertvoll, weil dieser Zentrumsbolschewist in einer offenen oder versteckten bolschewistischen Herrschaft über Preußen dem Klerikalismus den gebührenden Anteil zu sichern gewußt hätte; und eine offene oder versteckte bolschewistische Herrschaft über Preußen, das womöglich seiner wichtigeren katholischen Bezirke im Westen und Osten (Rheinland und Schlesien) beraubt ist, wäre der Kurie nützlich, weil dadurch das protestantische Restpreußen zur dauernden Ohnmacht verurteilt wäre. Gleichzeitig ließe sich eine derartige Entwicklung als eine Niederlage des Protestantismus predigerisch trefflich ausnutzen.

Der Dortmunder Franziskanerpater Heribert Schwanitz hat im Sommer 1919 in einer Festpredigt in Bingen vor der aus dem besetzten und unbesetzten Rheingebiet zum historischen Rochusfest zusammengeströmten Pilgerschaft ausgeführt: „Gott hat alles wohlgemacht! Wenn wir den Krieg gewonnen hätten und unsere Heere siegreich in die Heimat gezogen wären, so hätte jedes Bataillon, jedes Regiment, ja jede Kompagnie ihr Fest gefeiert. Alle Jahrestage großer Schlachten wären gefeiert worden, und damit die Unzucht, Sittenlosigkeit und die Vergnügungssucht noch mehr gestiegen. Der Militarismus hätte wahre Orgien gefeiert. Der Mensch hätte erst beim Offizier angefangen, und wie wären wir geknebelt worden! Wie hat man sich schon überhoben und in die Welt geschrien, wir brauchen niemand, wir sind stark, wir besiegen die ganze Welt. Wir haben das Jubeljahr der Reformation bei uns gesehen. Hätten wir gesiegt, dann wäre bis zum Jahre 1946 — dem Todesjahre des Reformators — gejubelt und gefeiert worden. Luthergeist hat uns entgegengeweht, Geist des Mannes, der als Mönch von der Kirche abgefallen ist. Der Papst jener Preußenreligion ist weggefegt, ist gegangen, und wenn wir es auch nicht mehr erleben, so wird später doch einmal das ganze Gebäude von selbst zusammenbrechen müssen. Gott hat alles wohlgemacht." („Köln. Zeit." 26. 8. 19.) Der Fanatismus dieses Priesters ist der großen Mehrheit der deutschen Katholiken fremd. Aber vielleicht werden gerade ihnen aus derartigen Äußerungen durchgegangenen Hasses Zusammenhänge klar, vor denen ihnen für gewöhnlich die Augen verschlossen sind und werden. Deutlich klingt z. B. aus ihnen heraus, was Zentrum und Sozialdemokraten eint.

Vielleicht lernen sie darin auch die Bedeutung der in der Form ruhiger gehaltenen Richtlinien für die Zukunft besser ver-

stehen, die der irische Dominikaner P. Gormann im Herbst 1918 für die Politik der Kurie entwickelte *) Gormann war längere Zeit in Rom tätig; außer ihm befinden sich 3 weitere Mitglieder seiner Familie in höheren Kurienämtern. Als Folge des Sieges der Ententemächte ließe sich nach ihm verwirklichen bezw. seien bereits verwirklicht: „1. Die Sicherung eines gewissen Maßes internationaler Gerechtigkeit unter Verminderung der Kriegsrüstungen und Zerstörung des Militarismus bringt die wesentlichsten Forderungen der päpstlichen Note von 1917 zur Erfüllung und beseitigt viele Schranken, die dem Fortschritt der einzigen universellen Glaubensgemeinschaft — der katholischen Kirche — hindernd im Wege gestanden haben. 2. Eine der Folgen von der größten Tragweite ist die Sicherung der Freiheit, Integrität und Wohlfahrt des britischen Reiches und der Vereinigten Staaten Amerikas auf ein Jahrhundert hinaus. Das ist ein Gewinn von unberechenbarer Größe für die Kirche; denn seit der letzten Epoche der Weltgeschichte, die von 1870 an datiert, hat der Katholizismus in keinem Teile der Welt so große Freiheiten genossen und so große Fortschritte gemacht, wie in diesen beiden Reichen. 3. Der preußische Geist ist im Feld geschlagen und auf den Schulen diskreditiert worden. Ein siegreiches Preußen hätte wie nach dem deutsch-französischen Kriege unfehlbar einen neuen Kulturkampf gegen die katholische Kirche unternommen, als noch die einzige Macht dann in der Welt, die imstande gewesen wäre, ihr Widerstand zu bieten. Die Niederlage Preußens hat die deutschen Katholiken vor der unvermeidlichen Verfolgung gerettet und die starke antikatholische Tendenz der neuen deutschen Kultur außerordentlich geschwächt. 4. Die größte Veränderung auf der Karte Europas wird der unabhängige Polenstaat mit Zugang zur See sein. Das bedeutet die Wiedererstehung einer katholischen europäischen Macht mit 20 Millionen Einwohnern. 5. Anstatt eines zaristischen Rußland, des hauptsächlichsten und heftigsten Gegners der Kirche im 19. Jahrhundert, wird eine Demokratie gegründet werden, in der die Religionsfreiheit gesichert sein wird. Fortan wird die katholische Kirche in der Ukraine wieder aufleben können und die Litauer und Letten, ob unabhängig oder bloß autonome Völker, werden Religionsfreiheit genießen. 6. Belgien, ein katholisches Land mit einer katholischen Regierung, wird seine Unabhängigkeit wieder zurückerhalten, statt zu einem Vasallenstaat Preußens zu werden. Die Universität Löwen, die führende

*) D. u. V.

katholische Universität der Welt, wird in einem freien Belgien die geistige Führerschaft wieder übernehmen. 7. Die Slawen des alten habsburgischen Reiches, die meistens katholisch sind, werden volle nationale Freiheit haben, die ihnen eine größere religiöse Betätigung erlaubt. Es ist ein landläufiger Irrtum gewesen, der aber weder vom Vatikan noch von unseren Bischöfen geteilt wurde, zu glauben, daß die katholischen Interessen dieser Slawen unter der Herrschaft der Habsburger besser gesichert wären. 8. Die katholischen Maroniten im Libanon, die von den Türken absichtlich ausgehungert wurden, werden nun von der Tyrannei ihrer Bedrücker auf immer befreit sein. Bezüglich der Befreiung der heiligen Stätten durch britische Truppen schreibt der Kardinal-Staatssekretär, das amtliche Organ des Papstes in diplomatischen Dingen: „Bei verschiedenenn Anlässen habe ich gesagt, daß England mehr als irgendeine andere Macht unser absolutes Interesse verdient durch seine völlige Unparteilichkeit, seine unbedingte Achtung für hergebrachte Rechte und seinen Eifer für den Fortschritt im heiligen Lande." 9. Dem Jacobinismus unter den Völkern lateinischer Abstammung, der vor dem Kriege so verbreitet war, wird nun endlich Einhalt geboten werden durch den selbstlosen und heldenmütigen Patriotismus der Priester und der gläubigen Katholiken Frankreichs, Italiens und Portugals, einen Patriotismus, der wesentlich zum Siege beigetragen hat. (Man versteht, warum die Priester Deutschlands nicht den gleichen Patriotismus entwickeln durften, sondern sich stets „vornehmer Zurückhaltung" befleißigen mußten! v. L.) Das größere Frankreich und das größere Italien werden ohne Zweifel wieder in engere Beziehungen mit der katholischen Kirche, dem Hauptfaktor ihres Fortschrittes und der Quelle ihres geschichtlichen Ruhmes treten. 10. Nachdem sich die englisch sprechenden Protestanten Großbritanniens und Amerikas nicht mit den protestantischen Völkern Europas, von denen kein einziges auf ihrer Seite stand, sondern mit Frankreich, Italien, Belgien und Portugal verbündet haben, mit Völkern, von denen 90 Prozent der Einwohner, wenn auch nicht der Regierung, katholisch sind, werden sie von der Weltstellung und der Weltaufgabe der katholischen Kirche einen weit höheren Begriff bekommen."

Das führende Organ der bayerischen Zentrumspartei schrieb zur gleichen Zeit: „Vor dem Forum der Interessen und Ziele der Kurie haben die deutschen politischen Bedürfnisse zurzeit naturgemäß eine recht belanglose Stimme. . . . Was bedeutet gegenüber diesen ins Unermeßliche gereckten Aufgaben das Soll und

Digitized by Google

das Haben der kleinen katholischen Filiale im protestantischen Deutschland!" Der „Bayerische Kurier", das Organ des Erzbergerfeindlichen Dr. Heim, setzte am 5. Juli 1921 seinen Lesern auseinander: „Es wirkt eine immanente Gerechtigkeit in der Weltgeschichte, die zu strafen und zu rächen weiß, wie sie auch das deutsche Volk erreicht hat, weil es sich nicht beugen wollte der gottgesetzten Autorität, ein Unterfangen, das nun schon seit 4 Jahrhunderten alle Not über die deutschen Lande brachte und das die deutsche Nation dem Untergang weiht, wenn sie nicht noch in letzter Stunde aus der Geschichte zu lernen weiß." So, nun wissen wenigstens die deutschen Katholiken, wem sie alle Not seit der deutschen Reformation verdanken!

Die Politik der Kurie ist großzügig; das läßt sich nicht leugnen. Und in der Wahl ihrer Werkzeuge kennt sie keine Bedenken. Ein Erzberger ist ihr ebenso recht wie ein Hertling und ein Kaiser Karl ebenso willkommen wie ein fleißig die Messe besuchender Sozialdemokrat Ebert. Ihre Diplomaten werden lächeln über die Art des Kampfes, den die Politiker der nationalen Parteien Deutschlands gegen Leute wie Erzberger führen. Solange diese ihre Geschütze gegen deren persönliche Eigenheiten, Schwächen und Unfähigkeiten richten, bewahren sie damit die Katholiken Deutschlands vor der Erkenntnis, daß man politisch nicht gleichzeitig dem Papst und dem deutschen Volke dienen kann, und mehr kann die Kurie von diesen nationalen Politikern nicht verlangen und wünschen. Luther hatte der großen Mehrheit der Deutschen eine ihrer geistigen Art besser entsprechende Form des Christentums geschenkt, als sie der Katholizismus darstellte, wie er sich unter vorwiegend romanischem Einfluß in den südlichen Ländern entwickelt hat. Unter Luthers, Calvins und Zwinglis Einwirkung hatte sich ein germanischer, auch völkisch große Zukunftsaussichten eröffnender Religionsblock zu bilden begonnen, der sich von der Schweiz bis England und Schweden erstreckte. In Deutschland hatte sich der Protestantismus fast über das ganze Land, Österreich, Tirol und große Teile Bayerns eingeschlossen, ausgebreitet. Ein religiös einiges protestantisches Deutschland war auf dem Marsche, als einige Fürstenhäuser, voraus das kaiserlich-habsburgische, völkisch versagten. Die von Habsburg und den Jesuiten geleitete Gegenreformation zerriß Deutschland in zwei Teile und schlug ihm eine völkische Wunde, die noch nicht verheilt ist. Von der politischen Führung, unter die er damals geriet, hat sich der deutsche Katholizismus bis heute nicht befreien können und ist infolgedessen

bis heute ein Hemmschuh für die deutsche Entwicklung gewesen: die große Mehrheit der deutschen Katholiken vermag sich nicht mehr voll und ganz zu ihrem Volkstum zurückzufinden.

Das liegt nicht etwa im Wesen der katholischen Religion, soweit sie religiös ist. Es gibt Deutsche, die von Natur aus katholisch veranlagt sind, ebenso wie die Mehrheit der Germanen von Natur aus protestantisch veranlagt ist, und in der religiösen Seite der Veranlagung, in all dem, was religiös das Wesen des Katholizismus vom Wesen des Protestantismus unterscheidet, liegt nichts, was einen deutschen Katholiken hindern würde, ein ebensoguter Deutscher zu sein wie der beste protestantische Deutsche. Höchstens könnte man davon sprechen, dieselbe Veranlagung, die eine Natur zum Katholizismus hinneigen läßt, erleichtert ihre Beeinflussung durch den Priester auch zu politischen Zwecken. Aber erst die Verquickung der dem religiösen Oberhaupt der katholischen Kirche zu zollenden religiösen Verehrung mit der Unterordnung unter die politischen Interessen der römischen Kurie und das ständige Verwischen der Grenzen zwischen der religiösen und der politischen Seite des römischen Papsttums, wie es insbesondere der Jesuitenorden zu handhaben versteht, sind jene Eigenschaften in den deutschen Katholizismus hineingekommen, die eine Gefahr für das deutsche Volkstum bedeuten und die Brauchbarkeit der deutschen Katholiken als Kämpfer für das Deutschtum herabdrücken. Der deutsche Katholizismus bräuchte noch einen Vermittler zwischen sich und dem römischen Papste, eine Art deutschen Vizepapst, der die rein religiösen Auswirkungen des Papsttums durchließ und die politischen abfinge. Dann würde den deutschen Katholiken auch die Unterscheidung erleichtert werden zwischen Politikern, die Geschöpfe der römischen Nuntiatur in Deutschland, und Politikern, die Vertreter der religiösen Interessen des deutschen Katholizismus im Parlament sind.

## Scheidemann.

### I.

Die „Neuen Zürcher Nachrichten" sind bekanntlich ein scharf linksdemokratisch gerichtetes Blatt; in der Beurteilung deutscher Verhältnisse stehen sie den deutschen Sozialdemokraten eher noch näher als den Demokraten. In einem Leitaufsatz lassen sie durch ihren Berliner Berichterstatter J. H. die Scheidemann'schen Kriegserinnerungen „Der Zusammenbruch" (Berlin 1921) besprechen. Scheidemann ist diesem Kritiker „ein typischer Vertreter der Gattung der Parteibeamten aus der Epoche des alten Regime". Sein Buch gibt erneuten „Anlaß, eine Antwort auf die Frage zu suchen, die sich jeder stellt, der ihn längere Zeit beobachtet: welcher Art sind die Qualitäten, dank denen er eine so große Rolle gespielt hat und noch spielt. Das Rätsel wird um so schwieriger, als man das eine, das seinen Erfolg als Redner ausmacht, die kühle Schnoddrigkeit, den schlagfertigen Witz, in dem Buch nicht findet. Dadurch und durch die ungezähmte Eitelkeit wird der Mangel an Geistigkeit um so sichtbarer". „Alles, was schöpferisch ist, ist Scheidemann nicht gegeben." „Wer denkt da" (bei Sch.s Schilderung der Abfassung des Stockholmer Memorandums) „nicht an Schulaufsätze?" „So stiebt in dem Buche die Spreu. Das verstärkt den Eindruck, daß dem Verfasser der Sinn für das Wesentliche abgeht. Es haftet kaum ein Bild der zahlreichen Persönlichkeiten, mit denen Scheidemann zu tun hatte, immer drängt sich ärmliche Betrachtung vor".

Was über Scheidemanns Persönlichkeit sich aus seinem eigenen Buch ergibt, ist in den eben angeführten Sätzen des ihm politisch so nahestehenden Kritikers gesagt. Die Ärmlichkeit dieser Persönlichkeit hat fast etwas Entwaffnendes. Durch die Ärmlichkeit des Geistes, die aus dem Buche Erzbergers spricht, leuchtet immer noch die großzügige Politik der auswärtigen Macht, der er als Werkzeug dient, hindurch, und das wenigstens teilweise Bewußtsein, im Dienst dieser höheren Macht zu stehen, hebt auch Erzberger geistig in gewissem Sinn noch über einen Scheidemann hinaus, in dessen Blickbild außer dem eigenen höchst unbedeuten-

den Ich und dem rein äußeren Vorteil seiner Partei überhaupt nichts mehr Platz hat. Es ist kaum faßlich, wie man es überhaupt fertig bringen kann, so ziemlich den ganzen Weltkrieg durchzusprechen und dabei vollkommen jeder Erörterung des Sachlichen, um das es sich in den jeweiligen Lagen handelt, auszuweichen, wie dies Scheidemann in seinem Buch gelingt. Man wird fortwährend an einen mit dem Wind leerer Parteisprüche aufgeblasenen Schlauch erinnert; drückt man von welcher Seite immer darauf, immer blasen die gleichen Redensarten heraus: Not und Entbehrungen der Arbeiter, Schlechtigkeit des alten Regimes, und als Allheilmittel für Alles und Jedes die Demokratisierung. Alles ging schief, weil nicht von Anfang an dem „Volk“ die ihm gebührenden Rechte verliehen wurden, und alles wäre gut gegangen, wenn zur rechten Zeit demokratisiert worden wäre. Volk sind natürlich für Scheidemann die Leute, welche bei den Wahlen für Scheidemann und seine Gesinnungsgenossen stimmen. Und regiert haben vor und nach dem Kriege nicht Gesinnungsgenossen Scheidemanns, sondern bekanntlich die verruchten Alldeutschen. Oder etwa nicht?

Ach nein, das Märlein vom Einfluß der Alldeutschen erzählt man nur dem „Volke“ in Wahlversammlungen und bei ähnlichen Gelegenheiten. Im Buche Scheidemanns selbst sieht die Sache ganz anders aus. Ein Beispiel aus dem Buche Scheidemanns, wie sich die Regierung Bethmann zu den Alldeutschen und wie sie sich zu den Scheidemännern stellte, wurde schon in dem Aufsatz über Bethmann-Hollweg (S. 167) angeführt. Aus der dort erwähnten Unterredung vom 9. März 1915 seien noch zwei Sätze wiedergegeben, die Bethmann an die Herren Scheidemann und Haase richtete: „Die Ziele, die die Alldeutschen verlangten, seien Unsinn. Ich denke nicht daran, sie zu verwirklichen.“ Über die Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 14. bis 16. August 1915 veröffentlicht die Partei einen Bericht, in dem es u. a. heißt: „Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder, wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens für geboten.“ Wahnschaffe, der Vorstand der Kanzlei des Reichskanzlers, „bedauert“ diesen Satz. „Er wüßte zwar, daß der Reichskanzler dem absolut zustimme, aber bei einer Verbreitung des Zirkulars an die Armee würde man dadurch Schwierigkeiten mit den Militärs bekommen.“ Am 4. Dezember 1915 läßt Bethmann Scheidemann zu sich rufen, um mit ihm seine beiden am 6. Dezember vor dem Reichstag zu haltenden Reden durchzugehen; auch Scheidemann

trägt ihm das Wesentliche seiner beabsichtigten Rede vor. „So unterhielten wir uns eine Stunde und zwanzig Minuten unter vier Augen sehr angeregt,“ erzählt Scheidemann. Auch zur Beurteilung des hohen und weiten Geistes Bethmanns liefert dabei Sch. einen kleinen Beitrag. Die zweite der beiden Reden, die also verfaßt war, bevor Bethmann noch wußte, was Scheidemann sagen würde, enthielt die Sätze: „Wenn der Herr Abgeordnete Scheidemann gemeint hat, bei den Forderungen unserer Gegner handele es sich um Bluffs, so irrt er; ebenso geht er zu weit, wenn er sagte, daß die bürgerliche Presse des Auslandes der wirklichen Volksstimmung nicht entspreche.“ Scheidemann sagte ihm sofort, er habe gar nicht die Absicht, davon zu sprechen, und redete auch nichts dergleichen; trotzdem leierte Bethmann seine Antwortsprüchlein genau so herunter, wie er sie sich aufgeschrieben hatte!

In schroffem Gegensatz zu des Kanzlers „sehr aufgeräumten und überaus liebenswürdigen“ Verkehr mit den Sozialdemokraten steht sein Verhalten gegenüber Alldeutschen und Konservativen. Ein Geheimrat aus der Wilhelmstraße möchte Scheidemann am 24. Februar 1917 veranlassen, eine Rede zugunsten der Monarchie zu halten, um den Konservativen das zugkräftigste Kampfmittel gegen die mit der Wilhelmstraße doch verbündeten Sozialdemokraten, die Monarchiefeindlichkeit der Sozialdemokratie, aus den Händen zu winden. „Die Sozialdemokraten hätten keine Ahnung, wie das Argument, daß sie Antimonarchisten seien, in einflußreichen Kreisen wirke. Was weiß denn z. B. so ein General? Gar nichts!“ Der hoffnungsvolle Geheimrat liest Scheidemann am 27. Februar 1917 die Rede vor, die Bethmann im Reichstag zu halten gedenkt, und auf die Scheidemann monarchiefreundlich antworten soll, und hat vorsorglich gleich einen Entwurf mitgebracht, wie er sich die Rede Sch.s denkt. Der Entwurf — Sch. steckte ihn hohnlachend in die Tasche — ist zu schön, um ihn nicht wörtlich wiederzugeben. Er lautete:

„Trotz banger Not ist die gesamte deutsche Arbeiterschaft in diesem Kriege treu zu dem obersten Kriegsherrn gestanden. So treu, wie nur irgendjemand. Treuer als die Männer, die in Hotels beraten, wie sie die zivilen und militärischen Spitzen gegeneinander verhetzen könnten und wohl solche Beratungen mit einem Hoch auf den Kaiser einleiten. Von wem sind denn all die schleichenden Gerüchte ausgegangen? Von Arbeitern, von Sozialdemokraten? Die Gerüchte — ich scheue mich, sie wiederzugeben, jeder kennt sie —, die an die Ehre des Monarchen rühren. Den Kampf gegen die Monarchie hat die deutsche Sozialdemokratie und die

deutsche Arbeiterschaft nie gesucht, auch gar nicht geführt. Gegen Sie hat sie gekämpft, gegen Sie, die unter vielen Banketten und Feiern Staat, Krone und Vaterland für sich allein in Anspruch nahmen, zur Stärkung ihrer Macht. Wer hat denn so angelegentlich dafür gesorgt, daß das preußische Wahlrecht zwischen dem preußischen Staat und seiner Spitze auf der einen und den breiten Massen des preußischen Volkes auf der andern Seite bestehen bleibt? Sie wollen ja, daß wir uns gegen die Monarchie heftig und deutlich bekennen sollen, um uns auszuschließen vom Staate — und wenn Graf Westarp das Bekenntnis zur Monarchie von uns fordert, so will er das Nein hören, das die Monopolstellung seiner Partei sichert. Sie wollen ja das Alte bestehen lassen, Sie wollen die Massen nicht für den Staat gewinnen, sondern sie dem Staat entfremden und den 4. August von der Verheißung einer bessern Zeit zur lieben Erinnerung herunterdrücken."

Scheidemann meint, die Sache sei bezeichnend für die „trostlose Naivität der Geheimräte aus der wilhelminischen Ära". Darin hat er gewiß recht; man kann höchstens im Zweifel sein, ob für dieses Gemisch aus Niedertracht und Dummheit Naivität der richtige Ausdruck ist. Aber wäre es nicht ebenso trostlos naiv, dem Mann, der die trostlose Naivität der Ansichten der wilhelminischen Ära über Konservative und Sozialdemokraten so richtig erkennt, zuzutrauen, er suche ernstlich die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs in der Herrschaft des alldeutschen Geistes und des Militarismus während der wilhelminischen Ära? Der Mann und überzeugte Republikaner sollte nicht genau wissen, an was die wilhelminische Ära zusammengebrochen ist? Man beachte, nebenbei gesagt, auch das eigentümlich Jüdische, das sich in dieser Art Diplomatie der wilhelminischen Geheimräte kundgibt.

Scheidemann lacht den Geheimrat hell aus. Aber wie gegenüber den äußern Feinden des Reichs besteht auch gegenüber den innern die Antwort des B-systems auf solche Erfahrungen in einem noch stärkeren Nachlaufen. Im März veröffentlichte Scheidemann im „Vorwärts" seinen bekannten Aufsatz, es sei fünf Minuten vor 12 Uhr für die Monarchie; von Rußland winke die Revolution. „Wahnschaffe, der getreue, gescheite und sehr verständige Gehilfe des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, bat mich in die Reichskanzlei . . . Er und der Reichskanzler wüßten, daß ich gewiß nichts Böses beabsichtige, aber von der Rechten hätten sie schon allerlei hören müssen: ich predige die Revolution und wolle den Kaiser in seinen Rechten schmälern usw." „Er fand es auch

durchaus begreiflich, daß wir Sozialisten die russischen Genossen beglückwünschten, was ich in Aussicht gestellt hatte.“

Am 23. April 1917 wird Sch. noch deutlicher. „Ich fuhr ihn (Staatssekretär Zimmermann) heftig an: die Regierung solle sich überlegen, was sie schreibe, sie stehe vor einer folgenschweren Entscheidung. Wenn sie nicht Farbe bekenne, vielleicht gar nach rechts liebäugele, dann werde — zwar nicht mit den gleichen Mitteln — die Situation in Deutschland sich russisch gestalten. Was wir in der vorigen Woche anläßlich des großen Streiks erlebt hätten, werde sich wiederholen und über das ganze Land erstrecken. Bringe es die Regierung dazu, dann sei der Krieg ohnedies sehr schnell erledigt.“ Bethmann erwiderte u. a.: „Ich werde froh sein, wenn ich aus dieser Bude heraus bin.“ „Er habe sich wieder mit den Behörden herumschlagen müssen: mit dem Generalstab und dem Marinestab usw. Die hohe Generalität habe keine Ahnung vom Volke und den Zuständen im Innern.“ „Elsaß-Lothringen: Ja, ja.„ „Die Oberste Heeresleitung sei, wenn es den Frieden erleichtere, auch für eine Grenzberichtigung, wie Sch. sie schon bei Wahnschaffe vertreten hätte.“ Rietzler hatte am gleichen Tage geäußert: Vielleicht könnte die Grenzberichtigung in der Form geschehen, daß wir und die Franzosen gleichwertiges Gebiet an Luxemburg abtreten.“ „Als ich (Sch. zu Bethmann) von den innern Verhältnissen sprach und auf die Einschätzung Preußens im feindlichen Auslande zu sprechen kam, meinte er (Bethmann): „Das wird anders, darauf verlassen Sie sich!“ Wir trennten uns dann ganz freundschaftlich.“

Auf die Vermutung Scheidemanns, der Reichskanzler sei dem Hauptquartier gegenüber nicht stark genug, erwiderte am 23. Juni 1917 Zimmermann: „Das ist falsch. Was wir in der Wilhelmstraße tun können, geschieht, und wir haben den Kaiser ganz auf unserer Seite.“ Scheidemann droht dann wieder mit dem russischen Vorbild. „Wir sitzen ohnedies auf einem Pulverfaß. Ein Funke genügt, um alle Betriebe zum Stillstand zu bringen. An einen guten Ausgang des Krieges glaubt auch niemand mehr. Schluß! Das ist die Losung.“ „Zimmermann bat dann, daß ich alles das dem Reichskanzler selbst nachdrücklich sagen möge. Er sprach noch über die Dummheit der Heeresleitung, die die Kriegsstimmung in England durch das unsinnige und militärisch nutzlose Bombenwerfen über London immer von neuem anfache.“ Am 27. Juni 1917 „stellten dann dem Reichskanzler Scheidemann und David, vielleicht noch eindringlicher als schon so oft, die trostlose Lage dar, in der sich unsere Bevölkerung befände. Er gab uns

faſt in allem recht, geſtand auch zu, daß unſere Stellungnahme eine durchaus konſequente und von unſerm Standpunkt aus geſehen wahrſcheinlich die einzig richtige ſei . . ." „In ſehr gedrückter Stimmung bat er uns, was wir heute vorgetragen hätten, in einer Denkſchrift niederzuſchreiben, die er mit ins Hauptquartier nehmen wolle. Es werde einen ſtärkeren Eindruck machen, wenn er im Hauptquartier unſere Klagen ſchwarz auf weiß vorlegen könne, als wenn er lediglich referiere."

Außer der Reichsregierung ſelbſt war es während des Krieges noch drei andern Mächten in Deutſchland erlaubt, ſelbſtändige innere und auswärtige Politik zu treiben: der ultramontanen Partei — ſiehe die Abhandlung über Erzberger — dem beſitzenden Judentum durch ſeine demokratiſchen Mittelmänner Ballin, Rathenau, Warburg, Dernburg, Schiffer uſw., und dem beſitzloſen Judentum durch ſeine ſozialdemokratiſchen Mittelmänner verſchiedener Färbung. Während es den Nationalen faſt unmöglich war, mit dem Ausland in Beziehung zu treten, konnten dieſe Mächte ihre internationalen Beziehungen nach Belieben ſpielen laſſen; die Regierung unterſtützte ſie dabei noch. Päſſe erhielten ſie, wohin ſie wollten, auch wenn es den Herren von der Sozialdemokratie ſelbſt ungeheuerlich erſchien, wie z. B. folgende Stelle aus Scheidemanns Buch deutlich erkennen läßt: „Daß wir die erſte ruſſiſche Revolution, wie es in der vor Stockholm gefaßten Entſchließung des Parteivorſtandes hieß, mit leidenſchaftlicher Anteilnahme begrüßt hatten, iſt ſelbſtverſtändlich . . . Am 4. April 1917 wurde dem Vorſtand die Mitteilung gemacht, unſer däniſcher Freund, der Reichstagsabgeordnete Borgbjerg ſei im Begriff, eine Informationsreiſe nach Rußland anzutreten. Wir wußten, was das zu bedeuten hatte und beſchloſſen ſofort, ihn aufzuſuchen. Bauer, Ebert und ich reiſten nach Kopenhagen. Die Päſſe hatten Hals über Kopf beſchafft werden müſſen. Das ging nur, *wenn wir dem Außenminiſter offen herausſagten, zu welchem Zweck wir reiſen wollten.*" Und wie verhielt ſich das Auswärtige Amt gegenüber dieſer offenen Ausſprache? „Zimmermann war heilfroh! Er wünſchte uns gute Reiſe und guten Erfolg. Mit einem freiheitlichen Rußland, ſo bemerkte er, können wir uns ganz anders verſtändigen."

Die Quittung, die Scheidemann den Zimmer- und Bethmännern ausſtellte, lautete: „Als ich am 9. November 1918 von einem Arbeiter- und Soldatentrupp aus dem Speiſeſaal des Reichstages herausgeholt und gezwungen wurde, vor den verſammelten Maſſen zu reden dann, ſozuſagen aus dem Hand-

gelenk, aber doch ganz selbstverständlich für einen Sozialdemokraten, die Republik ausgerufen hatte.“

Aber Scheidemann war nicht nur mit den in der Wilhelmstraße sitzenden Mitgliedern der Reichsregierung recht zufrieden und gut Freund. Der wichtigste Botschafterposten während des Krieges war der in Neuyork. „Ich kann feststellen,“ so erzählt Scheidemann, „daß Bernstorff fast in allem, soweit der Krieg und das Kriegsziel in Betracht kommt, genau dieselbe Stellung einnimmt, wie ich auch. Das hat er, wenn nicht mit offenen Worten, so doch immerhin so deutlich zum Ausdruck gebracht, daß jedes Mißverständnis ausgeschlossen war.“ Großes Gewicht lege er (Bernstorff) darauf, daß die Demokratisierung des Reiches energisch betrieben wird.“ „Er sei vor kurzem mit dem Kaiser zusammen gewesen und habe sehr eingehend mit ihm auch über die inneren Verhältnisse in Deutschland gesprochen und die Notwendigkeit einer Verfassungsrevision betont . . . Der Zufall habe es gefügt, daß dann Ballin zum Kaiser gekommen sei. Ballin habe ohne jedwede vorausgegangene Verabredung dem Kaiser das Gleiche gesagt wie er. Daraufhin habe der Kaiser Ballin gebeten, ihm eine Denkschrift auszuarbeiten. Diesem Wunsch ist Ballin sofort nachgekommen.“

Alle Versuche von Kreisen, die den Alldeutschen nahestanden, beim Kaiser zum Gehör zugelassen zu werden, sind bekanntlich gescheitert; die Denkschriften und Bücher dieser Kreise wurden ihm nur in Berichten bekannt, die von Leuten wie Admiral Müller und ähnlichen b-systemlichen Geschöpfen erstattet wurden, man kann sich vorstellen, wie.

Der zweitwichtigste Auslandsposten während des Krieges war der in Kopenhagen. „Wie immer,“ erzählt wiederum Scheidemann, „so benutzte ich auch diesmal (Mai 1917) meinen Kopenhagener Aufenthalt zur Rücksprache mit den offiziellen deutschen Vertretern. Graf Brockdorff-Rantzau und sein wichtigster Mitarbeiter, der Handelsattaché Dr. Toepffer, der spätere Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, haben während des Krieges sich die größten Verdienste um gute Beziehungen zu Dänemark erworben“ (die bekanntlich im Frieden in dem böswilligen Raub gut deutschen Gebietes durch Dänemark ihre Krönung fanden). „Sie standen in der auswärtigen Politik durchaus in einer Linie mit uns und beurteilten vor allem den rücksichtslosen Ubootkrieg genau so wie wir.“ „Skavenius (dänischer Minister des Auswärtigen) habe immer offen mit ihm (Rantzau) gespielt, und schließlich, als der Ubootblödsinn immer toller wurde, zu Rantzau

gesagt, er werde seinen Posten aufgeben." „Rantzau ist, wie auch Graf Bernstorff, in der Einschätzung der Situation (Friedensfrage) vollkommen einverstanden mit mir." „Er sieht ganz richtig in meiner Formel „ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" einen Schutz für uns! — Sehr nachdrücklich betont er wiederholt, wie weit links er stehe, das wisse man in Berlin." „Wir schieden voneinander wie gute Freunde." „Dr. Toepffer befürchtete einen ernsthaften Konflikt zwischen Deutschland und Dänemark in kürzester Zeit, wenn nicht schleunigst den Militärs bei uns Zügel angelegt würden. Es gäbe vielleicht Militärs in Deutschland, die es gerne sähen, wenn wir Dänemark in drei Tagen „eroberten" und unsere Kriegsschiffe nach Kopenhagen schickten. Irgendein ochsiger General, der als Gouverneur dann Dänemark verwalte, werde sich gerne bereit finden."

Scheidemann streift bei dieser Gelegenheit auch einen der Gründe, weshalb der Ubootskrieg nicht zu dem erhofften Erfolge führen konnte. Zimmermann hatte schon vor Scheidemanns Reise nach Kopenhagen am 23. April 1917 Scheidemann gesagt, „er wolle eintreten für eine Schonung der Schiffe, die nach Holland und Dänemark fahren; die Neutralen sollten geschont werden, so lange und so weit es die Führung des Ubootkrieges überhaupt gestatte." Dr. Toepffer forderte, „die dänische Schiffahrt sowohl von der Küste aus wie über Bergen (nach England für Butter- und Schinkenausfuhr) müsse freigegeben werden." Scheidemann telegrafierte darauf sofort an Zimmermann nach Berlin: „... Bitte dringend angesichts der Stimmung in deutschen Arbeiterkreisen, alles aufzubieten, um diese Mindestzugeständnisse durchzusetzen." „Mein Eingreifen", schließt Sch. den Abschnitt, „ist erfreulicherweise nicht ohne Erfolg geblieben." Weite Kreise Deutschlands glaubten bekanntlich, der rücksichtslose Ubootkrieg werde wirklich „rücksichtslos" geführt.

Über die Frage der von der Obersten Heeresleitung verlangten Fortsetzung des Ubootkrieges im Oktober 1918 „wurden übrigens auch deutsche Diplomaten gehört. Graf Brockdorff-Rantzau aus Kopenhagen, Rosen aus dem Haag und Graf Wolff-Metternich aus Wien; alle drei stimmten darin überein, daß keinerlei Aussicht auf Friedensverhandlungen bestände, falls man den Ubootkrieg fortsetze." „Erfreulich waren in diesen Auseinandersetzungen stets die klaren Darstellungen des Grafen Rödern, der sich dort als klug wägender und entschlossen handelnder Mann erwies."

Auch wie er und die Reichsregierung die Alldeutschen und

ihren Einfluß einschätzten, verrät uns Scheidemann. Als am 14. April 1917 in Gegenwart Wahnschaffes und Rietzlers (von der Reichskanzlei) „die Rede auf die Fuhrmann und Reventlow kam, meinte Wahnschaffe: das Häuflein wird ja wohl jetzt sehr klein geworden sein. Rietzler sagte: die sind alle reif für ein Panoptikum".

Die Verlogenheit des demokratischen und sozialdemokratischen Geredes, die Politik des Reichs sei im Kriege unter dem Einfluß der Alldeutschen gestanden, kann wohl nicht gründlicher dargetan werden, als es von Scheidemann in seinem Buche geschieht. Die Vorausfage, auf deren Eintreffen Scheidemann so stolz ist, unter einer derartigen der Sozialdemokratie gefügigen Reichsregierung, deren Träger von den kriegführenden Generalen mit Vorliebe als Ochsen und dummen Kerlen sprechen, werde Deutschland den Krieg niemals gewinnen, war wahrhaft nicht schwer, wenn man so tiefen Einblick in diese Regierung hatte wie Scheidemann und gleichzeitig wie er hohnlachend beobachten konnte, wie leichtsinnig und frevelhaft stets alle Warnungen nationaler Männer vor dieser Regierung von dem gesamten deutschen Bürgertum und den oberen Schichten während des Krieges abgelehnt oder entrüstet zurückgewiesen wurden.

Aber von den Generalen, militärisch, wie es Scheidemann so gerne wahr haben möchte, war der Krieg auch im Oktober 1918 noch nicht verloren, und auch dafür liefert uns Scheidemann selbst die Belege.

So gibt er in seinem Buch einen Divisionsbefehl vom 14. August 1918 wieder, den er dem parlamentarischen Prinz-Max-Kabinett im Oktober 1918 vorlas. Darin heißt es u. a.:

„Das Unglück am 8. August ist entstanden durch den dicken Nebel, unter dessen Schutz die massenhaften Tanks in unsere Linien und unseren Rücken gelangen konnten. Sobald es hell wurde, wurden die Tanks zerschossen, und der Engländer konnte bei uns (St. Quentin) wie an der ganzen deutschen Front am 8. und an den folgenden Tagen keine nennenswerten Fortschritte mehr machen. In jener verhängnisvollen Lage sind von Angehörigen aller Regimenter usw. unvergeßliche Heldentaten vollbracht worden . . . Leider haben aber auch viele Soldaten der Division ihre Pflicht nicht erfüllt. Alle diejenigen, die nicht Front gemacht haben, als der Feind sie nicht mehr drängte, . . . die die Front für den Feind freimachten und die Bagagen oder Peronne oder sonst einen sicheren Ort aufsuchten, haben ihre Pflicht schwer verletzt . . . Aber ganz ehrlos und vaterlandsverräterisch haben

dte gehandelt, die ihre Waffen fortwarfen, um schneller fortzukommen und um nicht wieder in den Kampf geführt werden zu können."

„Als im Kabinett die Frage erörtert wurde, ob man außer Ludendorff, der einig gehe mit Hindenburg, auch noch andere Heerführer über die Situation hören sollte, wurde erklärt, daß Hindenburg und Ludendorff sofort zurücktreten würden, falls man andere frage. Daran hat sich das Kabinett indes nicht gekehrt, sondern auch die Generale Mudra und Gallwitz um Auskunft ersucht." „Mudra und Gallwitz bekannten beide stolz, daß sie von derartigen Dingen (wie in dem oben angeführten Divisionsbefehl) in ihrem Befehlsbereich nichts zu spüren bekommen hätten."

„Absolut unverständlich war uns allen das Verhalten Ludendorffs. Erst der dringlichste Ruf nach schnellstem Waffenstillstand und nachher der Versuch, die Geschichte halb so schlimm darzustellen und uns die Möglichkeit vorzutragen, daß man noch weiterkämpfen könne." „Der Kriegsminister Scheuch brachte dann am nächsten Morgen eine Aufstellung mit, nach der er tatsächlich wiederum 600 000 Mann der Front zuführen wollte." Nun „sieht Ludendorff bereits wieder vertrauensvoll in die Zukunft, ja er behauptet, nun wieder hoffnungsfreudig sein zu können". „Wir seien fein heraus, wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinwegkommt." „Selbstverständlich wandte tch (Scheidemann) mich auf das allerentschiedenste gegen die Pläne Ludendorffs. Von außen gekommene Anregungen, das Volk aufzurufen (Levee en masse) fanden im Kabinett auch nicht die geringste Gegenliebe, jeder sah die Unsinnigkeit solcher Vorschläge ein."

Generalquartiermeister Gröner (der parlamentarische Nachfolger Ludendorffs) berichtete nach Scheidemann am 5. November 1918: „Bataillonsstärke an der Westfront: Franzosen 600 Mann, Engländer 700, Amerikaner 1200, Deutsche 500 Mann." (Viel anders war das Verhältnis während des ganzen Krieges nicht.) „. . . Wir müssen weiter zurück, um einen Durchbruch zu verhüten. Einige Divisionen schlagen sich glänzend, andere versagen. Immer wieder wird gemeldet, daß die neuen Truppen die Stimmung verschlechtern. Obwohl auch die Angriffe der Franzosen schwächer werden, halten unsere Truppen nicht mehr stand. Der Kern des Heeres sei noch gut, aber — —."

Scheidemann über den 9. November: „Ein einziges entschlossenes Offizierskorps, und die mutigen Männer wären er-

ledigt, ja vielleicht die ganze Bewegung noch einmal erstickt gewesen."

Die Lage ist hier ganz klar gezeichnet. Die Wühlarbeit der Scheidemänner und ihrer weiter rechts und weiter linksstehenden Freunde hatten einen Teil des Heeres, besonders die frischen Truppen, die am längsten ihrer Einwirkung ausgesetzt waren, zermürbt; ein anderer Teil war noch gut und schlug sich glänzend. Die Lage war ganz ähnlich wie in Frankreich, als die französischen Angriffe an der Aisne und in der Champagne im Mai 1917 unter schwersten Verlusten zusammengebrochen waren. Große Teile des Heeres meuterten; rote Fahnen und Soldatenräte tauchten auf. Aber der französische Oberbefehlshaber General Petain rief nicht nach einem parlamentarischen Kabinett, sondern griff mit eiserner Hand ein. Wenn nur ein Teil der Truppen noch gut ist, läßt sich erfahrungsgemäß in solchen Lagen die Zucht wiederherstellen, sobald die Truppen die kraftvolle Hand eines willensbewußten, von Schwanken freien Führers über sich spüren. Militärisch gaben die militärischen deutschen Sachverständigen die Sache nicht verloren; aber es steckte bedauerlicherweise in ihnen sehr viel weniger „Militarismus" als in ihren französischen Kollegen; sie hätten in dieser Lage die Heimatspolitiker der Wilhelmstraße niemals zu Worte kommen lassen dürfen. Kleine zuverlässige Truppenteile in den Hauptstädten Deutschlands — in Berlin nach Scheidemann ein einziges Offizierskorps — hätten genügt, um dort die Wühler im Zaum zu halten, und an der Front hätten sich auch die weniger festen Truppen zusammengerissen und an die festeren angelehnt, wenn beide zum erstenmal eine einheitliche, zielbewußte und entschlossene Führung über sich gefühlt hätten. Hielt sich Ludendorff an der Front für unentbehrlich, hätte er ein Kabinett Reventlow oder ein ähnliches einsetzen müssen und ihm die benötigte kleine Truppenmacht für Aufrechterhaltung der Ordnung in der Heimat zur Verfügung stellen müssen; jeder von uns hätte ihm die Ordnung geschaffen. Aber er ließ die politische Macht den Leuten, denen er sie am allerwenigsten hätte lassen dürfen, in dem törichten Wahne, diese hätten ihre Anhänger in der Gewalt und würden die Gewalt zum Nutzen des Vaterlandes verwenden. Die politischen Sachverständigen, die Payer, Erzberger, Scheidemann, nicht die militärischen, gaben, wie schon in der Ubootsfrage, den Krieg verloren und führten das namenlose Unglück des wehrlosen Zusammenbruches über das deutsche Volk herauf.

Mit der Errichtung der Republik waren die Scheidemänner am Ziel ihrer inneren Politik angelangt; „das Volk hatte auf der ganzen Linie gesiegt", wie Scheidemann am 9. November der Menge verkündete, an dem Tag, der das Volk auf Jahrzehntelang in die Lohnsklaverei des Auslands stürzte. Was waren die Erfolge der äußeren Politik, welche die Sozialdemokratie während des Krieges getrieben hatte, nicht nur durch Beeinflussung der Wilhelmstraße, sondern auch auf eigene Faust? Ziel derselben war der „Scheidemannfrieden".

„Ich begann schon Ende 1914 eine Versammlungstour durch viele Großstädte, mit dem Programm: Für einen Frieden der Verständigung." Öffentlich wurden die Forderungen der Partei niedergelegt in dem schon einmal erwähnten Bericht über die Parteisitzung im August 1915. Sie lauteten auf Erhaltung der alten Grenzen und des Kolonialbesitzes Deutschlands und aller übrigen Länder, auf die offene Tür, Freiheit der Meere und sonstige wirtschaftliche Freiheit, Verwerfung jeder deutschen Eroberungsabsicht, Wiederherstellung Belgiens, Einrichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes für alle Völkerstreitigkeiten. Als Pole der sozialdemokratischen Politik bezeichnet Scheidemann einerseits die Abwehr der Vernichtung Deutschlands und andererseits den Kampf gegen die Umwandlung des deutschen Verteidigungskrieges in einen Eroberungskrieg." Am 29. Mai (1915) hatte ich in einer Reichstagsrede gesagt: „Das höchste und wertvollste Recht für jedes Volk ist in unseren Augen das Recht der Selbstbestimmung" . . . „Und drei Jahre später, auf der Höhe unserer militärischen Erfolge: „Grundsätzlich sind wir Sozialdemokraten Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen" . . . „Also ein durchgängiger Wille zum Verständigungsfrieden sans phrase." „Die folgerichtige Krönung unserer aufreibenden Arbeit für den Verständigungsfrieden war die Entschließung des Parteiausschusses (vom März 1917), in der zum erstenmal in Deutschland unter Übernahme des russischen Revolutionsprogramms die Formel „Ohne Annexionen und Entschädigungen" von einer politischen Partei angenommen wurde, die auf dem Boden des Verständigungsfriedens stand."

Nun ist Eines wohl auch für ein einfach gebautes Gehirn klar: Liebe, Freundschaft und Verständigung sind Dinge, die man nicht einseitig treiben kann; es gehören zwei dazu. Man kann, was man ist und was man hat, einem anderen opfern; zur Liebe und Verständigung zwingt man ihn damit nicht; man vermag nicht einmal seinen Haß damit zu mindern, wenn derselbe irgend-

wie tiefer sitzt. Werfe ich einem geliebten Mädchen, dessen unüberwindliche Abneigung gegen mich feststeht, mein Hab und Gut hin, so bin ich ein Narr; aber es ist schließlich meine Sache. Tue ich aber dasselbe mit dem Hab und Gut meines Nächsten, vielleicht sogar meiner Kinder oder meines Mündels oder sonstiger Menschen, für die ich mehr oder weniger verantwortlich bin, so ist das nicht mehr nur eine Narretei, sondern wird nach den Gesetzbüchern aller Länder als gemeines Verbrechen gewertet.

Scheidemann und seine Genossen hatten reichlich Gelegenheit, sich über die Gesinnung der Völker zu unterrichten, mit denen sie Verständigung suchten, „Völker" hierbei durchaus im sozialdemokratischen Sinn des „wirklichen" Volkes — davon später — gemeint. Scheidemann berichtet in seinem Buch ausführlich darüber. Gleich zu Anfang des Krieges, am 31. Juli 1914, fuhr Herman Müller, der spätere Reichskanzler, nach Paris, „um Stimmung zu machen für eine einheitliche Abstimmung bzw. für einheitliche Erklärungen im Reichstage und in der französischen Deputiertenkammer". Er vertrat in Paris den Standpunkt: „Die deutsche Regierung, insbesondere Bethmann Hollweg und der Kaiser seien für Aufrechterhaltung des Friedens bemüht. Die Entscheidung liege in Petersburg." Die Franzosen erklärten: „Wenn Frankreich von Deutschland angegriffen werden sollte, so müßten die französischen Genossen für das Kriegsbudget stimmen." „Unsere französischen Genossen sahen, für den Fall, daß Frankreich in den Krieg einbezogen würde, Frankreich als das vom deutschen Militarismus angegriffene Land an und meinten, daß sich Frankreich deshalb in einer anderen Situation befände als Deutschland." „Man würde in Frankreich ganz allgemein Deutschland die Schuld geben, wenn es zum Kriege käme." Auch die Erklärung Müllers, bei einer Aussicht auf eine gemeinsame Stimmenthaltung in beiden Parlamenten sei es seiner persönlichen Meinung nach ausgeschlossen, daß die deutsche Fraktion für die Kriegskredite stimmen würde, fand keinen Widerhall. „Der Verlauf der gesamten Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß die französische sozialistische Fraktion in der Kammer für die Kriegskredite stimmen würde."

Für die französischen Sozialisten war also Frankreich von allem Anfang an das Vaterland, das auch von französischen Arbeitern unter allen Umständen geschützt werden müsse, und Deutschland unter allen Umständen der Angreifer und der Feind. Unmittelbar darauf schickte die deutsche Sozialdemokratie Abgesandte in das neutrale Ausland. „Janssen konnte in Stock-

holm nicht sehr viel ausrichten, weil Branting von Beginn des Krieges an sehr ententistisch gesonnen war.“ „Südekums Mission wurde von den italienischen Sozialisten sehr unfreundlich aufgenommen; erreicht wurde in Italien nicht das geringste. Mehr Glück hatte ich in Holland.“ Scheidemann schreibt es sich zu, wenn die holländischen Genossen und ihr Parteiblatt Neutralität hielten. Aber ganz Holland hielt Neutralität, und ganz sicher nicht wegen Scheidemann. Wäre er nicht hingegangen, so wären die Genossen der Weisung der holländischen Regierung, Neutralität zu halten, höchstwahrscheinlich ebenso nachgekommen. Von der Gesinnung der holländischen Genossen und dem Einfluß Scheidemanns auf sie wird später noch die Rede sein.

Im Februar 1917 telegraphierte Samuel Gompers, der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften, an Legien, er möge die deutsche Regierung von einem Bruch mit Amerika abhalten. Die deutschen Sozialdemokraten antworteten: „Die deutsche Arbeiterklasse hat seit Kriegsbeginn für den Frieden gewirkt und ist gegen jede Kriegserweiterung. Die Ablehnung des deutschen aufrichtigen Angebots sofortiger Friedensverhandlungen, die Fortsetzung des grausamen Aushungerungskrieges gegen unsere Frauen, Kinder und Greise, des Feindes offen eingestandene, auf Deutschlands Vernichtung gerichtete Kriegsziele haben die Verschärfung des Krieges herausgefordert. Eine Einwirkung meinerseits auf die Regierung ist nur erfolgversprechend, wenn Amerika England zur Einstellung des völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieges veranlaßt. Ich appelliere an die amerikanische Arbeiterschaft, sich nicht als Werkzeug der Kriegshetzer gebrauchen zu lassen und nicht durch Befahren der Kriegszone den Krieg zu erweitern. Die internationale Arbeiterschaft muß unerschütterlich für sofortigen Frieden wirken.“ Wie einsichtig die Parteileitung sein konnte, wenn sie wollte! Zu dem „Volke“ hat sie immer ganz anders gesprochen! Die Amerikaner haben offenbar darauf nicht mehr geantwortet. Scheidemann schreibt lediglich: „Wie Gompers später die Kriegshetze gegen Deutschland und besonders gegen die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft betrieben hat, ist bekannt. Diese Tätigkeit Gompers gehört mit zu den schwärzesten Kapiteln der modernen Arbeiterbewegung.“

Am ausführlichsten verbreitet sich Scheidemann über seine diplomatischen Erfolge in Stockholm im Juni 1917. Seine rückhaltlose Schilderung, wie schändlich sich die deutschen Genossen dort von den anderen behandeln ließen, ist anerkennenswert. Man

begreift da ohne weiteres, woher die Entente den Mut hatte, gegen die Genossen so grundschlecht zu verfahren, als sie Kanzler und Minister geworden waren. Mit welchem diplomatischen Rüstzeug die verbündeten mittelmächtlichen Genossen von vornherein auf die internationale Konferenz gingen, zeigt eine Äußerung des Österreichers Adler, der auf einer Art Vorkonferenz am 23. Mai 1917 in Kopenhagen in Gegenwart Borgbjergs, Staunings, Nina Bangs, Janssons, Andersens und Scheidemanns erklärte: „Wir den Krieg fortsetzen? Ich bitte, wir können ihn gar nicht mehr fortsetzen und wir wollen auch gar nicht. Das kann ich wirklich autoritativ für ganz Österreich feststellen. Ich weiß ganz genau, daß der Kaiser und Czernin unter allen Umständen Frieden haben wollen.“

In Stockholm läßt am 4. Juni Troelstra in seiner Begrüßungsrede „durchblicken, daß es uns als den „Hauptangeklagten“ am schlimmsten ergehen werde“. Dann sprachen Ebert und Scheidemann. „Nach mir (Scheidemann) hielt van Kol (Holländer) eine wirklich sehr dumme Rede gegen Deutschland, seine Regierung und seine Sozialdemokraten, weil alle Schuld am Kriege bei diesem liege. Die ganze Ententeargumentation trug er kritiklos vor.“ (van Kol aus Holland, wo Scheidemann doch so viel Glück hatte!) Branting sprach in ähnlicher Weise, natürlich nicht so töricht wie van Kol, aber noch ententefreundlicher.“ Ebert wirft in der Debatte die Frage auf: „Sei die Konferenz ein Anklagetribunal oder sei sie zur Herbeiführung einer Verständigung berufen?“

Am 7. Juni hielt David eine zweistündige Verteidigungsrede gegen Kol und Branting. „Nachdem er eine halbe Stunde geredet, ging Branting (!).“ Später heißt es noch einmal (am 12. Juni): „Wie gewöhnlich entfernte sich Branting.“ Nach der Verteidigungsrede sprach der Vorsitzende Troelstra David seine Bewunderung aus und dann „gingen wir nach einigen einfältigen Bemerkungen van Kols auseinander“. In dem Zeitungsbericht über ihre Reden, die David und Scheidemann anzufertigen hatten, hatte Scheidemann die Rede Davids „sehr eindrucksvoll“ genannt, was gestrichen werden mußte; auch „sollte nichts in dem Berichte bleiben, das erkennen lasse, daß die Komiteemitglieder mit uns debattiert hatten“.

Der Schlußstrich, den Scheidemann in seinem Buch unter die Stockholmer Konferenz zieht, sieht so aus: „Damit war die Arbeit der Vorkonferenz und — wenn die Pessimisten recht hatten — vielleicht der ganzen Konferenz zu Ende. Die meisten Partei-

Digitized by Google

freunde reisten ab, David, Müller und ich blieben noch, ohne Hoffnungen, nur um der Arbeiterschaft der Welt nicht jeden Glauben an das sozialdemokratische Gewissen der Ententeparteigenossen zu nehmen, und diesen nicht die billige Ausrede zu geben, daß wir ja die Verhandlungen abgebrochen hätten."

Also Erfolglosigkeit der sozialdemokratischen auswärtigen Politik auf der ganzen Linie, mit welchen Staaten nur immer die sozialdemokratischen Diplomaten in Beziehung traten! Es fehlt unter diesen Staaten noch Rußland, über das Scheidemann nur nebenbei einige Worte sagt: „Ich schließe diese Darlegungen (zum Frieden von Brest-Litowsk) unserer leider so spärlichen und wenig fruchtbringenden Beziehungen zum revolutionären Rußland."

* * *

Der Eigentümlichkeit, in den Beziehungen zum Auslande stets das Geringstmögliche an Erfolgen und das Höchstmögliche an Mißerfolgen zu erreichen, blieben die Scheidemänner bekanntlich auch treu, als sie die Herren in Deutschland geworden waren. Alle ihre Versprechungen, sie vermöchten dem deutschen Volke als Demokraten ganz andere Dienste zu leisten als die bisherigen kaiserlichen Machthaber, zerflossen vor der Wirklichkeit in eitel Wasser. Wie stehen die Scheidemänner überhaupt zu dem Volke, dem sie dienen zu wollen vorgeben? Haben sie sich überhaupt jemals mit der Frage abgegeben, was kommt dem Volke zugute, oder läuft bei ihnen die Betrachtungsweise jeder Lage nicht vielmehr immer darauf hinaus, zu fragen, welche Behandlung bringt uns unserem Ziel, die Herren in Deutschland zu werden, näher, ganz einerlei, wie das Volk dabei fährt, und ohne jedes hinter der Herrschaft stehende höhere Ziel? Was ist für Scheidemann überhaupt „Volk"? Das Blut ist jenen „Volks"vertretern, die eben frisch aus Rußland oder Galizien angelangte Vollblutjuden sofort als Volksgenossen und Führer ihrer selbst und Oberführer der deutschen Arbeiter willkommen heißen, selbstverständlich kein Merkmal der Volkszugehörigkeit. Sie stimmen Bethmann beifällig zu, wenn er Belgien „ein Land mit einer vollkommen fremden, auch sprachfremden Bevölkerung" nennt. Von der Deutschblütigkeit der Wallonen, die nur verwelschte Rheinfranken sind, wissen diese Demokraten selbstverständlich nichts. Aber von dem harten Ringen der rein deutschen und eine rein deutsche Mundart sprechenden vlämischen Arbeiter- und Bürgerschaft um ihre Freiheit von der wallonisch französischen Unterdrückung könnten sie etwas wissen. Aber die Vlamen erhofften ja ihre Befreiung von einem Sieg

Deutschlands; also lächelt man überlegen und stellt während des Krieges die vlämische Bewegung als eine künstliche alldeutsche Mache hin. Nachdem trotz des deutschen Zusammenbruchs und trotz des französischen Bündnisses mit Belgien die Bewegung sich immer mehr Bahn bricht, kann man sie zwar nicht mehr leugnen; aber übrig hat man nach wie vor für diese Volksgenossen nichts; die Millionen deutscher Arbeitergroschen, die ins Ausland wandern, gehen zu streikenden Engländern oder zu den Russen.

Was ist für Scheidemann Volk? Volk waren zunächst für Scheidemann die Arbeiter, die am 28. Juli 1914 in Berlin gegen den Krieg demonstrierten, die anderen sind „patriotische Schreier“, auch wenn sie die Mehrheit haben. „Unsere Demonstration war gewaltig, vermochte aber nicht dauernd das Übergewicht über die patriotischen Schreier, die zumeist Schüler waren, zu behalten.“ Auf welcher Seite mehr Jugendliche zu sein pflegen, ob bei nationalen oder bei sozialistischen Straßenkundgebungen, kann jeder beurteilen, der einmal solchen Kundgebungen beigewohnt hat. „Volk“ waren für Scheidemann ferner die Ubootskriegsgegner. „Auf einer großen Versammlungstour (Anfang 1917) . . . konnte ich einwandsfrei und beim wirklichen Volk feststellen, daß die Stimmung im Lande (gegenüber dem Ubootskrieg) allmählich unter den Nullpunkt gesunken war.“ „Volk“ sind bei ihm ferner die Anhänger des Demokratisierungsgedankens. Er spricht anläßlich des Aprilstreikes 1917 von der „ungeheuren Mehrheit des Volkes, die als einzig möglichen Weg den gegen rechts gegangen wissen wolle: Frieden, Brot und konsequente Demokratisierung“. „Die Psyche des Volkes sei eine andere geworden während des Krieges“; „solange nicht vollkommen gleiche Rechte eingeführt seien, werde keine Ruhe ins Land kommen“. Nach Frieden und Brot sehnte sich damals tatsächlich das ganze Volk, jene Demokraten und Parteifreunde Scheidemanns vielleicht ausgenommen, die noch nicht reich im Kriege geworden waren und es in den folgenden Jahren noch zu werden hofften und auch geworden sind. Nach konsequenter Demokratisierung verlangte auch damals im Innersten ihres Herzens und in wirklichem Begreifen der Forderung nur eine kleine Minderheit herrschaftslüsterner Demokraten und Sozialdemokraten. Für die dafür auf die Straße gehetzte Menge der Arbeiter war die Demokratisierung ein ebenso leeres Schlagwort wie die Gleichheit aller Rechte; sie hatten gemäß den Lehren ihrer Führer die unklare Vorstellung, mit der Erfüllung dieser Forderungen würde ihnen Frieden und Brot zuteil. Was es damit für eine Bewandtnis hatte, erfuhren die deutschen Arbeiter

an der Art Frieden und der Art Brot, die ihnen die von den Scheidemännern durchgeführte Demokratisierung beſcherte.

Am deutlichſten wird Scheidemann, wenn er von der „täglich wachſenden Not des Volkes, alſo der Parteigenoſſen im weiteſten Sinne" ſpricht. „Volk" ſind für ihn einfach die Leute, die auf die ſozialdemokratiſchen Irrlehren bereits hereingefallen ſind oder ihm reif zum Hereinfallen ſcheinen; wo immer er eine nähere Begriffsbeſtimmung vom Volke gibt, iſt es eine einſeitig parteipolitiſche. Für jeden, der wirklich ein inneres Verhältnis zu ſeinem Volke hat, iſt die parteipolitiſche Geſinnung überhaupt nichts für die Volkszugehörigkeit Beſtimmendes; mit der kommuniſtiſchen Geſinnung ſchließt ſich ihm ein deutſcher Arbeiter nicht aus der Volksgemeinſchaft aus und mit der deutſchnationalen Geſinnung reiht ſich ihm ein Jude nicht in die Volksgemeinſchaft ein. Für jeden, der auch nur eine Spur wirkliches völkiſches Empfinden beſitzt, iſt das Volk ein Ganzes und die ſozialiſtiſchen Arbeiter ſind ein Teil davon; nur die deutſchen Sozialdemokraten haben Volksführer, denen der ſozialdemokratiſch, d. h. ſie wählende Teil des Volkes das Volk, das Ganze ſind, und die übrigen Volksteile rückſtändiges Geſindel, Bourgeois, die ſich vom Schweiße des Arbeiters mäſten und am beſten mit Stumpf und Stiel ausgerottet würden, ſoweit ſie ſich nicht noch zur Führerſchaft der Scheidemänner und Cöhne bekehren laſſen ſollten. Solange der deutſche Arbeiter ſo denkt, ſind die Scheidemänner und Cöhne der Befürchtung enthoben, er könne einmal auf den Gedanken kommen, ſich aus anderen Kreiſen politiſche Führer zu ſuchen als aus denen jüdiſcher Rechtsanwälte und Parteiſekretäre gewordener Handwerker, denen die Politik ein beſſeres Einkommen verſprach als das Handwerk. Oder iſt ſchon einmal einem ſozialdemokratiſchen Führer der Ruf beſonderer Tüchtigkeit in ſeinem Handwerk vorangegangen? In allen andern Parteien gab es politiſche Führer die Menge, die auch in ihrem gelernten Berufe Ausgezeichnetes geleiſtet haben.

Scheidemann ſpielt ſich in ſeinem Buche beſonders gern als Anwalt der „Volks"teile auf, die in „Not" waren. Not herrſchte im Kriege und nachher tatſächlich in weiten Kreiſen, die bitterſte in jenen feſtbeſoldeten Mittelſtandskreiſen und in jenem Kleinbürgertum, das nicht ſozialdemokratiſch zu wählen pflegt. Aber wenn Scheidemann in beſonders eindringlichen Tönen die Not des Volkes aufmarſchieren läßt, handelt es ſich immer um Teile des Volkes, die beſſer verſorgt waren, als der große Durchſchnitt. Ihm müſſen Hunger und Entbehrungen als Entſchuldigung dienen für

Dinge, deren vaterlandsverräterische und volksverderbliche Wirkungen jetzt auch allmählich Arbeiter einzusehen beginnen. Er schreibt z. B.: „Aus einer politischen Verbitterung, wie sie an dem berichteten Fall (des Botschaftsrates Baron von Eckardstein; darüber wird sich der Berliner Arbeiter aufgeregt haben!) abgelesen werden kann, und aus Lebensmittelnöten . . . entstand der erste Massenstreik im April 1917." Wahnschaffe gegenüber lehnten Scheidemann und Genossen jeden Versuch, den Streik zu verhindern, ab und erklärten: „Ursache sei der Hunger." Es streikten ungefähr 125 000 Männer und Frauen der Munitionsindustrie. Nun gab es doch wohl damals im ganzen Volk, soweit es sich von körperlicher und geistiger Arbeit und nicht von Schieberei, Wucher und Kriegsgesellschaftsbeteiligung nährte, keinen besser versorgten und weniger unter Hunger leidenden Stand als den der Munitionsarbeiter, die während des ganzen Krieges wie rohe Eier angefaßt wurden. Von den Nöten des Feldzugs hatten diese in der Mehrzahl stets in der Heimat Gebliebenen überhaupt nichts gespürt. Aber ganz ähnlich war es ja auch mit den Meuterern im Felde. Nicht die meuterten, wie die Dichter des Pazifismus in ihren Dramen und Romanen es darstellen, die die furchtbaren Schrecknisse des Krieges jahrelang durchkostet hatten. Die erste Meuterei 1917 ging von Matrosen aus, die noch keine Schlacht erlebt und auch nie im Schützengraben gelegen hatten, die besser und reichlicher ernährt waren als alle Landsoldaten. Alle späteren Meutereien wurden von frisch an die Front geworfenen, nicht durch Erlebnisse im Feld, sondern durch Hetzereien in der Heimat aufsässig gewordenen Leuten angezettelt. Wie wenig ernst die Ausrede des Hungers zu nehmen war, zeigt die Resolution der streikenden Leipziger Arbeiter — ebenfalls Munitionsarbeiter! — vom April 1917: „Die Versammlung verlangt sofortige hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohlen: sie verlangt weiter: Erklärung sofortiger Bereitschaft zum Frieden ohne jede Annexion; Beseitigung des Belagerungszustandes und der Zensur; Abschaffung des Hilfsdienstgesetzes, freies und gleiches Wahlrecht in allen Bundesstaaten." Wem wirklich der Magen knurrt, der verbindet den Schrei nach Brot nicht mit soviel rein parteipolitischen Forderungen. Die Tätigkeit der Scheidemann, Ebert, Bauer und Genossen als Regierungsberater bestand in solchen Fällen stets darin, zur „Ruhe und zum Abwarten — natürlich nicht die Arbeiter, sondern die Regierung — zu mahnen. Für den Massenstreik im Januar 1918 läßt sogar Scheidemann selbst die Lebensmittelnöte unter den Tisch fallen und führt nur mehr solche poli-

tischer Natur an: „Einen wesentlich anderen Charakter trug der Massenstreik in Berlin im Jahre 1918. Die Zustände für die werktätige Bevölkerung waren direkt unerträglich geworden . . . Der Belagerungszustand wird wieder schärfer gehandhabt. Versammlungen der Arbeiter werden verboten; in Schlesien sollen sogar Betriebswerkstättenversammlungen 10 Tage zuvor angemeldet werden. Zeitungen werden unter schärfere Zensur gestellt. Der „Vorwärts" wird mehrfach hintereinander verboten . . . Im Osten sind die Verhandlungen ins Stocken gekommen." Das waren also die „unerträglichen Nöte der werktätigen Bevölkerung"! In einer Lage der ungeheuersten Gefahr für das ganze Volk, in einem Krieg, in dem es sich darum handelt, ob Deutschland überhaupt noch weiter bestehen soll oder ob es zerstückelt, ausgesogen, geknechtet und ins Elend geworfen werden soll, ob seine werktätige Bevölkerung in Freiheit und verhältnismäßigem Wohlstand weiterleben oder durch die Feinde versklavt, seiner sozialen Errungenschaften beraubt, von Schwarzen in Zucht gehalten werden soll, verschweigen die Scheidemänner dem „Volk" alle diese wirkliche Not und flößen ihm die Meinung ein, es sei in unerträglicher Not, weil die Preußen noch kein so fortgeschrittenes Wahlrecht haben wie die Bayern, weil Betriebsräteversammlungen 10 Tage vorher angemeldet werden sollen, weil man ein paar Versammlungen und Zeitungen verbietet, die dem für die werktätige Bevölkerung mehr wie für jeden anderen Stand draußen hart ringenden Heer in den Rücken fallen wollen, die ihm die zum Schutze der werktätigen Bevölkerung mehr als für die übrige Bevölkerung unentbehrlichen Waffen aus der Hand schlagen wollen. Den Schiebern und Spekulanten geht es auch in der besiegten und waffenlosen Restrepublik Deutschland ganz gut. Aber wenn Scheidemann von Nöten des Volkes spricht, kann man immer die Herrschaftsnöte eines kleinen Klüngels sozialistischer Parteiführer, und wenn er vom Hunger des Volkes spricht, immer deren Hunger nach Herrschaftsämtern einsetzen, ohne den Sinn des Ganzen zu stören. Draußen in den Schützengräben lag auch „Volk", das sicher mehr hungerte als die Munitionsarbeiter; aber was kümmert es die Scheidemänner, wenn davon einige Tausend mehr als sonst tot oder zu Krüppeln geschossen werden, weil durch den Streik der Munitionsarbeiter nicht genügend rasch Munition nachgeliefert werden kann? Mit den Leuten draußen kann man von der Regierung keine Zugeständnisse in der Demokratisierung, die jeden Redebegabten ohne weiteres Wissen und Können Minister werden

läßt, erpressen; aber demonstrierende Munitionsarbeiter sind gut dazu.

Die Kriegsgesellschaften, die nicht nur Regimenter Kriegstauglicher der Front entzogen, sondern mit eine der Hauptursachen der Lebens- und Bedarfsmittelnöte waren, gefährden die politischen Ziele der Scheidemänner nicht; stecken sie ja doch voll demokratisierungsgelüsterner Juden! Gegen die Mißstände dieser Gesellschaften wird gelegentlich in Volksversammlungen mit tönenden Reden losgezogen; in seinem Buch weiß Scheidemann mit keinem Wort von einem Einfluß zu erzählen, den er auf die Regierung in dieser Beziehung auszuüben auch nur versucht hätte. Ebensowenig hört man darin etwas von einem Kampf gegen Wucher- und Schiebertum. Wer das Buch Scheidemanns liest, weiß sofort, in einer von diesen Männern geschaffenen und beherrschten Republik müssen Schieber- und Wuchertum freieste Bahn haben, wie es ja auch gekommen ist.

In Leipzig und Berlin 1917 sind die Rollen noch verteilt; die Führer der Unabhängigen bearbeiten die Straße, und die der Mehrheitssozialisten ebnen den Weg bei der Regierung. Sobald die Scheidemänner merken, diese Teilung könnte ihrem Ruf bei der die Kuliffenarbeit nicht erkennenden Masse zugunsten der offen vorgehenden Unabhängigen gefährden, lassen sie die Kulissenarbeit sein und gehen mit auf die Straße. Scheidemann erwähnt im Januar 1918 verbreitete, zum Massenstreik auffordernde Flugblätter, in denen es heißt: „Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere „Durchhalter" unter keinen Umständen in die Vertretungen (Arbeiterräte, Betriebsräte und dgl.) gewählt werden"! So wollen sich die Scheidemänner bei der Revolutionsmacherei nun doch nicht beiseite schieben lassen! Die Überschrift über den unmittelbar auf dieses Flugblatt folgenden Abschnitt lautet: „Unser Eintritt ins Streikkomitee." Dieses Komitee bestand aus 11 Arbeiterdelegierten, den drei unabhängigen Abgeordneten Dittmann, Haase und Ledebour, und den drei Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes Braun, Ebert, Scheidemann. Dieser Streikleitung wurde am 29. Januar 1918 durch das Generalkommando auf Grund des Belagerungszustandes „jede weitere Zusammenkunft und jede weitere Betätigung" verboten. Die Mitglieder des Komitees mußten die Mitteilung dieses Verbotes an sie unterschriftlich bestätigen. „Ebert, der erste Reichspräsident, Bauer, der erste Reichskanzler, und ich, der erste Ministerpräsident der deutschen Republik, mußten also

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MÜNCHEN

ein Jahr vor Übernahme unserer Ämter bestätigen, daß es uns wohl bekannt sei, eine wie schwere Strafe uns treffen würde, falls wir uns weiterhin an der Streikleitung beteiligten." „In den Morgenstunden des 30. Januar waren wir bereits alle wieder versammelt, denn keiner hatte auch nur eine Minute lang daran gedacht, wegen der Drohungen mit dem Jahr Gefängnis die den Arbeitern gegenüber übernommene Pflicht irgendwie zu versäumen." „Am 31. Januar waren Hunderttausende Männer und Frauen, denen man verboten hatte, geordnete Versammlungen abzuhalten, auf der Straße. Wir hatten vereinbart, wo die Mitglieder der Streikleitung zu den Massen sprechen sollten." „Es begann nun ein Hängen und Würgen, das wenig erbaulich war. Zu irgendwelchen Verhandlungen mit der Regierung m u ß t e es aber kommen, wenn der Streik nicht sang- und klanglos zusammenbrechen sollte."

Den Abschnitt, dem die letzten Sätze entnommen sind, überschreibt Scheidemann: „Die Rolle der Unabhängigen und die Borniertheit der Regierung." Er hat ganz recht. Man stelle sich nur vor, wie ganz anders es gekommen wäre, wenn eine weniger borniert Regierung den Streik sang- und klanglos hätte zusammenbrechen lassen und die Herren der Streikleitung am 31. Januar 1918 auf ein Jahr eingesperrt hätte, wie sie es dem Gesetze nach verpflichtet war, statt den Streik zu „einem schweren Schlage für die Regierung" werden zu lassen. Das „Volk" hätte zwar dann darauf verzichten müssen, von den Herren Ebert als Reichspräsidenten, Herrn Bauer als Reichskanzler und Herrn Scheidemann als Ministerpräsidenten mit dem Frieden von Versailles und seinen Folgezuständen beglückt zu werden; dafür hätte es in einem wohlgeordneten Staat mit oder ohne Gebietsabtretungen und Entschädigungen der Feinde an uns bei erträglichen Preisen der Lebens- und Bedarfsmittel und angemessenen Löhnen ein zufriedenes Leben führen können. Aber die Regierung war ja viel zu eng befreundet mit Scheidemann und Genossen, um sie einsperren zu können.

* * *

Doch Scheidemann möge Richter seiner selbst sein. Er lehnt es ab, Vertreter und Kämpfer für das ganze deutsche Volk zu sein; für ihn sind, wie schon erwähnt, Volk nur die sozialistisch gesinnte Arbeitermasse und ihre Mitläufer. Dann erhebt sich die Frage: Ist es ihm d a m i t ernst? W i e vertritt er d i e?

Es ist schon einmal die Stelle aus seiner Schlußbetrachtung über die Stockholmer Konferenz angeführt worden: „David, Müller und ich blieben noch, ohne Hoffnungen, nur um der Arbeiterschaft der Welt nicht jeden Glauben an das sozialistische Gewissen der Entente-Parteigenossen zu nehmen und diesen nicht die billige Ausrede zu geben, daß wir ja die Verhandlungen abgebrochen hätten.“ David, Müller und Scheidemann sind ohne Hoffnung; sie glauben also nicht an das sozialistische Gewissen der Ententeparteigenossen. Aber sie wollen diesen Glauben der Arbeiterschaft der Welt nicht nehmen; also sie wollen sie im falschen Glauben lassen, oder mit anderen Worten, sie betrügen bewußt die Arbeiter. Die der Welt? Nein, das ist wiederum gelogen; denn die Arbeiter der Entente bilden ja allein schon fast ¾ der Arbeiterschaft der Welt, soweit sie als Genossen in Betracht kommen. Und die haben ja kein sozialistisches Gewissen im Sinne Scheidemanns; können also auch keinen Wert auf den Glauben daran legen. Sie beschränken ihr sozialistisches Gewissen auf den Rahmen ihrer Nation und haben außerhalb dieses Rahmens nur jenes nationalistische Gewissen, das den Scheidemännern abgeht. Aber die Ausnahme der Ententeparteigenossen allein wäre noch immer bewußter Betrug. David, Müller und Scheidemann sprechen doch von der Stockholmer Konferenz, und an der nahmen gar keine Ententeparteigenossen teil. Weil die Teilnehmer der Konferenz, die *neutralen* Parteigenossen, nicht die Spur des sozialistischen Gewissens zeigen, endet die Konferenz „hoffnungslos“. Also auch den Genossen der neutralen Länder kann der Glaube an das Gewissen, das nicht bei ihnen vorhanden ist, nicht erhalten werden. Es bleiben also von der Arbeiterschaft der Welt nur die deutschen und die deutschösterreichischen Arbeiter übrig, denen die Scheidemänner den falschen Glauben an das sozialistische Gewissen der Ententeparteigenossen erhalten wollen; nur der *deutsche* Arbeiter wird von ihnen betrogen.

Warum müssen die Scheidemänner den deutschen Arbeiter betrügen? Auch darauf gibt das Scheidemann'sche Buch klare und erschöpfende Auskunft. Weil auf dem Glauben der deutschen Arbeiterschaft an das sozialistische Gewissen der Ententegenossen allein die Bereitwilligkeit beruht, dem gesamten anderen Teil des deutschen Volkes und dem kämpfenden Heer den Dolch in den Rücken zu stoßen, und ohne diesen Dolchstoß die Scheidemänner nicht zu der Republik kommen, in der sie Ministerpräsidenten und ähnliches werden. Die deutschen Arbeiter, welche die Waffen

niederlegten und die noch zum Kampf bereiten zum Niederlegen der Waffen zwangen, haben mit verschwindenden Ausnahmen fest geglaubt, ihrem Beispiel würden sofort die Ententeparteigenossen folgen; sie wollten niemals die einzigen, sondern immer nur die ersten die Waffen Niederlegenden sein; einer müsse einmal anfangen; dann werde sich die Bewegung dank des allgemeinen sozialistischen Gewissens von selbst fortsetzen; das war ihr Gedankengang. Diese Meinung hätten sie niemals haben können, wenn die Scheidemänner ihnen die Wahrheit, die sie genau kannten, gesagt hätten.

Wie bewußt sie bei dem Betrug der deutschen Arbeiter vorgingen, mögen einige weitere Stellen aus dem Bericht Scheidemanns über die Stockholmer Konferenz zeigen.

Aus den Ländern, die sich mit Deutschland im Krieg befanden, nahm, wie schon gesagt, überhaupt niemand an der Konferenz teil. Aber ein französischer Sozialdemokrat Lasont sprach auf der Durchreise durch Stockholm mit Adler. Adler erzählte darüber Scheidemann: „Lasont sei offenbar ein geistreicher Franzose, der aber kaum Fühlung mit Arbeitern haben könne. Er hätte gar zu töricht geredet von der Notwendigkeit, den Krieg eventuell noch drei Jahre fortzusetzen, bis Straßburg wieder in französischem Besitze sei". Ein anderer französischer Sozialist, Albert Thomas, der von Petersburg kam, hatte in Stockholm am 18. Juni 1917 eine Unterredung mit Frau Bang, die unmittelbar darauf Scheidemann darüber berichtete: „Thomas habe sich ausgedrückt wie ein Mann, der weder vom Sozialismus noch von der Politik etwas wisse: eben wie ein Mensch, der nur Munitionsminister sei. Auf die Frage, ob der Krieg wegen Elsaß-Lothringen, das doch nicht erobert sei, endlos weitergeführt werden solle, erklärte er: „Elsaß-Lothringen gehöre zu Frankreich; unsere Berufung auf den statistischen Nachweis, daß 90 Prozent der Einwohner deutsch reden, beweise nicht, daß die Einwohner auch deutsch denken und fühlen." Man begreift, wenn man derartiges liest, warum die Franzosen trotz aller Niederlagen den Frieden gewannen und die Deutschen trotz aller Siege den Krieg verloren. Mit was für Ausdrücken ein Scheidemann wohl Leute belegen würde, die ihn dafür hätten gewinnen wollen, Mömpelgard (Belfort) und den ganzen ehemals deutschen Streifen entlang der Grenze für Deutschland zurückzuerobern; die Einwohner redeten zwar französisch, aber dem Blute nach seien sie Deutsche? Jene Scheidemänner, die, wie Scheidemann

erzählt, auf eine Anregung Helfferichs, der Reichstag möge eine Kundgebung für „Elsaß-Lothringen als sicheres deutsches Land" erlassen, am 1. Juli 1917 erklärten: „Für uns hat's nur Bedeutung, wenn auch gesagt wird, daß Elsaß-Lothringen ein selbständiger Bundesstaat wird." Das war also unmittelbar nach der Rückkehr Scheidemanns und seiner Genossen von Stockholm! Scheidemann fügt noch dazu: „Lange Gesichter — und es blieb alles in der Schwebe." Wäre in den deutschen Sozialdemokraten nur ein Zehntel des nationalen Geistes vorhanden gewesen, der in den französischen sozialdemokratischen Führern Lasont und Thomas steckte, so wären die Stockholmer Konferenz und die Kundgebung überflüssig gewesen; dann wäre der Krieg um diese Zeit längst von Deutschland siegreich beendet gewesen.

„In die Erörterung", erzählt Scheidemann weiter, „unserer Kriegspolitik an der Hand einer Dokumentensammlung flocht ich allerlei kleine Bosheiten hinein, indem ich beiläufig Entschließungen der französischen Sozialisten anführte usw. Zum Schluß sprach ich die große Bosheit in verbindlichster Form aus: das I. S. B. oder die jetzige Konferenzleitung würden sich große Verdienste um die Internationale erwerben und Großes zum gegenseitigen Verstehen beitragen, wenn sie ähnliche Sammlungen dokumentarischer Aktenstücke über die Friedensarbeit der Ententesozialisten herausgeben wollten."

Und ferner: „Dann sprach van Kol in so aufreizender Weise, daß ich meinen Zorn kaum bändigen konnte . . . Ich bemühte mich (nicht heftig zu werden), aber es gelang mir nicht ganz." „Wir brauchen (sagte Scheidemann) nur die eroberten Gebiete herauszugeben, Elsaß-Lothringen dazu, zahlen an alle Welt Kriegsentschädigungen, teilen unser Land auf, um es zur dauernden wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht zu verurteilen usw. usw.; und dann wird uns schließlich verziehen werden, daß wir nicht schon am 4. August 1914 direkt Landesverrat begingen zur höheren Ehre des französischen und englischen Kapitalismus und des Zaren."

Das heißt also: die Scheidemänner sind sich vollkommen bewußt, der Friedens- und Verständigungsarbeit der deutschen Sozialisten steht keinerlei gleichartige Arbeit der Ententesozialisten, in nur geringem Ausmaße eine solche der neutralen Sozialisten gegenüber. Die französischen Sozialisten insbesondere sind himmelweit von jedem Gedanken an einen Frieden der Verständigung ohne Kriegsentschädigungen und Annexionen entfernt und

— 1917! — bereit, noch drei Jahre um die Eroberung der rein deutschen Stadt Straßburg zu kämpfen. Scheidemann weiß ganz genau, der Friede, der allein auf dem Wege der Verständigung von den Feinden — auch von den feindlichen Sozialisten — unter Zustimmung der neutralen Sozialisten zu haben ist, ist ein Friede, der Deutschland die Herausgabe der eroberten Gebiete, die Herausgabe Elsaß-Lothringens, Aufteilung des deutschen Landes, dauernde wirtschaftliche und politische Ohnmacht auferlegt; Scheidemann erkennt sogar klar, dieser Friede wird weder dem deutschen noch dem französischen noch dem Weltsozialismus zugute kommen, sondern allein dem französischen und englischen Kapitalismus; der Zar wird ja wohl auch wiederkommen. Aber diese Scheidemänner kehren nicht etwa zurück und reden mit feuriger Zunge und heiligem Zorne zu den deutschen Arbeitern: Kämpft, kämpft, und wiederum kämpft, bis Ihr den Sieg errungen; keiner der Gesinnungsgenossen aus den uns feindlichen Ländern will von einer Verständigung mit uns etwas wissen; alle sind bereit, den Krieg noch jahrelang fortzusetzen, um ihrem Lande einen Siegesfrieden zu erringen, und der bedeutet für Deutschland wirtschaftliche und politische Ohnmacht, und damit für Euch Lohnsklaverei unter dem englischen und französischen Kapitalismus. Wollt Ihr Eure Hochziele verwirklichen, wollt Ihr wirklich einen Verständigungsfrieden, dann gibt es nur einen Weg dahin: ihn mit den Waffen zu erzwingen. Entweder Ihr diktiert Euren Genossen in Feindesland den sozialistischen Verständigungsfrieden, oder sie diktieren Euch den kapitalistischen Vernichtungsfrieden, der nicht nur das Reich, sondern auch jede gesunde Weiterentwicklung des Sozialismus in Deutschland und in der Welt zerstören wird.

Aber was kümmern die Scheidemänner die Hochziele des deutschen Arbeiters und die Entwicklung des Sozialismus! Sie predigen unentwegt den deutschen Arbeitern den Willen zur Verständigung und zur Beendigung des Krieges, sie wissen genau, nur sie allein predigen das den deutschen Arbeitern, die ihrer Führung vertrauen, während die Sozialistenführer der feindlichen Länder ihren Leuten den Willen zum Sieg und die Fortführung des Krieges bis zur Zerschlagung Deutschlands lehren. Diese deutschen Sozialistenführer sollten nicht gesehen haben, was sie so einseitig predigen, könne niemals zu einem Verständigungsfrieden, sondern nur zur bedingungslosen Niederlage, zur Unterwerfung unter den — ihnen genau bekannten — höchst bösartigen Willen

der Feinde führen? Verlangen die deutschen sozialdemokratischen Führer eine so ungemein geringe Einschätzung ihrer geistigen Fähigkeiten?

Es ist kaum anzunehmen.

Schon am 23. Februar 1915 hatte der Freund Scheidemanns, der Schriftleiter des „Vorwärts“, Stroebel, geäußert: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen wird.“ Im Mai 1915 ließ Liebknecht an der Front ein Flugblatt verteilen: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland. Diesen Feind gilt es zu bekämpfen.“ Am 6. September 1915 erklärte der französische Minister Sembat, Frankreich müsse den Krieg aufgeben, wenn die deutsche Arbeiterschaft bis zum Ende durchhalte. Aber glücklicherweise habe er sehr beruhigende Nachrichten, daß sich ein großer Umschwung anbahne (Bildung der U. S. P.). Am 6. November 1917 sah der „Vorwärts“ die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer sei, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands. Am 30. August 1919 sagte der Abgeordnete Haase: „Wir haben schon von Beginn des Krieges, vom Anfang des Jahres 1915 an systematisch für die Revolutionierung der Flotte gearbeitet.“ Ledebour erklärte am 17. Dezember 1918 in der Reichskonferenz der Räte: „Tatsächlich hat eine ganze Anzahl meiner Freunde, die jetzt im Vollzugsrate sitzen, schon seit 1916 die Revolution vorbereitet. Wir haben auch die Front bearbeitet.“ Der „Vorwärts“ verkündete am 20. Oktober 1918: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.“

Nicht dem Sozialismus und nicht den Hochzielen der deutschen Arbeiter standen die deutschen Siege und der angebliche deutsche Militarismus im Wege; im Gegenteil: beide waren die Voraussetzung einer Fortentwicklung der deutschen Arbeiterfürsorge, die nach einem deutschen Siege, zu dem die deutschen Arbeiter so Wesentliches mitgeleistet, einen ungeahnten Aufschwung hätte nehmen müssen. Aber der Sozialdemokratie waren sie hinderlich, d. h. jener Gruppe von Leuten von Bernstein bis Cohn, von Scheidemann bis Liebknecht, die es verstanden hatte, die deutschen Arbeiter in ihre willenlose Gefolgschaft zu zwingen. Hätte Deutschland seine Kriegsflagge siegreich heimgebracht, so wären höchstwahrscheinlich die deutschen Arbeiter um den überwältigenden Genuß, Staatsbürger einer Republik zu sein, gekommen, und es

wäre ihnen nicht das Glück zuteil geworden, Ebert als ersten Reichspräsidenten, Bauer als ersten Reichskanzler und Scheidemann als ersten Ministerpräsidenten feiern zu können. Von sonstigem Glück dürften ja die deutschen Arbeiter und das deutsche Volk nicht viel verspürt haben.

Man betrachte unter diesen Gesichtspunkten einmal die Kriegsziele der Scheidemänner: Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen und die demokratische Verfassungsreform. Um zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu gelangen, gab es nur zwei Möglichkeiten. Entweder man konnte diesen Frieden diktieren: dazu hätte man gesiegt haben müssen, und wer ihn auf diesem Weg erreichen will, muß den Willen zum Sieg predigen. Aber die Scheidemänner erklären, nie an eine Siegesmöglichkeit geglaubt zu haben, und den Willen zum Siege haben sie planmäßig bekriegt. Die zweite Möglichkeit besteht in der Bereitwilligkeit des Gegners zu dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigung. Da die Scheidemänner an dem Imperialismus der Nichtarbeiterklassen der Ententeländer nie gezweifelt haben, konnte eine derartige Hoffnung sich bei ihnen nur auf die Annahme des sozialistischen Gewissens der Ententeparteigenossen gründen. Aber diese Hoffnung konnten sie schon nach den Erfahrungen Hermann Müllers in Paris im August 1914 nicht mehr haben, und haben sie, wie ja Scheidemann selbst erzählt, ganz gewiß nach den Erfahrungen auf der Stockholmer Konferenz nicht mehr gehabt.

Nun könnte man theoretisch noch an eine dritte Möglichkeit denken, an einen Kampf nicht bis zum Siege, aber bis zur Bereitwilligkeit der Feinde, auf einen Frieden der Verständigung einzugehen. Diese Möglichkeit bestand in der Wirklichkeit nicht, auch nicht für die Scheidemänner; so wie die den Scheidemännern bekannten Verhältnisse lagen, wäre eine Bereitwilligkeit der Feinde zu dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen mit dem glatten Eingeständnis ihrer restlosen Niederlage gleichbedeutend gewesen, also mit dem völligen Siege Deutschlands. Wenn die französischen Sozialdemokraten nach den schweren Niederlagen des Sommers 1917 in Stockholm noch erklären, sie würden noch drei Jahre lang nicht etwa für einen Frieden der Verständigung, oder für die Verteidigung ihres Vaterlandes, sondern um die Eroberung der deutschen Stadt Straßburg kämpfen, dann weiß auch der dümmste Pazifist, diese Leute werden zu einer „Verständigung" nur bereit sein, wenn sie *geschlagen* sind.

Wenn aber Scheidemann am 15. Mai 1917 der Regierung drohte: „Würden heute die englische und die französische Regierung so, wie es die russische (die eben so gut wie b e s i e g t war! v. L.) Regierung schon getan hat, auf Annexionen verzichten und würde die deutsche Regierung statt durch den gleichen Verzicht den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie die Revolution im Lande", so hat das nicht das mindeste mit Friedensliebe zu tun, sondern entspringt lediglich dem Willen, Deutschlands Kriegsflagge um keinen Preis siegreich heimkehren zu lassen.

Aber es werde einmal theoretisch angenommen, Scheidemann glaube an einen Kampf bis zum gleichmäßigen Friedenswillen auf beiden Seiten. Dann ergäbe sich daraus die selbstverständliche Pflicht, die Arbeiter zum Kampf bis zu diesem Grad der Mürbheit der Feinde aufzupeitschen und sie ständig auf die Notwendigkeit des Kampfes bis zu mindestens diesem Grad hinzuweisen. Haben das die Scheidemänner getan? Gewiß nicht. Im Gegenteil. Es gab einen Augenblick — einen recht langen, er hat fast einen Monat gewährt —, in dem jeder Sozialistenführer — und auch Scheidemann gibt das in seinem Buche zu — sah, der Verständigungsfriede ist aufs höchste bedroht, nicht durch den preußischen Militarismus und die alldeutschen Annexionisten, sondern durch den französischen und englischen Militarismus und die Ententeannexionisten, und nur eine letzte Anstrengung aller Kräfte könnte noch das Kriegsziel der Scheidemänner, den Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen retten. Und die schon einmal erwähnte, von Ebert, Scheidemann, Molkenbuhr, Pfannkuch, Weis, O. Braun, David, Bartels, H. Müller, Gradnauer, Krätzig, R. Fischer und Gerisch unterschriebene Denkschrift des 27. Juni 1917 schließt mit den Worten: „Nur wenn in den Massen des Volkes die Überzeugung fest verankert wird, daß das Vaterland, für das sie kämpfen und leiden, auch im Innern eine Stätte der Freiheit und der staatsbürgerlichen Gerechtigkeit ist, werden sie ihr Äußerstes daransetzen und ihr letztes hingeben, um es zu verteidigen gegen jeden Versuch der Knechtung von außen." Damals, in jenem entscheidenden Augenblick höchster Not, war jene Überzeugung fest verankert; denn Scheidemann selbst saß als Minister im Kabinett; rief er da die Massen auf, ihr Äußerstes und Letztes hinzugeben, um das Vaterland vor der Knechtung von außen zu retten? Ach nein; nachdem das Reich glücklich ein Kabinett mit

Scheidemann als Minister hatte, das im Sinne jener Denkschrift das Innere als eine Stätte der Freiheit und der staatsbürgerlichen Gerechtigkeit verbürgte, fanden, wie schon einmal angeführt, „von außen gekommene Anregungen, das Volk aufzurufen, im Kabinett auch nicht die geringste Gegenliebe, und jeder sah die Unsinnigkeit solcher Vorschläge ein". „Das Volk hatte ja, wie Scheidemann am 9. November verkündete, auf der ganzen Linie gesiegt", nachdem es die deutschen Fürstenhäuser gestürzt und sich Scheidemänner zu Herren erkoren hatte. Was bedeutete dagegen die Knechtung von außen, die mit diesem Sieg verbunden war? Lug und Betrug war es jedesmal, wenn sich die Scheidemänner irgendein nationales Mäntelchen, den Mantel der Fürsorge für das Volk der Arbeiter oder der andern umhingen, selbst wenn sich die nationale Sorge auch nur auf das Friedensschaffenwollen erstreckte. Dem Volke lehrten sie, es müßte die Demokratisierung verlangen, um einem Dauerfrieden zu kommen, der wieder nur ohne Annexionen und Entschädigungen zu erreichen sei. Aber in Wirklichkeit war es umgekehrt; der Friede war ihnen ganz gleichgültig; sie redeten das Volk in das Verlangen nach einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen hinein, um auf alle Fälle die Demokratisierung zu erlangen, die ihnen die Herrschaft im Staate sicherte. Den Arbeitern machte Scheidemann in einem Aufsatz „Zeit zur Tat" im „Vorwärts" im März 1917 weis, fast die ganze Welt stehe mit ihren Sympathien bei unsern Feinden, weil „alle Welt bei unsern Gegnern nur die mehr oder weniger entwickelte und ausschlaggebende Demokratie, bei uns aber nur — Preußen sehe". Ja, es gibt heute noch Scheidemänner bis weit ins Lager der Demokraten hinein, welche die deutschen Arbeiter für einfältig genug halten, um ihnen zu glauben, die Feinde behandelten uns immer noch so abgrundtief verächtlich und schlecht, weil sie eben in den Ebert, Wirth, Severing, Gradnauer und wie die Regierungsmänner des republikanischen Deutschland auch heißen mögen, nicht eine deutsche Demokratie, sondern — Preußen erblickten. War nicht das Vertrauen auf die Erklärungen ihrer Führer, die feindliche Welt sei nicht dem deutschen Volke gram, sondern wolle im Gegenteil das deutsche Volk von dem ihm allein verhaßten Kaiserismus und Militarismus befreien, die zweite Voraussetzung, die die deutschen Arbeiter so unüberlegt die Waffen niederlegen ließ? Das kleine Luxemburg, das vor dem Krieg eine Besatzung von 250 Mann Freiwilligen hatte, wird jetzt von dem Unschuldslamm

Belgien gezwungen, ein stehendes Heer von 6000 Mann zu halten; so sieht die Befreiung der Völker vom Militarismus durch die Feinde aus! Die Scheidemänner selbst wußten wieder ganz genau, ihre Behauptung, ein demokratisches Deutschland sei unterhandlungsfähiger als ein kaiserliches und fände mehr Gnade vor den Augen der Entente und der Welt, sei nichts als Schaumschlägerei, um das Volk zu betören. Scheidemann selbst schreibt von Eisner: „Es entsprach der dilettantischen Politik Eisners, daß er an mildere Bedingungen glaubte, wenn nur erst radikale Pazifisten, also unabhängige Sozialdemokraten, den reaktionärsten Gewaltpolitikern der Welt gegenübergestellt würden.“ Und dem Mann, der so scharf und richtig über Eisner urteilt, soll es jemals ernst gewesen sein mit der Behauptung, den um einen schwachen Ton weniger roten Mehrheitssozialdemokraten würde das Wohlwollen der reaktionärsten Gewaltpolitiker der Welt zuteil werden? Haben sie den Arbeitern nicht stets gesagt, es sei lediglich eine Lüge der Alldeutschen, mit der sie die Arbeiter gruseln machen wollten, als diese vor den ausschlaggebenden Politikern der Ententeseite als den reaktionärsten Gewaltpolitikern der Welt warnten? Aber das hätte natürlich schlecht in die Scheidemännertheorie von der allgemeinen Friedensliebe der „Demokratie“ gepaßt; denn diese „reaktionärsten Gewaltpolitiker“ waren ja alles vom „Volk“ gewählte Vertreter der Republiken Frankreich und Amerika und der demokratischen Monarchien England, Belgien und Italien. Auf solche Gewaltpolitiker— deren Anschauungen ja Scheidemann schon auf der Stockholmer Konferenz genügend kennen gelernt und ausgezeichnet gekennzeichnet hatte; vgl. S. 100 — sollten die Erklärungen der deutschen Sozialdemokratie, eher Revolution zu machen als Eroberungs- und Entschädigungsforderungen Deutschlands zuzustimmen, kriegskürzend und nicht vielmehr — kriegsverlängernd wirken? Wenn Gewaltpolitiker von der stärksten Partei Deutschlands die Bürgschaft erhalten, auch im allerschlimmsten Falle würde ihre Gewaltpolitik nicht mit einem Landverlust und mit keinem größeren Verlust an Gut und Volk enden als der Krieg an sich mit sich brachte, wird sie das einem früheren Friedensschluß geneigt machen, oder wird sie das ermuntern, fortzukämpfen entweder bis zum Nichtmehrkönnen oder bis zur Erreichung aller ihrer Annexions- und Entschädigungsziele?

Aber ob sie den Krieg verlängern oder nicht, ob sie Deutschland wehrlos den reaktionärsten Gewaltpolitikern ausliefern oder

nicht, ob sie die deutschen Arbeiter zu Lohnsklaven des internationalen jüdischen Großkapitals erniedrigen oder nicht, was kümmert das die Scheidemänner, wenn nur ihr eines hohes hehres Ziel erreicht wird, die Demokratisierung Deutschlands zu einem Staat, in dem Scheidemänner, Wirthe, Rathenaus sich in Würden sonnen können, die an solche Männer eben nur ein auf dem Weg über Leute wie Bethmann, Erzberger, Scheidemann entstandener Staat zu verleihen vermag. Das ist nur in einem Staate möglich, der von Männern gegründet wurde und getragen wird, denen der Staatsgedanke fremd und der Volksgedanke ein Greuel ist; deren Vorstellungskreis ausgefüllt ist von irgendeinem kleinen Ausschnitt aus dem Staatsleben und deshalb unfähig ist, den Gedanken des ganzen Staates und des gesamten Volkstums in sich aufzunehmen. Diese Männer wiederum sind als „Staats"männer nur möglich in einem Volke, das sich als Volk noch nicht selbst gefunden hat, das sich zusammensetzt aus völkischen Halb-, Drittels- oder Viertelswesen bis herunter zu völkisch unmöglichen Unwesen.

Wann wird die Zeit kommen, in der der Deutsche einmal zum ganzen Deutschen wird? Nicht die Möglichkeit eines so unfähigen Beamten wie Bethmann Hollwegs, einer politisch und bürgerlich so unmöglichen Persönlichkeit wie die Erzbergers, eines so aller Führereigenschaften baren Volksführers wie Scheidemann ist das Uebel, das Deutschland zusammenbrechen ließ und nicht gesunden läßt, sondern die Möglichkeit von Persönlichkeiten, die wie Bethmann, Erzberger, Scheidemann während einer für das Leben ihres Volkes entscheidenden Zeit ungeheuerster Umwälzungen und Gefahren stets andere Dinge als allein die siegreiche Ueberwindung der Prüfung durch ihr Volk im Kopfe haben. Die Möglichkeit einer Persönlichkeit wie Bethmann, die alle Fragen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt. Einer Persönlichkeit wie Erzberger, die alles Geschehen vom Standpunkt einer Konfession und einer auswärtigen Macht aus betrachtet und das gewaltige Schicksal des Weltkrieges entweder nur oder doch stets mit unter dem Gesichtspunkt erlebt, inwiefern der Katholizismus und das Papsttum davon Vorteile oder Nachteile haben könnten. Einer Persönlichkeit wie Scheidemann, der der ganze Weltkrieg nur eine Gelegenheit ist, für seine Partei einen Machtgewinn einzuheimsen.

Dieser Teilung des Herzens in Stunden und Augenblicken, in Wochen und Jahren, in denen nur die ganze ungeteilte Hingabe alles Fühlens und Denkens an das Eine, das Volk und das Vaterland, ein Volk die Prüfung bestehen läßt, verdankt das

deutsche Volk alle seine Zusammenbrüche, und solange eine solche Teilung möglich ist, wird es immer wieder an ihr zerbrechen. Der deutschen Demokratie waren im Krieg die Einführung der demokratischen Verfassung und die spätere Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen, dem Zentrum das Wachstum der katholischen, der Sozialdemokratie das Wachstum der proletarischen Macht gleich wichtig oder wichtiger als der siegreiche Ausgang des Krieges, wichtiger jedenfalls als das Wachstum der Macht Deutschlands; noch viel weiteren Kreisen war die wirtschaftliche Zukunft der deutschen Staatsbürger wichtiger als die völkische Zukunft des deutschen Blutes. D a r a n ist Deutschland gescheitert; nicht an politisch so jämmerlichen Persönlichkeiten wie Bethmann, Erzberger und Scheidemann. Auch mit einem Richter, Windthorst und Bebel hätte Deutschland den Krieg verlieren müssen. Wann werden die Deutschen anfangen, das in sich zu überwinden, was sie überwindlich macht?

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Druck: Friedrich Ruhland, Berlin-Lichtenrade.

Digitized by Google

Einen äußerst interessanten Inhalt bieten Ihnen die neuesten Hefte der

# Politischen u. militärischen Zeitfragen.

Wir empfehlen besonders:

Kapitänleutnant Friedrich Fikentscher:

## Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine

Preis M. 8.50

Aus dem Buche des Admiral Sir Percy Scott:

## „Fifty Years in the Royal Navy"

Urteil eines englischen Admirals über die Leistungen der deutschen Flotte in der Skagerrak-Schlacht.

Preis M. 8.50

Kapitän z. See a. D. v. Waldeyer-Hartz:

## Manneszucht bei Heer und Marine.

Admiral z. D. G. Schmidt:

## Die westliche Grenzfrage.

Zusammen M. 8.50

Ein Werk, dem in allen führenden Zeitungen und Zeitschriften spaltenlange Leitartikel gewidmet wurden, ist

**Lotharingus**

**Der Weltkrieg im Lichte naturwissenschaftlicher Geschichtsauffassung**

Laiengedanken eines Berufsoffiziers

## über das Rassenproblem.

Aus einigen Besprechungen:

**Der Herold:** — Das tiefdurchdachte geistvolle Buch kann unbedenklich als eine der bedeutendsten Erscheinungen des deutschen Schrifttums betrachtet werden. —

**Der Reichsbote:** — Durch seinen nachdrücklichen Ruf nach stärkerem Rassegefühl wirkt der Verfasser mit an Erhebung unseres Vaterlandes aus Würdelosigkeit und Schmach. —

**Der Türmer:** — In glänzend geschriebenen Kapiteln beleuchtet der Verfasser im Deutschen den Mangel an Rassegefühl, den Hang zum Partikularismus und den Trieb zum Egozentriker. —

**Deutsche Zeitung:** — daß es wohl das geistig am höchsten stehende Buch darstellt, welches über den Weltkrieg bis jetzt geschrieben wurde. —

**Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung:** — Der Leser wird durch seine Ausführungen immer lebhaft gefesselt. — Ein überaus interessantes, zum Nachdenken anregendes Buch. —

**Königsberger Allgemeine Zeitung:** — ist dies Buch wohl eines der interessantesten und gedankenreichsten, die über den Krieg und das Walten des Naturgesetzes in der Gesamtära des Weltkrieges geschrieben sind. —

**Tägliche Rundschau:** — tiefdurchdacht, geistvoll. — Die hier gemachten Erörterungen verdienen volle Beachtung. — Möge das vortreffliche Buch seinen Weg zu vielen deutschen Lesern finden.

usw. usw. usw.

**Preise: broschiert 40.— M., gebunden 54.— M.**

Als Heft 32 der „Politischen und militärischen Zeitfragen“ erschienen:

Generalleutnant Keim:

# Graf Schlieffen.

Eine Studie im Zusammenhange mit dem Weltkriege mit einer Karte M. 6.—

Einige Pressestimmen:

**Deutsche Zeitung:** — Man kann sagen, daß die vorliegende Schrift des geistreichen, gründlichen und scharfblickenden Kriegsgeschichts-Wissenschaftlers, Politikers und unentwegten Kämpfers für das Deutschtum das Beste ist, was bisher über den Grafen Schlieffen geschrieben ist. — Die Keimsche Schrift muß warm empfohlen werden. —

**Militärisches Wochenblatt:** — Die Studie redet die offene Sprache eines militärisch geschulten „Wissenden“, dessen Anregungen und Forderungen als Vorsitzender des Deutschen Wehrvereins leider dasselbe Geschick erfuhren wie die Pläne des Grafen Schlieffen. —
— Die „Studie“ enthält wertvolles Quellenmaterial und ist ein ausgezeichneter Wegweiser für die militärpolitische Vorgeschichte des Weltkrieges. —

**Freiherr v. Hünefeld, i. Deutsche Zeitung:** — Den Herren, die sich heute stolz „das Reichskabinett“ nennen, nen Herren, die sich soeben davor scheuten, der noch vor kurzem laut verkündeten Wahrheit die Ehre zu geben, und die genau so gut gegen besseres Wissen und Gewissen das Entente-Ultimatum unterschrieben haben, wie sie den Versailler Vertrag unterzeichneten, diesen Herren kann das Studium der Schrift über Graf Schlieffen nicht warm genug ans Herz gelegt werden. —

**Deutsche Allgemeine Zeitung:** — Graf Schlieffen steht heute im Mittelpunkt aller Betrachtungen über unseren Operationsplan. —
— Die kleine Schrift sei besonders empfohlen. —

**Neue Preußische Kreuzzeitung:** — Besonders markant sind die einleitenden Bemerkungen über unsere verkehrte Politik vor dem Weltkriege. — Eine lesenswerte Schrift. —

**Süddeutsche Zeitung:** — Die geistvolle Studie verdient weiteste Verbreitung. —

Preis M. 8,50.

Die Zeitschrift zur Stärkung des Deutschtums:

# Monatshefte für Politik und Wehrmacht

Verantwortlich geleitet von

**Keim**

Generalleutnant.

Aus dem Mitarbeiterstabe nennen wir:

Generalleutnant **Balck**, Univ.-Prof. Geh. Rat v. **Below**, Oberstleutnant **Benckendorff**, Schriftsteller **W. Eisenhart**, General d. Inf. **von François**, General d. Inf. Freiherr **von Freytag-Loringhoven**, Professor **Dr. Herrmann**, Oberstleutnant **Hirzel**, Graf **Hoensbroech**, Kammerherr **Dr. Kekulé von Stradonitz**, Oberst **Klehmet**, General d. Inf. **Kraus**, Rittmeister **Kronberger**, Professor Freiherr **von Liebig**, Volkswirt **Nüse**, Staatsanwalt **von Oppen**, Landgerichtsrat **von Pfister**, Kriegsgerichtsrat **Dr. Roth**, **Dr. Käthe Schirrmacher**, Admiral **G. Schmidt**, Kapitän z. S. **von Waldeyer-Hartz**, General der Infanterie **von Zwehl**.

Verlangen Sie kostenfrei einen Prospekt!
Probehefte stehen gegen Einsendung von M. 4.— zur Verfügung!
Preis vierteljährlich M. 10.—.

Ein Kampfruf, wie er **schärfer** seit Luther wohl nicht erklungen ist. Auf Grund von Geschichtstatsachen, die der Verfasser möglichst zusammendrängt, aber in ausreichender Fülle vorlegt, wird die Anklage erhoben und bewiesen:

## Das seit rund 1000 Jahren ultramontanisierte Papsttum ist der grosse Zerstörer,

weil es die höchsten menschlichen und christlichen Begriffe: **Religion, Gott, Christus, Christentum, Kirche, Staat, Wissenschaft, Ehe verderbt und zu Zerrbildern gemacht hat.** Die Beweisführung ist umso wuchtiger, weil sie unter Zugrundelegung des katholischen Standpunktes geführt wird.

* * *

Die Einrede: eine solche Schrift zerstöre die Volkseinigkeit, wird gründlich widerlegt.

Die **Verdienste des Papsttums** auf anderm Gebiete werden **anerkannt**; aber da sie nichts zu tun haben mit dem vom Papsttum selbst aufgestellten und als sein eigentliches Wesen erklärten Ansprache: „Stellvertreter Christi", „Fortsetzer seines Werkes" zu sein, so entkräften sie die Anklage nicht. Im Gegenteil, **das religiöse Papsttum der 9 ersten Jahrhunderte fällt ein Vernichtungsurteil über das von da an bis heute gefolgte ultramontane Papsttum.**

(Verkleinerte Wiedergabe des Einbandes)

Geheftet 25.—, gebunden 33.—, Mk.

## Das Werk, wie mit Feuer geschrieben, hält von der ersten bis zur letzten Seite in Spannung.

Von **Paul Graf Hoensbroech** erschienen, ferner

## Zum Wesen u. zur Geschichte des Jesuitenordens

**Heft 1 Ignatius von Loyola, Gründung, Erste Genossen, usw.**
**„ 2 Fürstenmord, Fürstenabsetzung usw.**
**„ 3 Der Jesuit als Beichtvater**

An weiteren Heften sind in Bearbeitung:

**Jesuitenorden und Politik**

**Die Jesuitenmoral**

**Die jesuitischen Exerzitien**

**Die marianischen Kongregationen**

**Der Jesuit im Weltkrieg**

**Jesuitenorden und moderner Staat**

**Jesuit und Jesus**

**Jesuitenorden und Protestantismus**

**Jesuitenorden und Wissenschaft**

**Worte (Theorie) und Taten (Praxis) im Jesuitenorden**

**Der Jesuit als Erzieher und Lehrer.**

**Der Jesuit als Geschichtsfälscher**

**Aufhebung des Jesuitenordens durch Clemens XIX. (1773), seine Wiederherstellung durch Pius VII. (1814)**

**Urteile über den Jesuitenorden von Freund und Feind.**

**Landes-Verlag** Bernburger **Berlin SW 11** Strasse 24/5

Ein Kampfruf, wie er schärfer seit Luther wohl nicht erklungen ist. Auf Grund von Geschichtstatsachen, die der Verfasser möglichst zusammendrängt, aber in ausreichender Fülle vorlegt, wird die Anklage erhoben und bewiesen:

## Das seit rund 1000 Jahren ultramontanisierte Papsttum ist der grosse Zerstörer,

weil es die höchsten menschlichen und christlichen Begriffe: **Religion, Gott, Christus, Christentum, Kirche, Staat, Wissenschaft, Ehe verderbt und zu Zerrbildern gemacht hat.** Die Beweisführung ist umso wuchtiger, weil sie unter Zugrundelegung des katholischen Standpunktes geführt wird.

* * *

Die Einrede: eine solche Schrift zerstöre die Volkseinigkeit, wird gründlich widerlegt.

**Die Verdienste des Papsttums auf anderm Gebiete werden anerkannt; aber da sie nichts zu tun haben mit dem vom Papsttum selbst aufgestellten und als sein eigentliches Wesen erklärten Ansprache: „Stellvertreter Christi", „Fortsetzer seines Werkes" zu sein, so entkräften sie die Anklage nicht. Im Gegenteil, das religiöse Papsttum der 9 ersten Jahrhunderte fällt ein Vernichtungsurteil über das von da an bis heute gefolgte ultramontane Papsttum.**

(Verkleinerte Wiedergabe des Einbandes)

Geheftet 25.—, gebunden 33.—, Mk.

## Das Werk, wie mit Feuer geschrieben, hält von der ersten bis zur letzten Seite in Spannung.

Von **Paul Graf Hoensbroech** erschienen, ferner

## Zum Wesen u. zur Geschichte des Jesuitenordens

**Heft 1 Ignatius von Loyola, Gründung, Erste Genossen, usw.**
**„ 2 Fürstenmord, Fürstenabsetzung usw.**
**„ 3 Der Jesuit als Beichtvater**

An weiteren Heften sind in Bearbeitung:

**Jesuitenorden und Politik**

**Die Jesuitenmoral**

**Die jesuitischen Exerzitien**

**Die marianischen Kongregationen**

**Der Jesuit im Weltkrieg**

**Jesuitenorden und moderner Staat**

**Jesuit und Jesus**

**Jesuitenorden und Protestantismus**

**Jesuitenorden und Wissenschaft**

**Worte (Theorie) und Taten (Praxis) im Jesuitenorden**

**Der Jesuit als Erzieher und Lehrer.**

**Der Jesuit als Geschichtsfälscher**

**Aufhebung des Jesuitenordens durch Clemens XIX. (1773), seine Wiederherstellung durch Pius VII. (1814)**

**Urteile über den Jesuitenorden von Freund und Feind.**

**Landes-Verlag** Bernburger **Berlin SW 11** Strasse 24/5

Digitized by Google